

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Hamburg:

DIW Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in München

am 17. Oktober 2003

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Weltkonjunktur hat sich im Lauf des Jahres 2003 belebt. Die Produktion nimmt seit dem Frühjahr beschleunigt zu, und die Perspektiven werden deutlich günstiger eingeschätzt. So haben sich weltweit das Geschäfts- und das Konsumklima verbessert, und die Aktienkurse sind nach langem und starkem Rückgang kräftig gestiegen.

Verschiedentlich wird befürchtet, die Erholung könne sich ähnlich wie im vergangenen Jahr als kurzatmig erweisen, zumal die Beschleunigung des Nachfrageanstiegs in den USA wesentlich auf fiskalische Impulse zurückzuführen sei. Vieles spricht jedoch dafür, dass die weltwirtschaftliche Expansion dieses Mal auf einem festeren Fundament steht. Nach dem Ende des Krieges im Irak haben sich die weltpolitischen Unsicherheiten verringert. Die Anpassungsprozesse von Unternehmen und Banken beim Überwinden von Verwerfungen, die im Zuge der starken Expansion in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre entstanden waren, sind inzwischen weit fortgeschritten. Die Maßnahmen zur Kostensenkung zeigen Erfolge, die Gewinne steigen seit einiger Zeit spürbar. Die Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen wurden auch durch die Kursgewinne an den Börsen besser. Da die Wirtschaftspolitik zugleich ihren expansiven Kurs beibehalten hat, bestehen günstige Voraussetzungen dafür, dass sich die Weltwirtschaft nachhaltig belebt.

Während der wirtschaftliche Abschwung im Jahr 2000 alle Länder annähernd gleichzeitig erfasst hatte, verläuft die konjunkturelle Erholung jetzt uneinheitlich. Vorreiter sind einmal mehr die USA. Die sehr expansiv ausgerichtete Makropolitik führte hier zu einem kräftigen Anstieg der Binnennachfrage. Als überraschend stark erwies sich – bei noch anhaltender Deflation – die Konjunkturerholung in Japan. Die Wirtschaft scheint dort auf einen höheren Wachstumspfad einzuschwenken, zumal der Produktionszuwachs nicht, wie verschiedentlich in den Jahren zuvor, durch verstärkte Staatsausgaben bedingt ist. Die Restrukturierung der Unternehmen ist offenbar so weit fortgeschritten, dass die Nullzins-Politik der Notenbank und die kräftige Ausweitung der Zentralbankgeldmenge zunehmend Wirkung zeigen. Konjunktureller Nachzügler ist der Euroraum mit einer seit Herbst vergangenen Jahres stagnierenden gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Die deutliche real effektive Aufwertung des Euro wirkte dämpfend, und die wirtschaftspolitischen Impulse waren vergleichsweise gering.

Außerhalb der Industrieländer verlief die Entwicklung ebenfalls differenziert. In den ostasiatischen Schwellenländern wurde die vorübergehende, nicht zuletzt durch die Lungenkrankheit SARS bedingte Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik in den vergangenen Monaten überwunden. Gleichzeitig hat sich die Zunahme der Produktion in Russland deutlich beschleunigt, auch infolge des nach wie vor recht hohen Ölpreises. In den EU-Beitrittsländern, deren Konjunktur sich als robust gegenüber der Schwäche in den In-

dustrielländern erwiesen hatte, stieg die Produktion anhaltend kräftig. Lateinamerika ist hingegen bisher von der weltwirtschaftlichen Erholung noch nicht erfasst worden.

Weltkonjunktur auf Erholungskurs

Die bisherige Belebung der Weltkonjunktur ging nicht zuletzt auf wirtschaftspolitische Maßnahmen zurück. Die finanzpolitischen Impulse in den USA laufen jedoch im kommenden Jahr aus, in Japan wird der Konsolidierungskurs fortgesetzt, und im Euroraum dürfte die Finanzpolitik etwa neutral ausgerichtet sein. Gleichwohl stehen die Chancen für einen sich selbst tragenden Aufschwung gut. Stimulierend wirkt weiterhin die Geldpolitik; ihr Kurs wird sich im Prognosezeitraum trotz der konjunkturellen Erholung wenig ändern, weil das Preisklima allgemein ruhig bleibt. Die amerikanische Notenbank dürfte allerdings, um ihre Stabilitätsorientierung frühzeitig zu signalisieren, die Leitzinsen um die Mitte des nächsten Jahres leicht anheben, wenn eine konjunkturelle Erholung gesichert ist. Die japanische Zentralbank bleibt auf ihrem stark expansiven Kurs, und die EZB wird die Leitzinsen 2004 auf dem derzeitigen Stand halten, zumal sich der Preisanstieg im Euroraum abschwächt. Für die Prognose ist des Weiteren unterstellt, dass die Währungsrelationen konstant bleiben: Weder steigen die Kurse von Yen und Euro gegenüber dem Dollar nennenswert weiter, noch werten sich die restlichen Währungen Ostasiens auf. Außerdem wird von einem Rohölpreis in Höhe von 28 US-Dollar je Barrel im nächsten Jahr ausgegangen.

Bei diesen Rahmenbedingungen wird sich die weltwirtschaftliche Erholung im kommenden Jahr fortsetzen (Tab. 1.1 und Tab. 1.2). Dabei nimmt das konjunkturelle Gefälle zwischen den Regionen ab. In den USA verlangsamt sich der Anstieg der Nachfrage im Jahresverlauf leicht; das reale Bruttoinlandsprodukt wird allerdings weiterhin ähnlich stark zunehmen wie das Produktionspotential. Für Japan ist eine

Fortsetzung der wirtschaftlichen Expansion zu erwarten. Das Tempo wird aber etwas geringer sein als zuletzt, auch weil der Yen wieder merklich höher bewertet ist. Im Euroraum werden sich Nachfrage und Produktion hingegen zunehmend beleben. Doch auch in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres wird sich die Produktionslücke nur wenig verringern. Das reale Bruttoinlandsprodukt in den Industrieländern insgesamt wird 2004 spürbar schneller steigen als in diesem Jahr. Mit 2,7% wird der Anstieg etwa so hoch ausfallen wie die Rate im mittelfristigen Trend.

Impulse für die Konjunktur in den Industrieländern gehen von dem kräftigen Produktionsanstieg in den asiatischen Schwellenländern aus. Nicht zuletzt im Zuge der hohen wirtschaftlichen Dynamik in China hat sich die Region wieder zu einem Wachstumszentrum der Weltwirtschaft entwickelt. In den EU-Beitrittsländern dürfte sich die gesamtwirt-

Tab. 1.1
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ³⁾			Arbeitslosenquote ⁴⁾		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Deutschland	22,0	0,2	0,0	1,7	1,3	1,0	1,3	8,6	9,3	9,5
Frankreich	15,9	1,2	0,3	1,6	1,9	2,0	1,6	8,8	9,4	9,5
Italien	13,1	0,4	0,2	1,4	2,6	2,7	2,2	9,0	8,7	8,4
Spanien	7,2	2,0	2,1	2,6	3,6	3,1	2,5	11,3	11,4	11,3
Niederlande	4,6	0,2	-0,6	0,9	3,9	2,2	1,7	2,8	4,1	5,0
Belgien	2,7	0,7	0,9	1,6	1,6	1,5	1,5	7,3	8,0	8,1
Österreich	2,3	1,1	0,8	1,6	1,7	1,2	1,2	4,3	4,5	4,5
Finnland	1,5	2,2	1,1	2,5	2,0	1,3	1,5	9,1	9,2	8,9
Griechenland	1,5	4,0	4,4	4,0	3,9	3,5	4,0	10,0	9,4	9,0
Portugal	1,3	0,4	-0,8	1,2	3,7	3,2	2,3	5,0	6,8	7,5
Irland	1,3	6,9	1,9	3,5	4,7	4,1	3,2	4,4	4,7	4,8
Luxemburg	0,2	1,1	1,0	2,3	2,1	2,4	2,1	2,8	3,7	3,9
Euroraum ¹⁾	73,6	0,9	0,4	1,7	2,3	2,0	1,7	8,4	8,8	8,9
Großbritannien	17,3	1,7	2,0	3,0	1,3	1,4	1,5	5,1	5,1	5,0
Schweden	2,7	1,9	1,5	2,4	2,0	2,1	1,8	4,9	5,4	5,4
Dänemark	1,9	2,1	0,6	1,5	2,4	2,1	2,0	4,5	5,2	5,2
EU15 ¹⁾	95,5	1,0	0,8	2,0	2,1	1,9	1,7	7,7	8,1	8,1
Polen	2,0	1,4	3,2	3,8	1,9	0,8	2,0	19,9	20,0	19,0
Tschechien	0,8	2,0	2,5	3,3	1,8	0,0	2,0	7,3	7,0	6,8
Ungarn	0,7	3,3	2,5	3,0	5,3	4,5	5,5	5,6	5,8	5,6
Slowakei	0,3	4,4	3,8	4,3	3,3	8,3	6,0	18,6	16,5	15,5
Slowenien	0,2	3,2	2,4	3,0	7,5	6,1	5,5	6,0	5,8	5,6
Litauen	0,1	6,7	6,8	6,0	0,3	-1,0	1,0	13,1	11,3	10,5
Zypern	0,1	2,0	2,5	3,5	2,8	4,0	2,5	3,9	4,2	4,0
Lettland	0,1	6,1	6,0	5,5	1,9	2,8	3,0	12,8	12,0	11,5
Estland	0,1	6,0	4,2	4,5	3,6	1,5	2,0	9,1	8,5	8,2
Malta	0,0	1,2	1,0	2,0	2,2	1,0	2,5	7,4	7,8	7,6
EU-Beitrittsländer	4,5	2,4	3,1	3,7	2,8	2,1	3,0	14,8	14,6	13,8
EU25 ¹⁾	100,0	1,2	0,9	2,1	2,1	1,9	1,8	8,9	9,1	9,0
<i>nachrichtlich:</i>										
Exportgewicht ²⁾		1,4	1,1	2,1	2,4	2,1	2,0			

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der zivilen Erwerbspersonen von 2001. – ²⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 2002. – ³⁾ EU15: Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴⁾ Standardisiert.

Quelle: OECD; ILO; IMF; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

Tab. 1.2
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								
		2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
EU25	31,0	1,2	0,9	2,1	2,1	1,9	1,8	8,9	9,1	9,0
Schweiz	0,9	0,2	-0,2	1,2	0,6	0,5	0,8	2,8	3,7	3,9
Norwegen	0,7	0,9	0,5	1,6	0,8	2,2	1,6	3,9	4,5	4,5
West- u. Mitteleuropa	32,6	1,1	0,8	2,0	2,0	1,9	1,7	8,8	9,0	9,0
USA	35,9	2,4	2,7	3,6	1,6	2,3	2,3	5,8	6,0	5,7
Japan	13,7	0,1	2,7	2,0	-0,9	-0,3	-0,3	5,4	5,3	5,3
Kanada	2,5	3,3	2,3	3,3	2,2	2,7	2,0	7,6	7,7	7,5
Industrieländer insgesamt	84,6	1,6	2,0	2,7	1,4	1,7	1,7	7,2	7,4	7,3
Schwellenländer										
Russland	1,2	4,3	6,0	5,5	15,8	14,0	12,0	8,0	7,5	7,5
Ostasien ¹⁾	4,5	4,8	3,0	5,0
China	4,8	8,0	8,0	8,0
Lateinamerika ²⁾	4,9	-0,2	0,7	3,0
Schwellenländer insgesamt	15,4	4,2	4,1	5,3
Insgesamt ³⁾	100,0	2,0	2,3	3,1
<i>nachrichtlich:</i>										
Exportgewichtet		1,6	1,5	2,6
Welthandel, real		3,2	3,5	7,5

¹⁾ Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar. – ²⁾ Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar. – ³⁾ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar.

Quelle: OECD, ILO, IMF, Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

schaftliche Expansion mit der Belebung in Westeuropa spürbar beschleunigen. Anziehende Rohstoffpreise stützen die Produktion insbesondere in Russland und in Lateinamerika. Angesichts des Aufschwungs in der Weltwirtschaft wird der Welthandel deutlich zulegen; 2004 nimmt er um 7,5% zu, nach 3 bis 3,5% in den beiden Vorjahren.

Zum Problem des Leistungsbilanzdefizits der USA

Das hohe Leistungsbilanzdefizit der USA wird vielfach als ein Risiko für die weltwirtschaftliche Erholung angesehen. Es beträgt derzeit reichlich 5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und wird sich angesichts der stärkeren konjunkturellen Dynamik in den USA weiter erhöhen.

Das Leistungsbilanzdefizit deutet darauf hin, dass in den USA weniger gespart als investiert wird. Finanziert wird die Differenz durch Kapitalimporte, also durch eine Zunahme der Netto-Auslandsverschuldung. Entsteht im Inland die Erwartung einer Überschuldung, könnte es dort in erheblichem Umfang zu einem Anstieg der gesamtstaatlichen Sparquote und zum Ausfall von inländischer Nachfrage kommen. Wenn die ausländischen Investoren zu einer pessimistischeren Risikoeinschätzung kämen, könnte der Kapitalzustrom nur bei erhöhten Zinsen aufrecht erhalten werden.

Allerdings erklärt sich ein guter Teil des Kapitalimports aus der Erwartung hoher Renditen aufgrund kräftiger Produktivitätszuwächse und der Zunahme des Arbeitsangebots im Einwanderungsland USA. Entscheidend ist, ob sich diese Erwartungen auf Dauer halten.

Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass ein Defizit von 5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt kaum über einen langen Zeitraum zu finanzieren ist. Es besteht also ein nicht unerhebliches Risiko, dass die Märkte über kurz oder lang einen Rückgang des Leistungsbilanzdefizits erzwingen werden. Ein Weg, um die Lücke zwischen Importen und Exporten zu verkleinern, wäre eine kräftige Abwertung des Dollar. Dieser verlor zwar in den letzten eineinhalb Jahren an Wert, jedoch hat dies nicht zu einer nennenswerten Reaktion des Leistungsbilanzdefizits ge-

führt. Hierfür wäre eine weitere deutliche Abwertung erforderlich. Diese könnte sich sogar abrupt einstellen. Das Risiko für eine solche Entwicklung hat sich in jüngster Zeit erhöht. Hierauf deuten Verschiebungen in der Struktur des Kapitalimports hin: Kurzfristige Anlagen haben kräftig an Bedeutung gewonnen, zu Lasten von Anlagen mit längerer Laufzeit und speziell von Direktinvestitionen.

Ein erheblicher Teil der Dollarnachfrage geht zudem in letzter Zeit nicht auf einzelwirtschaftliches, sondern auf wirtschaftspolitisches Kalkül zurück: Einige asiatische Zentralbanken haben in diesem Jahr die Aufwertung ihrer Währungen gegenüber dem Dollar durch Ankauf umfangreicher Dollarbestände verhindert (so die Zentralbank Chinas) oder gebremst (insbesondere die Bank von Japan). Damit ist aber die Finanzierung des US-Leistungsbilanzdefizits in erheblichem Maße von der Interventionspolitik der japanischen und der chinesischen Regierung abhängig. Für beide Länder steht nicht nur die Sorge um den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Güter im Vordergrund, sondern auch die Sorge um eine mögliche Belastung der dort labilen Finanzmärkte. Eine weitgehende Freigabe der Wechselkurse durch die ostasiatischen Zentralbanken ist deshalb im Prognosezeitraum höchst unwahrscheinlich. Es bleibt das Risiko eines weiteren Vertrauensverlusts in den Dollar bei fortgesetzten Interventionen zugunsten von Yen und Yuan. In diesem Fall wäre es ähnlich wie in den vergange-

nen eineinhalb Jahren: Vor allem der Euroraum, die derzeit konjunkturell schwächste der wichtigen Wirtschaftsregionen, müsste die Last eines kräftigen Aufwertungsschubs tragen. Aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Intentionen der einzelnen Länder ist es daher möglich, dass es zu erheblichen Turbulenzen an den Devisenmärkten kommt. Zudem könnte in den USA die Neigung zu protektionistischer Handelspolitik zunehmen. All dies würde die weltwirtschaftliche Erholung beeinträchtigen.

Aufschwung in den USA festigt sich

In den USA hat sich die konjunkturelle Expansion seit dem Frühjahr spürbar beschleunigt. Dies war zu einem erheblichen Teil Ergebnis eines starken fiskalischen Impulses. Zum einen stiegen die Verteidigungsausgaben deutlich. Zum anderen stützte die Steuerreform, die ab Mitte des Jahres wirksam wurde, bereits im Vorfeld den privaten Konsum. Dieser profitierte zudem bis zum Sommer von den niedrigeren Hypothekenzinsen, die viele Haushalte zur Umschuldung nutzten. Darüber hinaus erhöhte der langsamere Preisauftrieb die Kaufkraft. Bei den privaten Investitionen festigte sich die Aufwärtstendenz mit dem Wegfall des kriegsbedingten Attentismus.

Die monetären Rahmenbedingungen haben sich weiter verbessert. Die Leitzinsen wurden im Juni nochmals gesenkt; die Federal Funds Rate liegt seitdem bei 1%, dem tiefsten Stand seit 45 Jahren. Hinzu kam die Abwertung des US-Dollar. Die Kapitalmarktzinsen sind dagegen nach der Jahresmitte vor dem Hintergrund der anziehenden Konjunktur und wohl auch des drastischen Anstiegs des staatlichen Kapitalbedarfs wieder leicht gestiegen. Im kommenden Jahr dürfte die Zentralbank auf die gefestigte Konjunktur reagieren, zumal sich dann ihre Deflationssorgen verflüchtigt haben werden. Die Federal Funds Rate dürfte – vermutlich ab dem Frühsommer – leicht angehoben werden und am Jahresende bei rund 2% liegen. Im gesamten Prognosezeitraum wird die Geldpolitik deutlich expansiv wirken.

Die Finanzpolitik hat mit der vorgezogenen Implementierung der Steuerreform ihren Expansionsgrad nochmals erhöht. Zudem sind die Kosten, die im Zuge der Militäroperation im Irak anfallen, deutlich höher als noch im Frühjahr veranschlagt. Die Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung werden hoch bleiben. Da der größere Teil der Steuersenkungen im kommenden Jahr wirksam wird¹, fällt der Fehl-

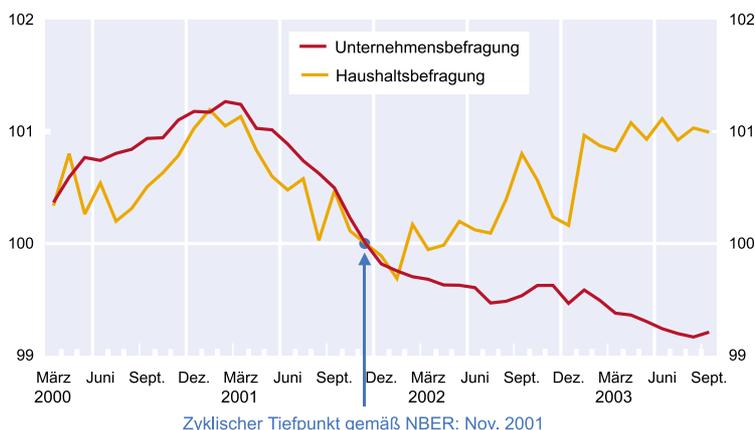
¹ Zu Einzelheiten über das US-amerikanische Steuerpaket vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003, Hamburg 2003, S. 12.

betrag im Bundeshaushalt 2004 abermals höher aus. Das gesamtstaatliche Defizit steigt allerdings in geringerem Ausmaß, da die Bundesstaaten aufgrund ihrer prekären Finanzlage verstärkt konsolidieren; gemessen am Bruttoinlandsprodukt dürfte es 2004 bei 4,4% liegen, nach 3,9% in diesem und 2,4% im vergangenen Jahr.

Der private Konsum wird in der zweiten Jahreshälfte 2003 und im ersten Halbjahr 2004 durch die Steuersenkungen kräftig angeregt; die finanzpolitischen Impulse schwächen sich jedoch ab. Auch dürfte sich angesichts des verlangsamten Immobilienpreisanstiegs und des zu erwartenden weiteren Anstiegs der Hypothekenzinsen die Sparneigung der privaten Haushalte etwas erhöhen. Entscheidend für den weiteren Verlauf der Konjunktur wird vor diesem Hintergrund sein, dass die Erholung auf den Arbeitsmarkt übergreift. Gegenwärtig gibt es Zweifel, ob die Beschleunigung der Konjunktur bald zu einer deutlichen Ausweitung der Beschäftigung führt. Sie gründen sich auf die durch Unternehmensbefragungen ermittelten Beschäftigtenzahlen; diese wiesen bis vor kurzem einen starken Rückgang aus. Dagegen zeigen die aus Haushaltsbefragungen abgeleiteten Zahlen bereits seit Anfang 2002 eine Aufwärtstendenz (Abb. 1.1). Die Diskrepanz beruht wohl zu einem großen Teil auf Erfassungsproblemen. So führt der verstärkte Trend zum Outsourcing offenbar dazu, dass Arbeitnehmer aus der Unternehmensstatistik herausfallen, da die ausgelagerten Unternehmensteile nicht in der Befragungsstichprobe enthalten sind. Dies spricht dafür, dass die Haushaltsbefragungen derzeit die Beschäftigungsentwicklung besser beschreiben. Somit scheint die Lage am Arbeitsmarkt günstiger zu sein als vielfach angenommen.

Mit der konjunkturellen Belebung ist eine beschleunigte Beschäftigungsexpansion zu erwarten. Gestützt durch die damit verbundenen Einkommenszuwächse wird der private

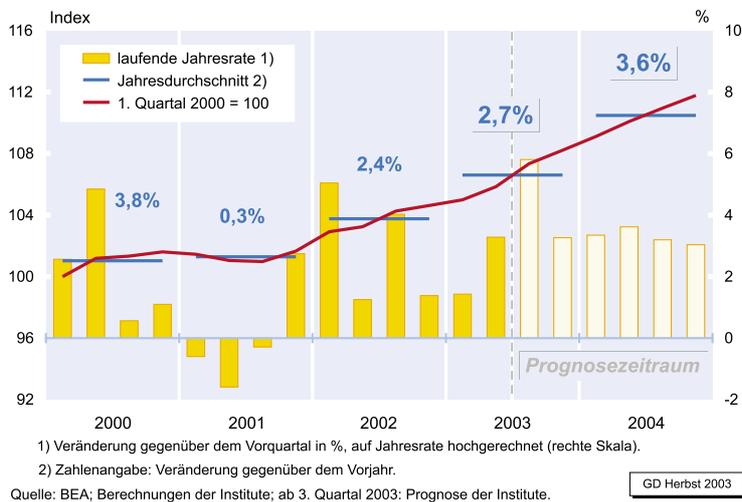
Abb. 1.1
Entwicklung der Beschäftigung in den USA nach verschiedenen Erhebungskonzepten¹⁾



¹⁾ Indizes (Monatswerte).
Quelle: Bureau of Labor Statistics; NBER; Berechnungen der Institute.

Abb. 1.2

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



Konsum im Lauf des Jahres 2004 trotz des Fehlens weiterer steuerlicher Impulse nur leicht an Schwung verlieren. Vor dem Hintergrund der günstigeren Absatz- und Ertragsaussichten werden die Unternehmensinvestitionen rascher ausgeweitet. Zwar dürfte das Tempo, gemessen an der Entwicklung in den neunziger Jahren, wegen der noch nicht abgeschlossenen Konsolidierung zunächst moderat bleiben; der Aufschwung erhält aber insgesamt eine ausgewogenere, nachhaltigere Struktur. Die Exporte, die bis in den Sommer hinein rückläufig waren, werden sich im Zuge der weltwirtschaftlichen Belebung erholen; das Tempo des Importanstiegs bleibt allerdings höher.

Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahresdurchschnitt 2003 um 2,7% und im kommenden Jahr um 3,6% steigen (Abb. 1.2); die negative Produktionslücke in den USA wird bis Ende 2004 nahezu geschlossen. Der Preisanstieg dürfte sich im Jahresverlauf leicht beschleunigen, insgesamt aber moderat bleiben. Ein Risikofaktor neben dem weiter steigenden Defizit in der Leistungsbilanz ist, dass das Budgetdefizit auf absehbare Zeit sehr hoch bleibt. Es birgt die Gefahr, dass die Zinsen zur Finanzierung des staatlichen Kapitalbedarfs stark anziehen und die Konjunktur belasten.

Deutlicher Produktionsanstieg in Japan

Die japanische Wirtschaft expandiert seit Beginn des vergangenen Jahres spürbar (Abb. 1.3). Dabei verlagerten sich die Auftriebskräfte von der Auslandsnachfrage zunehmend hin zur privaten Binnennachfrage.

Infolge deutlicher Gewinnzuwächse und verbesserter Absatzerwartungen nahmen vor allem die Unternehmensinvestitionen kräftig zu. Die Stabilisierung der Lage auf dem Arbeitsmarkt stützte die Expansion des privaten Verbrauchs.

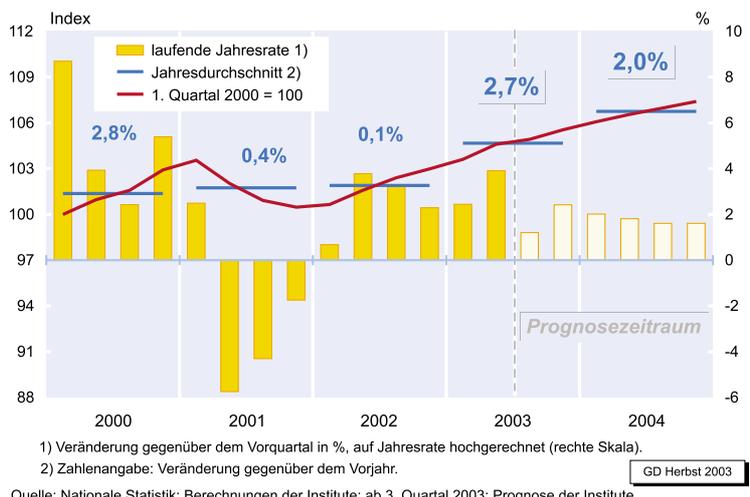
Vieles spricht dafür, dass die Konjunktur derzeit robuster ist als in den kurzen Erholungsphasen 1996 und 1999. Die Restrukturierung im Unternehmenssektor ist deutlich vorangekommen. Anders als in früheren Perioden wirtschaftlicher Belebung spielen expansive Impulse der Finanzpolitik keine Rolle; die Staatsausgaben werden seit Mitte 2002 langsam zurückgeführt, und den Steuersenkungen, die in diesem Jahr in Kraft traten, stehen Abgabenerhöhungen gegenüber. Deutlich expansiv bleibt die Geldpolitik ausgerichtet. Die Bank von Japan hat nicht nur an der Nullzinspolitik festgehalten

und die Liquidität am Geldmarkt nochmals massiv gesteigert; sie hat auch über erhöhte Aufkäufe von Staatsanleihen die Zinsen am Kapitalmarkt gedrückt, durch den Erwerb von Aktienpaketen aus den Depots der Banken eine spürbare Erholung der Aktienkurse gefördert und zuletzt sogar begonnen, Forderungen von Unternehmen außerhalb des Bankensektors zu kaufen. Diese unkonventionellen Maßnahmen trugen dazu bei, dass sich die Zukunftserwartungen von Unternehmen und Verbrauchern aufgehellt haben.

Eine geldpolitische Richtungsänderung ist für den Prognosezeitraum nicht zu erwarten, zumal die Deflation nur allmählich ausläuft. Allerdings haben sich die monetären Rah-

Abb. 1.3

Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan
Saisonbereinigter Verlauf



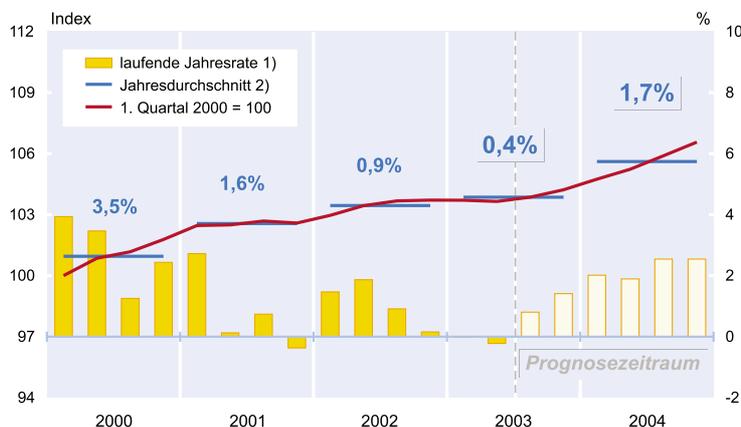
menbedingungen zuletzt dadurch verschlechtert, dass eine spürbare Aufwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar zugelassen wurde, welche bis vor kurzem durch umfangreiche Interventionen am Devisenmarkt verhindert worden war. Damit nahm die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Produzenten ab. Bremsend wirken überdies nach wie vor ungelöste Strukturprobleme im Bankensektor, die die Finanzierung privater Investitionen erschweren. So ist zu erwarten, dass der konjunkturelle Aufschwung etwas an Fahrt verliert.

2. Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union

Euroraum löst sich zögerlich aus der Stagnation

Im Euroraum stagnierte die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Halbjahr 2003 (Abb. 2.1). Zu Jahresbeginn belastete die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Krise im Irak die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und die Konsumneigung. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wurde durch die markante Aufwertung des Euro beeinträchtigt; die Exporte waren rückläufig. Die schlechteren Ertragsperspektiven veranlassten die Unternehmen bei weiterhin bestehenden Überkapazitäten zu einer Einschränkung der Investitionen. Der private Konsum entwickelte sich, auch angesichts eingetrübter Arbeitsmarktsichten, schwach. Die Arbeitslosenquote stieg im Verlauf dieses Jahres leicht; im August betrug sie saisonbereinigt 8,8%. Im Vergleich zu früheren Schwächephasen hat sich der Arbeitsmarkt bisher jedoch als relativ robust erwiesen. Die Beschäftigung sank nur geringfügig. Während in Industrie und Bauwirtschaft Arbeitsplätze verloren gingen, wurden im Dienstleistungssektor weiterhin Arbeitskräfte eingestellt. Die Teuerungsrates, die zu Jahresbeginn angesichts vorübergehend hoher Energiepreise knapp 2,5% betragen hatte, bildete sich im Jahresverlauf leicht zurück. Dazu trugen die Aufwertung des Euro und ein moderater Lohnanstieg bei.

Abb. 2.1
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Eurostat; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2003: Prognose der Institute.

GD Herbst 2003

Finanzpolitik weiter auf annähernd neutralem Kurs

Die Lage der öffentlichen Haushalte im Euroraum hat sich in diesem Jahr weiter verschlechtert; das aggregierte Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird auf 2,8% steigen (Tab. 2.1). In den meisten Ländern werden die in den nationalen Stabilitätsprogrammen vorgegebenen Ziele verfehlt. Entscheidend für die Erhöhung der Defizite in den einen und die Verringerung der Überschüsse in den anderen Ländern ist die schwache Konjunktur. Das strukturelle Defizit wird sich im Euroraum insgesamt kaum ändern. In vielen Ländern sinkt es aufgrund der Konsolidierungsbemühungen leicht. Lediglich in Frankreich und in Österreich steigt es in diesem Jahr deutlich. In Italien wird das Defizit vor al-

Tab. 2.1
Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte in den EWU-Ländern

	Bruttoschulden ¹⁾					Finanzierungssaldo ¹⁾				
	2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland	60,2	59,5	60,8	63,9	65,5	-1,2	-2,8	-3,5	-4,0	-3,5
Frankreich	57,2	56,8	59,0	61,7	63,4	-1,4	-1,6	-3,1	-4,1	-3,9
Italien	110,6	109,5	106,7	105,8	105,0	-1,8	-2,6	-2,3	-2,5	-2,9
Spanien	60,5	56,8	53,8	52,0	50,5	-0,9	-0,3	0,1	-0,5	-0,4
Niederlande	55,9	52,9	52,4	54,0	54,6	1,5	0,0	-1,6	-2,4	-2,5
Belgien	109,6	108,5	105,8	103,0	100,1	0,2	0,4	0,1	-0,4	-0,1
Österreich	66,8	67,3	67,3	68,5	68,5	-1,9	0,2	-0,2	-1,3	-1,1
Finnland	44,6	44,0	42,7	41,5	40,0	7,1	5,2	4,2	3,0	2,1
Griechenland	106,2	106,9	104,7	103,0	101,0	-1,9	-2,0	-1,2	-1,5	-1,3
Portugal	53,3	55,5	58,1	60,0	60,5	-3,2	-4,2	-2,7	-3,3	-3,0
Irland	38,4	36,1	32,4	31,8	31,5	4,4	0,9	-0,4	-1,0	-1,5
Luxemburg	5,5	5,5	5,7	5,7	5,7	6,4	6,1	2,5	0,5	0,0
Euroraum ²⁾	69,5	69,2	69,0	70,2	70,6	-0,9	-1,6	-2,2	-2,8	-2,7

¹⁾ In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts; gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht. Finanzierungssaldo ohne Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen. – ²⁾ Summe der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002.

Quelle: Eurostat; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

lem dadurch eingedämmt, dass diskretionäre Maßnahmen wie Steueramnestien in diesem Jahr zu erheblichen Mehreinnahmen führen.

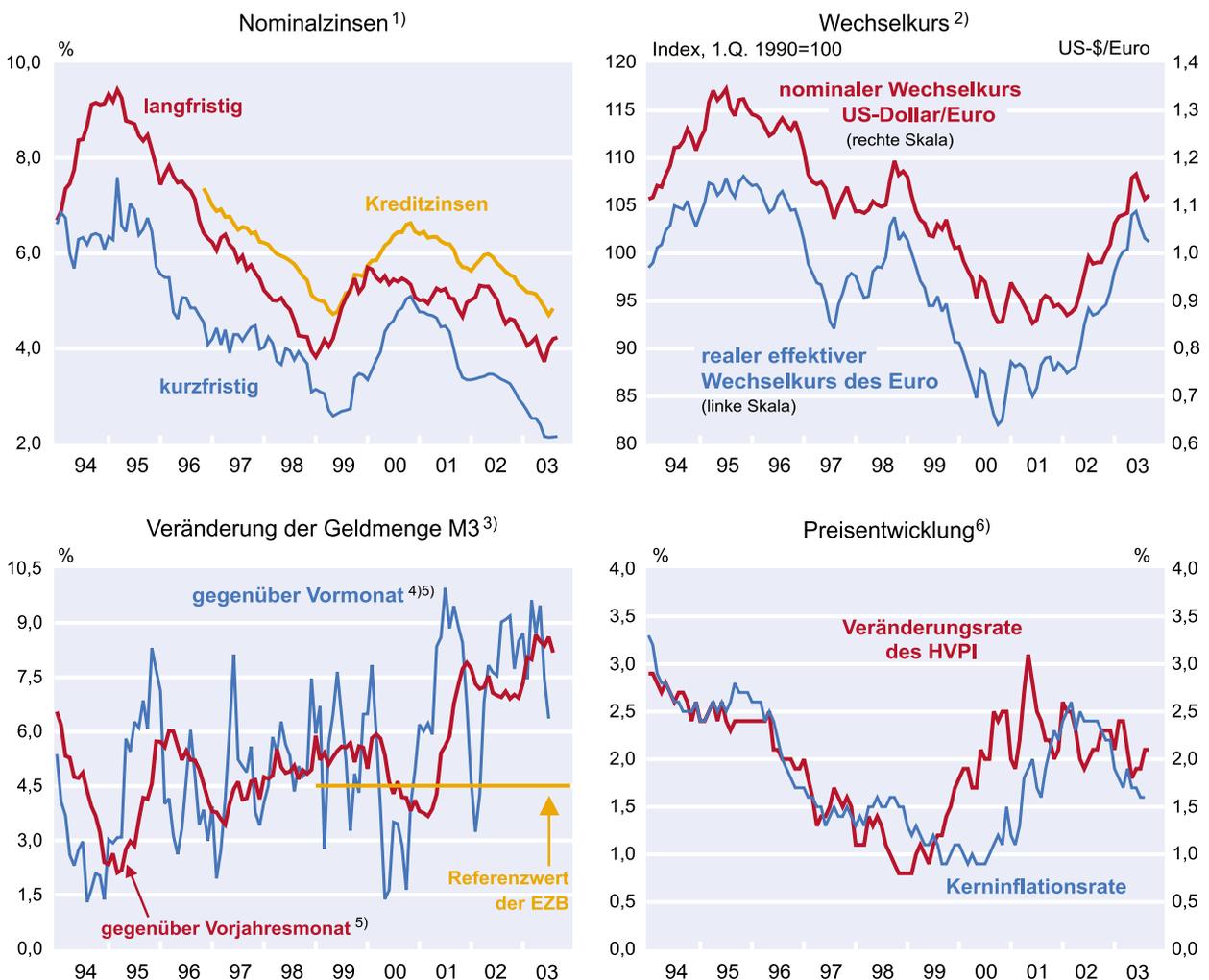
Für das kommende Jahr wurden in den meisten Ländern Maßnahmen beschlossen, die eine weitere Zunahme der Staatsausgaben begrenzen und damit das strukturelle Defizit senken sollen. Ausnahmen bilden Finnland und Irland; beide Länder haben allerdings in den letzten Jahren ihre Staatsfinanzen erfolgreich konsolidiert. Da die Konjunktur im Euroraum im nächsten Jahr nur allmählich in Fahrt kommt, wird sich das aggregierte Defizit im Prognosezeitraum kaum

verringern. Insgesamt wird die Finanzpolitik auf einem annähernd konjunkturalneutralen Kurs bleiben. Dabei überschreitet das Budgetdefizit in Deutschland und Frankreich weiter die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Obergrenze.

Monetäre Rahmenbedingungen unverändert günstig

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den maßgeblichen Leitzins Anfang Juni zum siebten Mal in Folge gesenkt, und

Abb. 2.2
Zur monetären Lage im Euroraum



1) Kurzfristig = 3-Monats-Euribor, langfristig = zehnjährige Staatsanleihen; Kreditzinsen = Unternehmenskredite mit einer Laufzeit von mehr als 1 Jahr.- 2) Vor 1999: ECU.- 3) M3 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondstanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren; Index, Veränderungsrate in %.- 4) Saisonbereinigt auf Jahresrate hochgerechnet.- 5) Zentrierter gleitender Dreimonatsdurchschnitt.- 6) HVPI = Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Kerninflation = Veränderungsrate des HVPI ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak.

zwar um 0,5 Prozentpunkte. Der Dreimonatsgeldmarktsatz liegt seitdem bei 2,1%, was bei einer aktuellen Inflationsrate von etwa 2% einen kurzfristigen Realzins von nahe null impliziert. Die Geldpolitik im Euroraum ist damit als deutlich expansiv zu beurteilen. Auch die Rendite 10-jähriger Staatsanleihen ist bis zur Jahresmitte stark gesunken, erreichte aber Anfang Oktober mit 4,2% wieder das Niveau vom Jahresbeginn. Real sind die langfristigen Zinsen seither wohl leicht zurückgegangen (Abb. 2.2). Verbessert haben sich die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen auch dadurch, dass der Risikoaufschlag für Unternehmensanleihen mit nicht erstklassigem Rating gegenüber Staatsanleihen seit Anfang des Jahres gesunken ist. Günstig wirkt außerdem die Erholung an den Aktienmärkten.

Die Geldmenge M3 expandierte in den vergangenen Monaten weiterhin stark. Der kräftige Anstieg erklärt sich wesentlich mit der Präferenz der Anleger, angesichts niedriger Kapitalmarktzinsen kurzfristige Wertpapieranlagen zu halten, die Bestandteil von M3 sind. Auch die mäßige Kreditausweitung deutet darauf hin, dass die nachfragewirksame Liquidität derzeit weniger stark zunimmt. So schwächte sich die Expansion der Buchkredite an den privaten Sektor bis zur Jahresmitte deutlich ab, zuletzt hat sie sich wieder beschleunigt.

Die Aufwertung des Euro, die Anfang 2002 begonnen hatte, setzte sich in diesem Jahr fast durchgängig fort. Von Januar bis September 2003 gewann der Euro gegenüber dem US-Dollar nominal 6% an Wert, seit Januar 2002 waren es sogar 27%. Die real effektive Aufwertung betrug in den selben Zeiträumen 4 bzw. 16%. Dies konterkarierte den von der EZB eingeschlagenen Expansionskurs, so dass sich die monetären Rahmenbedingungen trotz der Zinssenkungen in diesem Jahr kaum veränderten. Insgesamt blieben sie günstig.

Unter der Annahme eines gleichbleibenden Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar und vor dem Hintergrund einer weitgehend konstanten Produktionslücke dürfte die Inflation im kommenden Jahr nicht über der Rate liegen, die nach Vorstellung der EZB mit Preisniveaustabilität vereinbar ist. Daher ist damit zu rechnen, dass sie die Leitzinsen im Prognosezeitraum auf dem gegenwärtig niedrigen Niveau belässt. Die Kapitalmarktzinsen werden im Zuge der weltweiten konjunkturellen Erholung leicht anziehen.

Ausblick

Eine Reihe von Frühindikatoren deutet darauf hin, dass sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum in der zweiten Jahreshälfte 2003 leicht belebt. So sind der Einkaufsma-

Tab. 2.2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2002	2003	2004
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,9	0,4	1,7
Privater Konsum	0,4	1,4	1,6
Öffentlicher Konsum	2,8	1,9	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	-2,6	-1,3	1,9
Exporte ¹⁾	1,7	-0,5	3,5
Importe ¹⁾	0,0	1,9	3,7
Außenbeitrag ²⁾	0,7	-0,8	0,0
Verbraucherpreise ³⁾	2,3	2,0	1,7
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts		
Leistungsbilanzsaldo	0,8	0,1	0,3
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-2,2	-2,8	-2,7
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote ⁴⁾	8,4	8,8	8,9

¹⁾ Einschließlich des grenzüberschreitenden Handels innerhalb des Euroraums. –
²⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. – ³⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴⁾ Standardisiert.

Quelle: Eurostat; Europäische Zentralbank; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

nagerindex und der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Indikator für die Einschätzung der Konjunktur aufwärts gerichtet. Besonders deutlich hat sich die Stimmung im Dienstleistungssektor aufgehellt. Zudem sind die Aktienkurse in den vergangenen Monaten spürbar gestiegen. Im kommenden Jahr wird die Expansion an Dynamik gewinnen. Das Abklingen der Effekte der Euroaufwertung sowie eine stärkere Auslandsnachfrage regen die Exporte an, und dies wird auf die Binnenwirtschaft ausstrahlen. Die positiven Absatz- und Ertragsperspektiven werden die Unternehmen veranlassen, ihre Investitionen auszuweiten. Dazu tragen auch die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen bei. Darüber hinaus werden die Lohnstückkosten angesichts moderater Lohnerhöhungen und einer konjunkturbedingt steigenden Arbeitsproduktivität nur leicht zunehmen. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich erst zum Ende des Prognosezeitraums leicht bessern. Vor diesem Hintergrund dürften die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben nur wenig beschleunigt ausweiten. Insgesamt nimmt das reale Bruttoinlandsprodukt 2003 um 0,4% und 2004 um 1,7% zu (Tab. 2.2).

Der Preisauftrieb wird zunächst noch von den Nachwirkungen der Euroaufwertung gedämpft. Zudem sind angesichts der nach wie vor geringen Kapazitätsauslastung die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen begrenzt. Alles in allem dürfte die Inflationsrate im Durchschnitt des laufenden Jahres 2,0% betragen und im kommenden Jahr auf 1,7% sinken.

Konjunktur in Großbritannien gewinnt wieder an Schwung

Auch in Großbritannien war die Konjunktur schwach in das Jahr 2003 gestartet. Anders als im Euroraum zog die wirtschaftliche Aktivität zur Jahresmitte hin jedoch merklich an.

Triebkraft war erneut die Nachfrage der privaten Haushalte; sie nimmt bereits seit 1993 Jahr für Jahr schneller zu als die gesamtwirtschaftliche Produktion. Dabei haben die Haushalte in den vergangenen anderthalb Jahren in stark zunehmendem Maße Kredite aufgenommen; die Gründe dafür liegen vor allem in den Vermögenszuwächsen infolge des steilen Anstiegs der Immobilienpreise, in der unverändert guten Arbeitsmarktlage und in den historisch niedrigen Zinsen. Der Leitzins wurde zuletzt Anfang Juli auf 3,5% gesenkt.

Allerdings sieht die Bank von England den steigenden Schuldenstand mit wachsender Sorge, da sich das Risiko erhöht, dass sich der Anstieg der Konsumausgaben stark abschwächt, falls sich die Rahmenbedingungen ändern sollten. Die Zentralbank dürfte bemüht sein, das Konsumklima nicht weiter anzuheizen, zumal die Inflationsrate, gemessen am Einzelhandelspreisindex (ohne Hypothekenzinsen) RPIX, mit knapp 3% hartnäckig über dem Zielwert der Notenbank von 2,5% verharrt. Der für das kommende Jahr geplante Wechsel der Zielgröße zum HVPI dürfte die Zinspolitik nicht beeinflussen, da die Bank von England der Tatsache, dass der HVPI systematisch mit niedrigeren Raten steigt als der RPIX, durch eine Verringerung des Inflationsziels Rechnung tragen dürfte. Die Leitzinsen werden im kommenden Jahr wohl allmählich angehoben, jedoch ohne dass die Geldpolitik bereits auf einen restriktiven Kurs einschwenkt.

Im Prognosezeitraum wird die Konjunktur durch die starke Ausweitung der Staatsausgaben im Zuge der Umsetzung des mehrjährigen Programms zur Verbesserung der öffentlichen Dienste gestützt. Zudem nimmt die Ausfuhr mit der weltwirtschaftlichen Erholung wieder zu, und die Investitionstätigkeit belebt sich angesichts verbesserter Absatz- und Ertragsersparungen. Hingegen dürften die privaten Haushalte beginnen, ihre finanzielle Position allmählich zu konsolidieren und ihre Ausgaben verlangsamt auszuweiten. Insgesamt ist für das kommende Jahr ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts zu erwarten, der mit 3% etwas höher ist als die Wachstumsrate des Produktionspotentials. Die Inflation dürfte sich zielgerecht entwickeln.

Kräftige Konjunktur in den Beitrittsländern

Auch im ersten Halbjahr 2003 expandierte die Wirtschaft in den Ländern, die am 1. Mai 2004 der EU beitreten, deutlich. Die Konjunktur wurde vorrangig von der Inlandsnachfrage getragen, insbesondere von der kräftigen Ausweitung des privaten, aber auch des öffentlichen Konsums. Hingegen waren die Investitionen überwiegend rückläufig. Vom Außenhandel gingen zumeist leichte Impulse aus, der Exportzuwachs lag in einigen Ländern trotz der schwachen Nachfrage aus der EU über dem Anstieg der Importe. Die Inflationsrate ging in den meisten Ländern weiter zurück, die Konsumentenpreise waren vereinzelt sogar rückläufig.

Im Prognosezeitraum wird sich die Produktionsausweitung beschleunigen. Im Zuge der konjunkturellen Erholung in Westeuropa wird die Auslandsnachfrage kräftig zunehmen. Da die Exporte dynamischer steigen als die Importe, kommen vom Außenbeitrag verstärkt Impulse. Die Binnennachfrage bleibt robust. Der private Verbrauch steigt leicht verlangsamt, da die Reallohnzuwächse tendenziell geringer ausfallen werden als im Jahr 2002. Dämpfend wirken zudem in einigen Ländern Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Die Investitionstätigkeit gewinnt jedoch an Schwung, auch durch öffentliche und von der EU geförderte Investitionsprogramme. Das reale Bruttoinlandsprodukt der Beitrittsländer wird das Vorjahresniveau in diesem Jahr um 3,1% und im Jahr 2004 um 3,7% übertreffen und damit erneut deutlich stärker expandieren als das der EU. In Ländern mit relativ hohen Inflationsraten wird sich der Preisanstieg im Prognosezeitraum leicht abschwächen, während es in den übrigen Ländern zu einem vorübergehenden Anstieg der Inflationsraten kommen dürfte. Dabei spielt die Anhebung administrierter Preise ebenso eine Rolle wie die Tatsache, dass die Nahrungsmittelpreise nicht weiter sinken. Preistreibend wirkt überall die Anpassung der Verbrauchsteuern an die EU-Normen. Infolge des raschen Produktivitätswachstums wird sich die Lage am Arbeitsmarkt trotz des zügigen Produktionsanstiegs nur leicht verbessern.

3. Zur bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union

Am 1. Mai 2004 wird die Europäische Union auf 25 Länder erweitert (Kasten 3.1). Neben den acht mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL), Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn und Slowenien, treten auch die beiden Mittelmeerstaaten Malta und Zypern bei. Dieser Schritt hat in den alten und neuen Mitgliedsländern nicht nur Auswirkungen auf das Wachstum, sondern auch erhebliche wirtschaftspolitische Implikationen. Mit dem EU-Beitritt ist auch die Aufnahme in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) verbunden. Wann und zu welchen Konditionen der Euro eingeführt wird, dürfte die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern merklich beeinflussen.

Langfristige Effekte des Integrationsprozesses

Die Erweiterung der EU wird das Wachstum in den beteiligten Ländern langfristig stärken. Vor allem der Handel wird intensiviert, und die Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital wird sich erhöhen. Ferner ergeben sich Umverteilungseffekte über den Haushalt der EU.²

² Umverteilungseffekte innerhalb der Länder, die auch die gesellschaftliche Wohlfahrt tangieren, werden im Rahmen dieser Analyse nicht betrachtet.

Kasten 3.1

Vergleich der Wirtschaftsstrukturen der EU15 und der Beitrittsländer

Durch die Erweiterung wird sich die Fläche der EU um 23% und die Bevölkerungszahl um rund 20% erhöhen. Das nominale Bruttoinlandsprodukt wird allerdings lediglich um knapp 5% steigen. Unter Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden betrug das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den Beitrittsländern 2001 nur die Hälfte des Werts in der EU15. Lediglich in Slowenien und Zypern übersteigt so gemessen das Pro-Kopf-Einkommen das Niveau in den ärmsten Ländern der EU15, Portugal und Griechenland. Der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts (1995–2002) lag in den Beitrittsländern mit 3,9% allerdings deutlich über dem EU-Durchschnitt von 2,1%.

Hinsichtlich der Wirtschaftsstruktur gibt es zwischen den Regionen Unterschiede. Der Anteil der Bruttowertschöpfung, der im Dienstleistungssektor erbracht wurde, war im Jahr 2001 in den Beitrittsländern mit 63% etwas niedriger, der Anteil der Industrie und des Bausektors mit 26 bzw. 7% etwas höher als in der EU, wo sich die entsprechenden Anteile auf 71, 22 und 5% beliefen. Der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung ist in den Beitrittsländern mit 4% größer als im EU-Durchschnitt (2%). Sowohl der Export- als auch der Importanteil ist in den Beitrittsländern deutlich höher als in der EU15.

Der Strukturwandel im Zuge des Transformationsprozesses hat in den mittel- und osteuropäischen Ländern auf dem Arbeitsmarkt tiefe Spuren hinterlassen. Die Arbeitslosenquote in den Beitrittsländern insgesamt war im Jahr 2002 mit 14,4% nahezu doppelt so hoch wie in der EU (7,7%). Dabei gab es allerdings beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Besonders hoch war die Arbeitslosigkeit in Polen, in der Slowakischen Republik und in den baltischen Staaten, während die Arbeitslosenquote in den übrigen Ländern sogar unter dem EU-Durchschnitt lag.

Tab. 3.1

Eckdaten der Volkswirtschaften der EU 15 und der Beitrittsländer (B 10) im Jahre 2001

	EU15	B 10	Polen	Tschech. Rep.	Un-garn	Slowa-kei	Slo-weenien	Litau-en	Zy-pern	Lett-land	Est-land	Malta
Fläche (1000 km ²)	3191,1	738,5	312,7	78,9	93,0	49,0	20,3	65,2	9,3	64,6	45,2	0,3
Bevölkerung (Mill., Jan. 2002)	377,1	74,8	38,6	10,3	10,2	5,4	2,0	3,5	0,8	2,3	1,3	0,4
BIP (Mrd. Euro)	8843,1	411,7	204,1	63,3	57,8	23,3	20,9	13,4	10,2	8,5	6,2	4,0
Pro Kopf BIP ¹⁾	100,0	47,7	40,5	59,0	52,8	48,2	69,8	39,6	74,0	33,4	39,8	55,0
Agraranteil an der Bruttowertschöpfung (in %)	2,1	4,1	3,8	4,2	4,3	4,6	3,1	7,1	4,0	4,7	5,8	2,4
Exportanteil am BIP (in %)	35,9	48,5	28,1	71,3	74,3	75,9	57,8	50,9	46,8	44,4	89,4	87,4
Importanteil am BIP (in %)	34,7	52,4	31,8	75,8	75,8	84,6	58,2	56,4	51,5	55,6	93,1	92,2
Arbeitslosenquote ²⁾ (in %)	7,7	14,4	19,9	7,3	5,6	18,6	6,0	13,1	3,9	12,8	9,1	7,4
Anteil (in %) der EU15-Exporte ³⁾ nach	.	11,3	3,6	2,8	2,4	0,8	0,7	0,3	0,1	0,2	0,3	0,1
Anteil (in %) der EU15-Importe ³⁾ aus	.	10,3	2,5	2,4	2,4	0,8	0,9	0,3	0,3	0,2	0,3	0,2
Anteil (in %) der Exporte ³⁾ in die EU15 aus	.	61,2	69,2	68,9	74,3	59,8	62,2	50,2	52,3	61,2	69,5	44,6
Anteil (in %) der Importe ³⁾ aus der EU15 nach	.	56,6	61,4	61,8	57,8	49,7	67,6	44,4	50,8	52,6	56,5	63,0

¹⁾ In Kaufkraftparitäten (in % des EU15-Durchschnitts). – ²⁾ 2002. – ³⁾ Anteil der Exporte in die (bzw. der Importe aus den) B 10 an den Gesamtexporten (bzw. Importen) der EU15 in der Abgrenzung des Spezialhandels. – ⁴⁾ Anteil der Exporte in die (bzw. Importe aus der) EU15 an den Gesamtexporten (bzw. Importen) der B10 in der Abgrenzung des Spezialhandels.

Quelle: Europäisches Parlament; Europäische Kommission; IWF; OECD; Deutsche Bundesbank; nationale Statistiken; Berechnungen der Institute.

Im Zuge des Beitrittsprozesses wird sich das Pro-Kopf-Einkommen in der bisherigen Europäischen Union (EU15) um bis zu 0,7% erhöhen.³ Freilich sind die einzelnen Länder in sehr unterschiedlichem Maße betroffen.⁴ Österreich, Finnland und Deutschland beispielsweise sind wirtschaftlich weit aus stärker mit den Reformstaaten verflochten als etwa Frankreich, Großbritannien oder die Niederlande. Je enger die Verflechtung, desto stärker sind tendenziell die zu erwartenden Einkommensgewinne. Verluste drohen per sal-

do denjenigen Ländern, die sowohl mit den Beitrittsländern wirtschaftlich wenig verflochten sind als auch erhebliche Kür-

³ Vgl. Europäische Kommission (2001), »The Economic Impact of Enlargement«, Enlargement Paper 4. Brüssel. http://europa.eu.int/economy_finance. Betrachtet wird der Zeitraum 2000–2009, wobei allerdings keine Aussagen über das Zeitprofil der Effekte gemacht werden.

⁴ Breuss, F. (2002), »Benefits and Dangers of EU-Enlargement«, Empirica 29, S. 245–274.

zungen von Mitteln aus den EU-Strukturfonds zu gewärtigen haben.⁵

Die aus dem Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens resultierenden Wachstumseffekte dürften für die Beitrittsländer beträchtlich größer sein als für die EU15. Sie werden beispielsweise für Polen und Ungarn auf 8 bis 9% geschätzt, für die MOEL insgesamt auf 5 bis 8%.⁶ Die Effekte sind zum einen deshalb bedeutender, weil die mit effizienterer Arbeitsteilung und Kapitalakkumulation verbundene Mobilisierung von Produktivitätsreserven in Anbetracht des geringeren Einkommensniveaus potentiell größer ist als in der EU15. Zum anderen sind die Beitrittsländer im Vergleich zur bestehenden EU klein. Damit ist deren integrationsbedingter Zuwachs an Marktpotential höher als für die derzeitigen EU-Länder.

Es ist allerdings zu bedenken, dass die wirtschaftliche Integration der EU15 mit den Beitrittsländern weit fortgeschritten ist, so dass ein Teil der Einkommenseffekte bereits eingetreten ist. Der Güterhandel wurde in den neunziger Jahren im Rahmen der Europa-Abkommen weitgehend liberalisiert. Die seitdem intensivere Außenhandelsverflechtung spiegelt sich in dem zunehmenden Gleichlauf der Industriekonjunktur in der EU15 und in den Beitrittsländern wider (Abb. 3.1). Lediglich im Agrarsektor, der bei der bisherigen Liberalisierung des Handels ausgenommen wurde, sind

durch den Übergang zum Freihandel noch beträchtliche Wohlfahrtsgewinne möglich. Doch gerade für die Integration in die Gemeinsame Agrarpolitik wurde eine langjährige Übergangsperiode beschlossen. Einige Beitrittsländer müssen wegen der Zollunion innerhalb der EU ihr Protektionsniveau gegenüber Drittländern erhöhen. Einerseits gibt dies Impulse für den Handel innerhalb der EU25, andererseits beeinträchtigt diese Handelsumlenkung für sich genommen das Wachstum in den Beitrittsländern.

Der Beitritt zur EU begünstigt die Mobilität von Kapital. Erhebliche Auswirkungen sind zunächst vor allem bei kurzfristigen Finanzanlagen zu erwarten, da diese bislang noch Regulierungen unterworfen sind, die mit dem EU-Beitritt abgeschafft werden. Auch für den Zufluss von langfristigem Kapital in die Beitrittsländer verbessern sich die Rahmenbedingungen tendenziell. Es ist damit zu rechnen, dass die bisher noch hohen Risikoprämien für die Finanzierung von Investitionen sinken, ein Effekt, der sich im Vorfeld der Einführung des Euro verstärken dürfte.⁷ Dies würde einen deutlichen Rückgang des Realzinsniveaus bedeuten wie vor 1999 in Spanien und Irland; dort gab es einen kräftigen Impuls für die Wirtschaftsentwicklung. Kapitalzuflüsse werden sich schließlich auch durch die Inanspruchnahme von Mitteln aus den Strukturfonds der EU ergeben. Der Bedarf an Investitionen für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und den Umweltschutz wird für die nächsten 15 Jahre auf jährlich 4% des Bruttoinlandsprodukts geschätzt.⁸

Wanderungen von Arbeitskräften in großem Umfang waren bislang vor allem wegen der eingeschränkten Freizügigkeit nicht zu beobachten. Angesichts der erheblichen Einkommensunterschiede zwischen den Beitrittsländern und den derzeitigen EU-Ländern – sie sind deutlich höher als bei der Süderweiterung – wäre allerdings nach dem EU-Beitritt mit einem stärkeren Zustrom von Arbeitskräften zu rechnen.

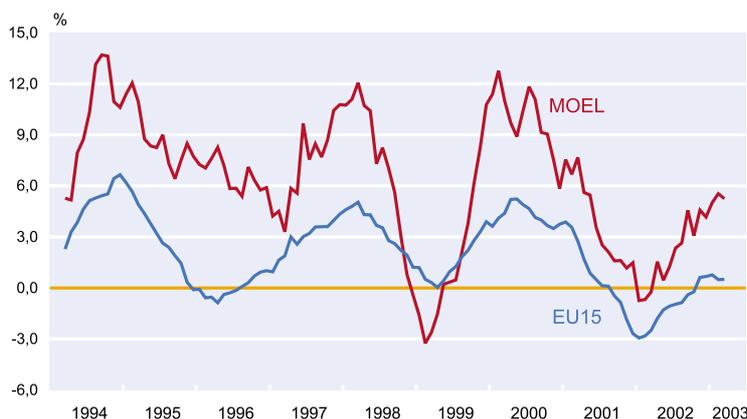
Wegen der langen Übergangsfristen bei der Beseitigung der bestehenden Mobilitätsbeschränkungen sind kurzfristig jedoch keine größeren Effekte zu erwarten. Auf lange Sicht dürfte die Migration zu einer Erhöhung des Arbeitsangebots vor allem in Deutschland und Österreich beitragen. Inwieweit dies mit Wachstumswirkungen in den alten und den

⁵ Die Effekte der Erweiterung über die Haushalte der EU hängen stark davon ab, wie die zusätzlichen Ausgaben für die Beitrittsländer finanziert werden, ob primär über eine Umschichtung der Mittel in den Strukturfonds, über eine Verlagerung der Ausgaben von der Gemeinsamen Agrarpolitik zu den Strukturfonds oder über eine Erhöhung der Beiträge. Vgl. hierzu Heijdra, B.J., C. Keuschnigg und W. Kohler (2002), »Eastern Enlargement of the EU: Jobs, Investment and Welfare in Present Member Countries«, CESifo Working Paper 718, München, sowie Weise, C. (2002), »How to finance Eastern Enlargement to the EU«, DIW Discussion Papers 287, Berlin.

⁶ Breuss, F., a.a.O. Der betrachtete Zeitraum umfasst hier die Jahre 2001–2010.

Abb. 3.1

Veränderung der Industrieproduktion in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) und in der EU15



1) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; gleitender 3-Monatsdurchschnitt.

Quelle: Eurostat, nationale Statistiken und Berechnungen der Institute.

GD Herbst 2003

⁷ Ein Absinken der Risikoprämien führt für sich genommen zu einem Anstieg der Direktinvestitionen in den Beitrittsländern. Doch führt das Auslaufen des Privatisierungsprozesses dazu, dass die mit ihm verbundenen Direktinvestitionen geringer werden.

⁸ Vgl. Europäisches Parlament – Arbeitsgruppe des Generalsekretariats Task-Force »Erweiterung«, Umweltpolitik und Erweiterung (Briefing Nr. 17, 23. März 1998); Energiepolitik und die Erweiterung der Europäischen Union (Themenpapier Nr. 43, 10. Juni 1999); Verkehrspolitik und die Erweiterung der Europäischen Union (Themenpapier Nr. 44, 28. Juli 1999), <http://www.europarl.eu/enlargement/>.

neuen Mitgliedsländern der EU verbunden ist, lässt sich nur schwer abschätzen, da die Effekte von der qualifikatorischen Struktur der Migranten abhängen werden.

Makroökonomische Rahmenbedingungen

Mit dem Beitritt gelten für die neuen Mitgliedstaaten grundsätzlich die gleichen vertraglichen Rechte und Pflichten wie für die alten Mitglieder, allerdings zunächst mit den genannten Einschränkungen vor allem bei der Freizügigkeit der Arbeitskräfte und der Gemeinsamen Agrarpolitik. Im Bereich der Makropolitik übernehmen die Beitrittsländer das fiskalische Regelwerk der EU. Dieses beinhaltet insbesondere die Vermeidung von übermäßigen Defiziten nach Artikel 104(1) EG-Vertrag; allerdings wird bei einem Verstoß gegen dieses Gebot kein Verfahren eingeleitet, solange die Länder nicht den Euro eingeführt haben. Bereits im Vorfeld des Beitritts haben die Beitrittsländer zwei so genannte Pre-Accession Economic Programmes vorgelegt, die Vorläufer der von allen Mitgliedstaaten im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zur Haushaltskontrolle vorzulegenden Konvergenzprogramme sind.

Die öffentlichen Haushalte der Beitrittsländer werden durch die Mitgliedschaft in der EU in mehrfacher Hinsicht betroffen. Die Länder müssen ihren Beitrag zum EU-Haushalt in Höhe von maximal 1,25% ihres Bruttoinlandsprodukts leisten. Hinzu kommen Aufwendungen für die Umsetzung der gesetzlichen Standards der EU, beispielsweise im Umweltschutz. Dem stehen Zahlungen der EU an die neuen Mitglieder gegenüber. Am bedeutendsten sind hierbei die Mittelzuflüsse aus den Struktur- und Kohäsionsfonds.⁹ Sie sind auf maximal 4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt des Empfängerlandes beschränkt. Durch Struktur- und Kohäsionsfonds geförderte Projekte müssen allerdings zu mindestens 25 bzw. 15% von den Beitrittsländern kofinanziert werden. Engpässe bei der Finanzierung dieses Eigenanteils, das Fehlen einer hinreichend großen Zahl von Projekten, die den strengen Förderrichtlinien entsprechen, sowie mangelnde Verwaltungskapazitäten lassen erwarten, dass die Fördermittel erst nach und nach ausgeschöpft werden; hierfür sprechen auch die Erfahrungen, die bislang mit Förderprogrammen der EU in den Beitrittsländern gemacht wurden. Weitere Mehreinnahmen werden sich für die Beitrittsländer in der Regel aus der Anpassung der Steuersysteme an die Normen der EU ergeben, Mindereinnahmen aus dem Abbau der noch bestehenden Zölle.

Insgesamt ist zu erwarten, dass die Staatshaushalte durch den EU-Beitritt zunächst belastet werden. Um dem entgegenzuwirken, sind bis zum Jahr 2006 degressiv gestaf-

⁹ Die Zahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik fließen unmittelbar an die Empfänger und entlasten daher die Staatshaushalte nicht direkt.

felte Pauschalzahlungen an die neuen Mitglieder, so genannte Ausgleichsbeträge, vorgesehen. Entlastet werden die Haushalte der Beitrittsländer – sofern diese den Euro einführen – zudem dadurch, dass sich die Zinsbelastung im Zuge der Konvergenz der Zinsen verringert. Gleichzeitig steigen die Steuereinnahmen durch die positiven Effekte aus dem beschleunigten Wirtschaftswachstum.

Konsequenzen für die Geldpolitik ergeben sich insofern, als institutionelle Voraussetzungen wie die Unabhängigkeit der Zentralbank für den Beitritt zum Euroraum geschaffen sein müssen. Außerdem muss der Kapitalverkehr vollständig liberalisiert sein. Die Zentralbanken der Beitrittsländer werden mit dem EU-Beitritt zunächst zu vollwertigen Mitgliedern des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB); die Zentralbankpräsidenten werden gleichzeitig zu vollwertigen Mitgliedern des Erweiterten Rats der Europäischen Zentralbank.¹⁰

Auf dem Weg zur gemeinsamen Währung

Mit der Aufnahme in die EU treten die Länder automatisch auch der EWWU bei, jedoch zunächst mit dem Status eines Landes mit Ausnahmeregelung nach Artikel 122 EU-Vertrag, das heißt, dass der Euro als offizielles Zahlungsmittel noch nicht gilt. Vor der Übernahme des Euro müssen sich die Länder dem Wechselkursmechanismus WKM II anschließen. Dann wird in regelmäßigen Abständen geprüft, ob sie die Maastrichter Konvergenzkriterien hinsichtlich Wechselkurs, Inflation, langfristiger Zinsen, Haushaltsdefizit und öffentlicher Verschuldung erfüllen. Ist dies am Ende einer Zweijahresfrist der Fall, wird der Euro automatisch als offizielles Zahlungsmittel eingeführt. Anders als einige Gründungsmitglieder der EWWU haben die Beitrittsländer keine Option, sich prinzipiell gegen die Einführung des Euro zu entscheiden (Opting-out-Klausel). Sie können allerdings den Zeitpunkt der Teilnahme am WKM II bestimmen, womit faktisch die Möglichkeit gegeben ist, auf die Einführung des Euro zu verzichten.

Für einige Länder wird sich durch die Teilnahme am WKM II in der Praxis vermutlich wenig ändern, da sie ihre Währungen bereits fest an den Euro gekoppelt haben (Tab. 3.2). In anderen Ländern strebt man schon gegenwärtig an, den Wechselkurs gegenüber dem Euro in einer Bandbreite von $\pm 15\%$ um einen Zentralwert zu halten, wie dies auch der WKM II vorsieht. Vor allem in diesen Ländern ist geplant, bereits kurz nach dem Beitritt zur EU auch dem Wechsel-

¹⁰ Nach der Einführung des Euro erlangen zudem die Zentralbankpräsidenten der Beitrittsländer den Status eines vollwertigen Mitgliedes im Europäischen Zentralbankrat. Die Stimmrechte im Rat sollen auf 21 begrenzt werden. Je ein dauerhaftes Stimmrecht wird weiterhin den sechs Mitgliedern des Direktoriums zustehen, und die übrigen 15 Stimmrechte werden zwischen den Präsidenten der Zentralbanken rotieren. Der Grundsatz der EZB »ein Mitglied, eine Stimme« wird beibehalten.

Tab. 3.2
Wechselkurssysteme der Beitrittsländer

	Aktuelles Wechselkurssystem	Anmerkungen
Polen	Freies Floating	
Tschech. Rep.	Managed Floating	
Ungarn	Wechselkursband	+/- 15 % um einen zentralen Wechselkurs zum Euro
Slowakei	Managed Floating	seit 1999 Euro als offizielle Ankerwährung
Slowenien	Managed Floating	
Litauen	Currency Board	Bindung an den Euro, vor Februar 2002 an den US-\$
Zypern	Wechselkursband	+/- 15 % um einen zentralen Wechselkurs zum Euro
Lettland	Fixkurs	Bindung an die Sonderziehungsrechte des IWF
Estland	Currency Board	Bindung an den Euro
Malta	Fixkurs	Bindung an Währungskorb bestehend aus: 70 % Euro, 20 % Sterling, 10 % US-Dollar

Quelle: Nationale Zentralbanken.

kursmechanismus beizutreten. Weniger stark ist die Neigung zu diesem Schritt derzeit vor allem in Polen und in der Tschechischen Republik.

Das Maastricht-Kriterium der Wechselkursstabilität fordert über die Teilnahme am WKM II hinaus, dass der nominale Wechselkurs ohne größere Spannungen innerhalb der Bandbreite verbleibt. Dabei erscheint gegenwärtig unklar, welche Schwankungsmargen letztlich toleriert werden.¹¹

Bei der Festlegung des zentralen Wechselkurses im WKM II ist sowohl eine Unterbewertung der Währung, die zu Inflationsimpulsen führt, als auch eine Überbewertung, welche die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produzenten schädigt, nach Möglichkeit zu vermeiden. Dies ist wichtig, um die Erfüllung der Konvergenzkriterien nicht zu behindern und das Risiko spekulativer Attacken zu vermindern.

Laut Vertrag darf nach dem Kriterium der Preisniveaustabilität die Inflationsrate nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Inflationsrate jener drei EU-Mitgliedsstaaten liegen, welche die niedrigste Teuerungsrate aufweisen.¹² Die Beitrittsländer haben bezüglich der Preisniveaustabilität erhebliche Fortschritte gemacht. Seit 2001 bewegt sich die Inflation überall im einstelligen Bereich, und in diesem Jahr dürften bereits sechs der zehn Länder das Konvergenzkriterium erfüllen.

Das Zinskriterium ist dann erfüllt, wenn der langfristige nominale Zinssatz um nicht mehr

¹¹ Während aus dem Vertragstext eine explizite Einengung der Bandbreiten des WKM II nicht ersichtlich ist, vertritt der für Währungsfragen zuständige EU-Kommissar Solbes offenbar die Auffassung, die Währungen der Beitrittsländer sollten nur in einer Marge von $\pm 2,25\%$ schwanken. (www.euractiv.com; Solbes warns against new EU Members' joining the euro soon. Letzter Zugriff am 8. Oktober 2003)

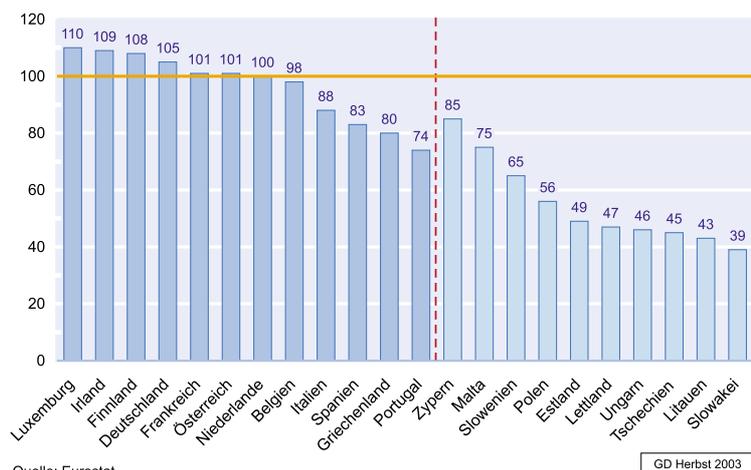
¹² Nach der Erweiterung der EU werden auch die neuen Mitgliedsländer in die Bildung des Referenzwertes einbezogen.

als 2 Prozentpunkte über dem in denjenigen Mitgliedstaaten liegt, deren Inflation am niedrigsten ist. Zwar sind die langfristigen Zinsen im Allgemeinen noch deutlich höher als im Euroraum, was auf einen noch vorhandenen Risikoaufschlag schließen lässt. Allerdings ist der Zinsabstand geringer geworden und dürfte mit dem Näherrücken der Einführung des Euro weiter abgebaut werden; dies zeigt jedenfalls die Erfahrung vor Beginn der dritten Stufe der EWU.

Zwischen der Erfüllung des Wechselkurs- und des Inflationskriteriums könnte jedoch ein Zielkonflikt bestehen, der auch bei Gründung der Währungsunion von Bedeutung war. Es geht dabei um die Frage, ob und inwieweit sich reale und nominale Konvergenz gegenseitig behindern. Während man unter der nominalen Konvergenz in diesem Zusammenhang die Angleichung der Inflationsraten und spannungsfreie nominale Wechselkurse versteht, impliziert die reale Konvergenz die Angleichung der realen Pro-Kopf-Einkommen und der Preisniveaus.

In Ländern mit geringerem Pro-Kopf-Einkommen sind in der Regel die Preisniveaus zunächst niedriger, konvergieren dann aber im Zuge des Aufholprozesses. Würde die Angleichung der Preisniveaus über höhere Inflationsraten stattfinden, so könnten nominale und reale Konvergenz in einem Zielkonflikt stehen. Die Beitrittsländer weisen in der Tat niedrigere Preisniveaus auf als die Länder der EU15 (Abb. 3.2). Zudem verzeichnen alle (mit Ausnahme von Malta) seit einigen Jahren eine reale Aufwertung ihrer Währung gegenüber dem Euro. Als Erklärung für reale Aufwertungen im Aufhol-

Abb. 3.2
Preisniveau in den Ländern des Euroraums und in den Beitrittsländern
2001, Durchschnitt EU15 = 100



prozess wird vor allem der Balassa-Samuelson-Effekt herangezogen.¹³ Dieser Effekt ist aber in den Beitrittsländern derzeit quantitativ nicht bedeutsam, vor allem weil das Gewicht der Marktdienstleistungen im Konsumentenpreisindex vergleichsweise gering ist.¹⁴ Die höhere Inflationsrate resultiert wesentlich aus der Anhebung administrierter Preise, die künftig geringer sein wird.¹⁵ Zudem steigen auch die Preise für Industrieerzeugnisse (also für handelbare Güter) schneller als in der EU. Dies hängt aber vor allem damit zusammen, dass die Qualität dieser Güter in den Beitrittsländern besonders stark steigt. Ein höherer Preis impliziert dann keinen Kaufkraftverlust, und die dadurch bedingte reale Aufwertung führt nicht zu einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Problematisch erscheint die Inflationsdynamik derzeit insbesondere noch in Ungarn und Slowenien, wo eine schwache Reputation der Zentralbanken die Inflationserwartungen hoch hält und Indexierungsmechanismen zur hartnäckigen Lohninflation beitragen. Hier ist eine Umorientierung der Geld- und der Lohnpolitik notwendig.

Für die Einführung des Euro müssen neben den monetären auch finanzpolitische Kriterien erfüllt sein. Der Bruttoschuldenstand darf nicht mehr als 60% und die Nettoneuverschuldung des gesamtstaatlichen Haushaltes nicht mehr als 3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen. Das Kriterium bezüglich des Bruttoschuldenstandes wurde im Jahr 2002 von allen Beitrittsländern (mit Ausnahme von Malta) erfüllt. Anders ist die Lage beim Defizit. Mit Ausnahme der baltischen Länder und Sloweniens wurde im vergangenen Jahr die Obergrenze in allen Ländern überschritten (Tab. 3.3). Gerade in den größten Beitrittsländern Polen, Tschechische Republik, Ungarn und Slowakei hat sich die Nettoneuverschuldung sogar erhöht. Dies ist zum Teil auf die Ab-

Tab. 3.3
Indikatoren zur Finanzpolitik in den Beitrittsländern

	Bruttoschuldenstand in % des Bruttoinlandsprodukts				Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo in % des Bruttoinlandsprodukts					
	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002	2003 ¹⁾	2004 ¹⁾
Polen	42,7	38,7	39,3	43,3	-1,5	-1,8	-3,9	-4,2	-4,2	-4,0
Tschech. Rep.	14,5	17,0	23,7	25,6	-3,2	-3,3	-5,5	-6,5	-6,3	-5,9
Ungarn	61,0	55,4	53,1	56,4	-5,3	-3,0	-4,1	-9,1	-4,9	-3,7
Slowakei	40,2	15,2	44,1	41,9	-6,4	-12,8	-5,6	-7,2	-5,3	-3,8
Slowenien	26,4	27,6	27,5	28,0	-2,2	-3,2	-2,5	-2,5	-1,5	-1,2
Litauen	23,0	24,0	23,1	23,6	-5,6	-2,7	-1,9	-2,0	-1,9	-2,0
Zypern	62,7	63,0	.	58,7	-4,0	-2,7	-2,8	-3,5	-4,0	-3,5
Lettland	13,7	13,9	16,0	16,8	-5,3	-2,7	-1,6	-2,5	-2,9	-2,6
Estland	6,5	5,1	4,8	4,4	-4,0	-0,4	0,2	1,3	-0,5	-0,6
Malta	60,1	60,6	65,7	64,9	-7,8	-6,6	-7,0	-6,1	-5,2	-4,1
nachrichtlich: Euroraum	72,0	69,5	69,2	69,0	-1,3	-0,9	-1,6	-2,2	-2,8 ²⁾	-2,7 ²⁾

¹⁾ Prognose der Europäischen Kommission. – ²⁾ Prognose der Institute.

Quelle: IWF; OECD; Europäische Kommission und nationale Statistiken.

flachung der Konjunktur, zum Teil aber auch auf eine expansiv ausgerichtete Finanzpolitik zurückzuführen.

Somit besteht in einigen Beitrittsländern ein beträchtlicher Konsolidierungsbedarf. Zwar ist in den Pre-Accession Economic Programmes zumeist eine deutliche Rückführung der Haushaltsdefizite vorgesehen, so dass nach den Planungen das Defizitkriterium lediglich in der Tschechischen Republik im Jahr 2005 noch deutlich verfehlt würde. Allerdings sind die zugrunde liegenden Wachstumsannahmen für viele Länder optimistisch; sie liegen zumeist deutlich über den Prognosen der Institute sowie über denen der OECD und der Europäischen Kommission. Zudem dürfte das angestrebte Ziel der Konsolidierung in einigen Ländern durch Steuerreformen erschwert werden, die zumindest kurzfristig defiziterhöhend wirken. Auch der EU-Beitritt wird – wie bereits dargestellt – die öffentlichen Haushalte vermutlich per saldo zunächst belasten. Mangelnde Haushaltsdisziplin stellt derzeit in einigen Ländern ein Hemmnis für eine baldige Einführung des Euro dar. Aber auch hier lehren die Erfahrungen vor Beginn der dritten Stufe der EWU, dass bei einem konkreten Termin in kurzer Zeit beträchtliche Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung möglich sind. Hinzu kommt, dass die öffentlichen Haushalte von Seiten der Zinsentwicklung entlastet werden und die Beitrittsländer auf längere Sicht fiskalisch von der EU-Mitgliedschaft beträchtlich profitieren dürften.

Fazit

Von der Erweiterung der Europäischen Union sind in der längeren Frist positive Wachstumswirkungen zu erwarten, die für die Beitrittsländer beträchtlich sind. Sie entfalten sich allerdings über einen längeren Zeitraum, zumal in wichtigen Bereichen eine vollständige Integration zunächst noch nicht erfolgt. Die Auswirkungen auf die Konjunktur sind deshalb als gering einzuschätzen.

¹³ Danach ergibt sich in Ländern, die sich in einem realen Konvergenzprozess befinden, ein Aufwärtsdruck auf das Preisniveau, der ursprünglich von Produktivitätssteigerungen im Sektor der handelbaren Güter (das sind vor allem Industriegüter) ausgeht und sich zunächst in einem höheren Lohnniveau in diesem Sektor niederschlägt. Dies hat Sekundärwirkungen auf das Lohnniveau im Sektor der nicht-handelbaren Güter (vor allem Dienstleistungen); bei dort geringerem Produktivitätswachstum steigen die Preise nicht handelbarer Güter. Dieser Mechanismus impliziert eine reale Aufwertung der Währungen, die bei festem Wechselkurs über höhere Inflationsraten verläuft. Bei flexiblem Wechselkurs kann diese auch über eine nominale Aufwertung zustande kommen.

¹⁴ Vgl. Egert, B. et al. (2003), »The Balassa-Samuelson effect in Central and Eastern Europe: myth or reality?« *Journal of Comparative Economics* 31, S. 552–72.

¹⁵ So ist die derzeit hohe Inflationsrate in der Slowakei vor allem auf diesen Effekt zurückzuführen.

Die reale Konvergenz, also insbesondere die Heranführung des Einkommensniveaus der Beitrittsländer an den Durchschnitt der EU, geht zwar tendenziell mit etwas höheren Inflationsraten in den Beitrittsländern einher. Dieser Effekt ist aber nicht so bedeutsam, dass die Erfüllung der Maastricht-Kriterien bezüglich Inflation und Wechselkursen entscheidend erschwert wird. Die Einhaltung des Defizitkriteriums dürfte in Anbetracht der angespannten Haushaltslage in einigen Ländern allerdings größere Anstrengungen erfordern.

4. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit drei Jahren in einer Stagnation. Im ersten Halbjahr 2003 ging die gesamtwirtschaftliche Produktion sogar leicht zurück, und die Beschäftigung nahm weiter ab. Maßgeblich hierfür waren die ungünstigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. So dämpften die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Konflikt im Irak und die seit Frühjahr 2002 anhaltende Aufwertung des Euro die Nachfrage aus dem Ausland und führten zu einem Einbruch bei der Ausfuhr. Aber auch die Binnenkonjunktur war schwach. Bei fortgesetztem Rückgang der Beschäftigung nahmen die verfügbaren Einkommen nur wenig zu. Zudem blieb die Sparneigung der privaten Haushalte hoch, nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und über die Finanzpolitik, die angesichts inkonsistenter Zielvorstellungen in weiten Bereichen der Politik derzeit kaum vorhersehbar ist. Bei all dem waren die Geschäftserwartungen der Unternehmen eingetrübt, die Anlageinvestitionen gingen weiter zurück.

Seit der Jahresmitte gibt es jedoch erste Anzeichen einer Besserung. So nimmt die von den Instituten bereits im Frühjahr prognostizierte weltwirtschaftliche Erholung allmählich Gestalt an. Vor allem in den USA ist die Konjunktur bei außerordentlich expansiver Wirtschaftspolitik angesprungen; hier zeichnet sich für den Prognosezeitraum ein Aufschwung ab. Im Euroraum ist die Geldpolitik nach wie vor expansiv ausgerichtet und trägt zu einer Erholung bei. In Deutschland sind zudem die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen durch den Kursanstieg an den Börsen und die sich bes-

sernde Ertragslage der Banken günstiger geworden. Schließlich ist die Unsicherheit, die die Wirtschaft aufgrund des Irakkonflikts in der ersten Jahreshälfte lähmte, gewichen. Die Vertrauensindikatoren der Unternehmen weisen inzwischen eindeutig nach oben.

Allerdings wird die konjunkturelle Erholung in Deutschland nach wie vor durch eine Reihe von Faktoren beeinträchtigt. So belastet die Aufwertung des Euro weiterhin den Export und erleichtert den Import. Hinzu kommt, dass die Finanzpolitik im Jahr 2004 restriktiv ausgerichtet bleibt; den unterstellten steuerlichen Entlastungen stehen beschlossene bzw. geplante Einsparungen sowie der forcierte Abbau von Steuerergünstigungen gegenüber. Von daher wird der Anstieg der Realeinkommen der privaten Haushalte verhalten sein. Bei anhaltend hoher Sparneigung wird der private Konsum nur langsam steigen.

Vor diesem Hintergrund prognostizieren die Institute, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im Durchschnitt dieses Jahres stagnieren und auch im kommenden Jahr nur moderat zunehmen wird, so dass die Kapazitätsauslastung weiter sinkt. Von einem Aufschwung kann man daher nicht sprechen. In der ersten Jahreshälfte 2004 beschleunigt sich die konjunkturelle Expansion im Wesentlichen aufgrund der stärkeren Binnennachfrage. Steuerliche Entlastungen der privaten Haushalte und verbesserte Absatzperspektiven der Unternehmen stützen sowohl den Konsum als auch die Investitionen. Während der Anstieg der Konsumnachfrage in der zweiten Jahreshälfte etwas nachlässt, wird die Konjunktur mehr und mehr von der Auslandsnachfrage getragen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2004 um 1,7% steigen (Tab. 4.1).

Tab. 4.1
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2000	2001	2002	2003	2004
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	2,9	0,8	0,2	0,0	1,7
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)					
Westdeutschland ^{2) 3)}	3,0	0,6	0,2	-0,1	1,7
Ostdeutschland ²⁾	1,5	0,0	-0,2	0,3	1,5
Erwerbstätige ⁴⁾ (1 000 Personen)	38748	38911	38671	38075	37970
Arbeitslose (1 000 Personen)	3889	3852	4060	4393	4448
Arbeitslosenquote ⁵⁾ (in %)	9,1	9,0	9,5	10,4	10,5
Verbraucherpreise ⁶⁾	1,4	2,0	1,4	1,0	1,3
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)					
Lohnstückkosten ⁷⁾	1,0	1,3	0,7	0,9	-0,1
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)					
Finanzierungssaldo des Staates ⁸⁾					
(Mrd. Euro)	26,8	-58,9	-74,3	-85,5	-75,5
(% des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	1,3	-2,8	-3,5	-4,0	-3,5
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. Euro)	-27,9	4,2	59,7	43,3	53,5

¹⁾ In Preisen von 1995. – ²⁾ Berechnungsstand März 2003. – ³⁾ Einschließlich Berlins. – ⁴⁾ Im Inland. – ⁵⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ⁶⁾ Verbraucherpreisindex (2000=100). – ⁷⁾ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – ⁸⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis VGR der Länder; Deutsche Bundesbank; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

Zu diesem Ergebnis trägt allerdings eine im Vergleich zu 2003 deutlich höhere Zahl von Arbeitstagen bei. Arbeitstäglich bereinigt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion nur um 1,1% zunehmen.¹⁶

Unklar ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt, ob die leichte Belebung im Jahre 2004 der Vorbote eines längeren Aufschwungs ist, durch den die hartnäckigen Stagnationstendenzen der vergangenen Jahre nachhaltig überwunden werden können, oder ob 2005 erneut eine Konjunkturschwäche droht. Aus heutiger Sicht spricht vieles dafür, dass die Weltwirtschaft vor einer Phase kräftiger Expansion steht, an der auch der Euroraum und Deutschland teilhaben dürften. Ein wesentliches Risiko für dieses Szenario besteht darin, dass es – wie im Weltteil dargestellt – zu einer massiven Währungskorrektur infolge des sich ausweitenden Leistungsbilanzdefizits der USA kommt. Eine drastische Abwertung des Dollar würde die Exporte, eine der tragenden Säulen der erwarteten Belebung, spürbar schwächen.

Doch selbst bei günstiger Weltkonjunktur ist ein Aufschwung in Deutschland nicht gesichert. So kann nicht ausgeschlossen werden, dass der finanzpolitische Kurs auch zum Ende des Prognosezeitraums hin noch nicht klar ist und die damit verbundenen Unsicherheiten fortbestehen. Selbst wenn die finanzpolitischen Beschlüsse so ausgeführt würden wie in dieser Prognose angenommen, stellt sich die Frage, wie davon die Erwartungen der Haushalte und der Unternehmen beeinflusst werden. Würde die Einschätzung Oberhand gewinnen, dass die fiskalischen Belastungen in der Zukunft tendenziell sinken, nähmen die Konsum- und die Investitionsneigung möglicherweise so stark zu, dass die durch die Finanzpolitik angelegten restriktiven Impulse überspielt würden. Dann könnte sich ein kräftiger Aufschwung herausbilden. Gibt es eine solche Aufhellung der Erwartungen aber nicht, kommen die restriktiven Impulse voll zum Tragen, und es besteht die Gefahr, dass sich die Erholung im Jahr 2004 als kurzlebig erweist.

Die Entwicklung im Einzelnen

Exporte ziehen an

Die Ausfuhr ist nach verhaltener Expansion im Verlauf der beiden zurückliegenden Jahre in der

¹⁶ Die Institute verwenden bei der Prognose des Bruttoinlandsprodukts und seiner Komponenten die von der Bundesbank ermittelten Arbeitstagefaktoren, die auch vom Statistischen Bundesamt als Konvention betrachtet werden. Für das Jahr 2004 impliziert dieses Verfahren einen Aufschlag von 0,6 Prozentpunkten auf die Prognose des konjunkturell begründeten Zuwachses des Bruttoinlandsprodukts (vgl. dazu Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003, Hamburg 2003, S. 34).

Kasten 4.1 Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen Annahmen zugrunde, die zumeist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im Einzelnen wird angenommen:

- Der Ölpreis (Brent) beträgt im Durchschnitt dieses Jahres 29 US-Dollar pro Barrel, im nächsten Jahr 28 US-Dollar.
- Der Welthandel erhöht sich im Jahr 2003 um 3¹/₂%, im kommenden Jahr um 7¹/₂%.
- Der Wechselkurs liegt im Prognosezeitraum bei 1,15 US-Dollar je Euro. Die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessert sich bis Ende 2004 leicht.
- Die Europäische Zentralbank belässt die Leitzinsen bis Ende nächsten Jahres auf dem bisherigen Niveau. Die Kapitalmarktzinsen ziehen im Prognosezeitraum leicht an.
- Die Tarifverdienste je Stunde steigen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt im Jahr 2004 mit 2,2% etwas langsamer als in diesem Jahr (2,5%).
- Die zweite und die dritte Stufe der „Steuerreform 2000“ sowie die Gesundheitsreform treten – wie von der Bundesregierung geplant – im nächsten Jahr in Kraft; außerdem werden Steuervergünstigungen und Subventionen abgebaut und erhebliche Einsparungen im Haushaltsvollzug verwirklicht.*

* Ausführlich dazu Kasten 4.3.

ersten Hälfte 2003 kräftig gesunken. Maßgeblich hierfür war der Rückgang der Nachfrage aus dem konjunkturell angeschlagenen Euroraum. Darüber hinaus hat die spürbare Aufwertung des Euro die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft beeinträchtigt; dies wirkte sich insbesondere auf die Ausfuhr in die Vereinigten Staaten aus (Tab. 4.3, Abb. 4.1).

Mit der weiteren Erholung der Weltwirtschaft werden die Exporte wieder Fahrt aufnehmen. Die zunächst noch schwache Konjunktur im Euroraum, dem Hauptabsatzmarkt deutscher Güter im Ausland, lässt allerdings vorerst lediglich einen moderaten Anstieg erwarten. Im nächsten Jahr dürften die dämpfenden Einflüsse der vorangegangenen Aufwertung des Euro mehr und mehr nachlassen, und die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure wird sich bei der hier unterstellten Stabilisierung des Euro-Kurses wieder leicht verbessern. Zu-

Kasten 4.2 Zur Revision der Prognose vom Frühjahr 2003

Alles in allem hat sich die Prognose des Frühjahrsgutachtens, dass die Konjunktur in Deutschland im laufenden Jahr nur schleppend vorankommt, bestätigt. An der Einschätzung eines leichten Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Produktion im zweiten Halbjahr halten die Institute fest. Gleichwohl prognostizieren sie in diesem Gutachten für das Jahr 2003 eine Stagnation. Im Frühjahr hatten sie eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,5% erwartet (Tab. 4.2).

Die leichte Prognosekorrektur nach unten hat ihren Ursprung vor allem in der Entwicklung im ersten Halbjahr. Maßgeblichen Anteil daran hatte das außenwirtschaftliche Umfeld. So war das Expansionstempo des Welthandels geringer als erwartet; auch hat der Euro gegenüber dem US-Dollar – anders als im Frühjahrsgutachten angenommen – weiter an Wert gewonnen, und das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum expandierte schwächer als prognostiziert. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts für den Euroraum wurde nach unten korrigiert. Das Zusammenwirken dieser Faktoren schlägt sich im vorliegenden Gutachten in einer Korrektur der Prognose von Ausfuhr und Außenbeitrag nieder. Binnenwirtschaftlich verliefen vor allem die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen ungünstiger als im Frühjahr prognostiziert.

Tab. 4.2
Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2003
 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995

	Frühjahrgutachten		Herbstgutachten		Prognosekorrektur für 2003	
	Prognosewerte für 2003		Prognosewerte für 2003		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung in % gegen- über Vorjahr (1)	Wachstums- beitrag in %-Punkten ¹⁾ (2)	Veränderung in % gegen- über Vorjahr (3)	Wachstums- beitrag in %-Punkten ¹⁾ (4)	Spalte (3) abzüglich Spalte (1) (5)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2) (6)
Inlandsnachfrage	0,7	0,6	0,8	0,8	0,2	0,2
Privater Konsum	0,6	0,3	0,7	0,4	0,1	0,1
Staatlicher Konsum	0,8	0,2	0,6	0,1	- 0,2	0,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,9	0,2	0,7	0,1	- 1,2	- 0,1
Bauten	- 1,6	- 0,2	- 3,5	- 0,4	- 1,9	- 0,2
Vorratsveränderungen (Mrd. Euro)	- 11,1	0,1	- 10,3	0,6	-	0,4
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	90,6	- 0,2	84,3	- 0,8	-	- 0,7
Ausfuhr	3,0	1,1	0,2	0,1	- 2,7	- 1,0
Einfuhr	4,0	- 1,2	3,0	- 0,9	- 1,0	0,3
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,5	0,0	0,0	- 0,5	- 0,5
<i>nachrichtlich:</i>						
Bruttoinlandsprodukt USA	2,4	-	2,7	-	0,3	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	0,9	-	0,4	-	- 0,5	-
Welthandel	4,7	-	3,5	-	- 1,2	-
Preisindex für die Lebenshaltung	1,3	-	1,0	-	- 0,3	-

¹⁾ Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen und Differenzen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: BEA, Eurostat, OECD, Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2003: Prognose der Institute.

dem profitiert der Export von der weltweit anziehenden Investitionsnachfrage. Das alles spricht dafür, dass die Ausfuhr im kommenden Jahr deutlich aufwärts gerichtet sein wird (Abb. 4.2). Nach Stagnation in diesem Jahr wird sie im Jahr 2004 um 5,3% steigen (arbeitsmäßig bereinigt: 4,1%).

Die Importe, die im Verlauf des vergangenen Jahres spürbar gestiegen waren, nahmen im Frühjahr 2003 merklich ab. Dies ist auf die allgemein schwache Konjunktur zurückzuführen. Im Prognosezeitraum wird die Einfuhr mit der Ausweitung der Inlandsnachfrage und bei anziehender Exportkonjunktur wieder zulegen (Abb. 4.3). Im Durchschnitt dieses Jahres erhöht sie sich um 3,0% und im nächsten um 5,1% (arbeitsmäßig bereinigt: 4,0%).

Die Terms of Trade haben sich in der ersten Hälfte dieses Jahres trotz leicht rückläufiger Einfuhrpreise verbessert. Maßgeblich dafür war der merkliche Rückgang der Einfuhrpreise vor allem infolge der Euroaufwertung. Mit der stärkeren Expansion der Weltwirtschaft steigen die Einfuhrpreise wieder, wenn auch nur wenig, da der hohe Außenwert des Euro den Preisaufrtrieb noch einige Zeit dämpfen wird. Auch die

Tab. 4.3
Deutsche Exporte nach Regionen
 Spezialhandel in jeweiligen Preisen

Ländergruppe	2001			2002			1. Hj. 2003		
	Mrd. Euro	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾	Mrd. Euro	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾	Mrd. Euro	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾
Insgesamt	638	100,0	30,8	648	100,0	30,7	325	100,0	31,1
EU	352	55,1	17,0	355	54,7	16,8	181	55,7	17,4
EFTA ²⁾	33	5,2	1,6	32	4,9	1,5	16	4,8	1,5
NAFTA ³⁾	78	12,3	3,8	77	11,9	3,7	36	11,2	3,5
Ostasien ⁴⁾	50	7,8	2,4	52	8,0	2,4	26	8,0	2,5
MOE ⁵⁾	62	9,7	3,0	66	10,2	3,1	34	10,4	3,2
Übrige Länder	63	9,9	3,0	66	10,3	3,1	32	9,9	3,0

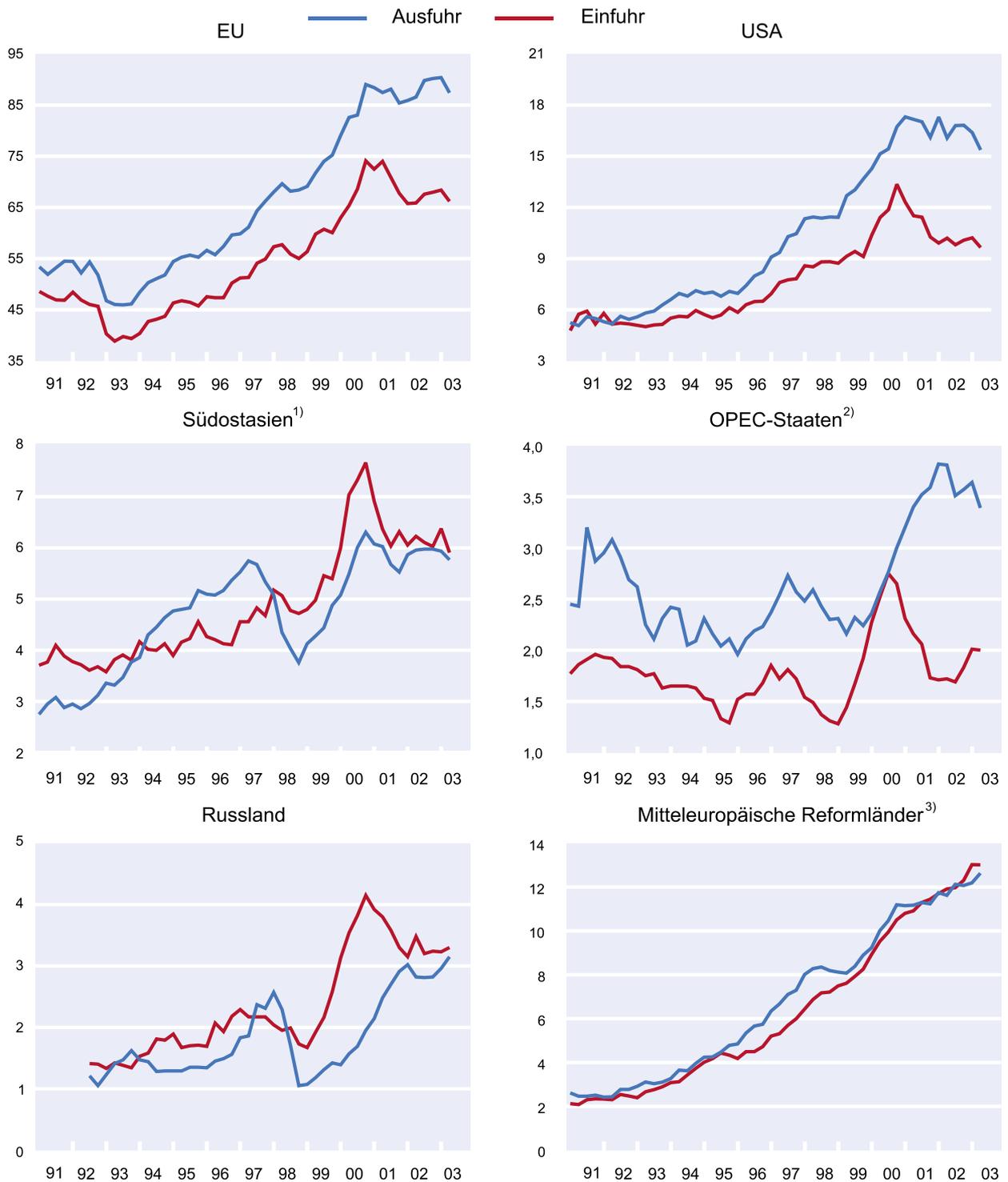
¹⁾ In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. – ²⁾ Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein. – ³⁾ USA, Kanada, Mexiko. – ⁴⁾ Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. – ⁵⁾ Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Russland, Ukraine, Weißrussland.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

Abb. 4.1

Außenhandel nach Ländern und Regionen

Spezialhandel nominal; saison- und arbeitstäglich bereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro



1) Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand.- 2) Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.- 3) Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei.

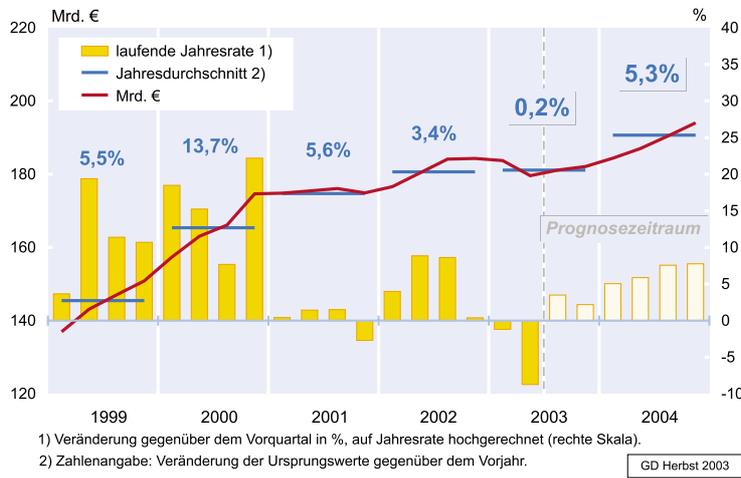
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

GD Herbst 2003

Abb. 4.2

Reale Exporte

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2003: Prognose der Institute.

Ausfahrpreise dürften anziehen, da die Spielräume der Exporteure für Preisüberwälzungen mit der Festigung der Weltkonjunktur und der unterstellten Stabilisierung des Euro-Kurses zunehmen. Alles in allem verbessern sich die Terms of Trade in diesem Jahr deutlich, während sie 2004 nahezu unverändert bleiben werden (Tab. 4.4).

tionsneigung. Die weiterhin niedrige Kapazitätsauslastung und die stagnierenden Bestellungen aus dem Inland bei den Investitionsgüterproduzenten deuten jedoch darauf hin, dass sich die Investitionstätigkeit im weiteren Verlauf dieses Jahres noch nicht merklich beleben wird. Erst wenn sich die Absatzperspektiven im kommenden Jahr aufgehellt haben, werden – trotz der stärkeren fiskalischen Belastungen, die sich per saldo aus den Steuerersenkungen und der Kürzung von Steuervergünstigungen ergeben – vermehrt Ausrüstungsgüter angeschafft. Hierzu tragen die steigenden Gewinnaussichten der Unternehmen nach ihrer erfolgreichen Konsolidierung ebenso bei wie die verbesserten Finanzierungsbedingungen über die Kredit- und die Aktienmärkte, nachdem sich die Ertragssituation der deutschen Banken entspannt hat und die Aktienkurse wieder gestiegen sind. Geldpolitische Impulse kommen in diesem Umfeld stärker zum Tragen. Alles in allem werden die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen im Jahr 2003 nur geringfügig das Vorjahresniveau übersteigen und im kommenden Jahr um 4,0% (arbeitstäglich bereinigt: 2,7%) zunehmen (Abb. 4.4).

Ausrüstungsinvestitionen legen moderat zu

Die Ausrüstungsinvestitionen stagnieren seit gut einem Jahr, nachdem sie zuvor deutlich zurückgegangen waren. Im Prognosezeitraum werden sie nur moderat zulegen. Zwar sprechen die verbesserten Geschäftserwartungen der Unternehmen für eine zunehmende Investi-

Bauinvestitionen weiterhin rückläufig

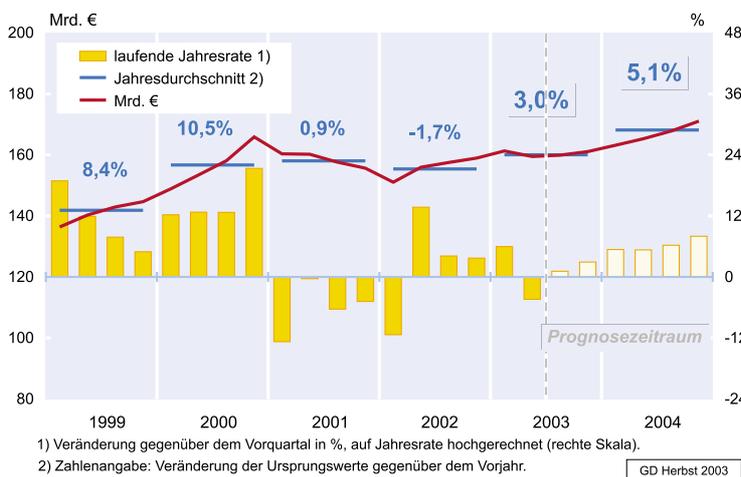
Die seit 1995 anhaltende Abwärtsbewegung bei den Bauinvestitionen hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt. Zunehmende Leerstände bei gewerblich genutzten Gebäuden und bei Wohnungen, die ungünstigen Einkommensperspektiven der privaten Haushalte und die Sparzwänge der öffentlichen Hand haben die Bautätigkeit beeinträchtigt, obwohl die Baupreise nahezu stagnierten und die Zinsen gesunken sind.

In diesem Jahr wird die negative Grundtendenz von einigen Sonderfaktoren überlagert. So führte im Wohnungsbau die Diskussion um die Kürzung der Eigenheimzulage vorübergehend zu einem starken Anstieg der Baugenehmigungen. Zusätzliche Bauaktivitäten wurden dadurch jedoch bislang nur in geringem Maße ausgelöst. Das deutet darauf hin, dass viele potentielle Bauherren vorsorglich einen Bauantrag gestellt haben, um sich die Eigenheimzulage zu sichern. Die davon ausgehenden Investitionsanregungen dürften teilweise in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres, teilweise – wegen der mehrjährigen Gültigkeit der Baugenehmigungen – erst später wirksam werden. Das in diesem

Abb. 4.3

Reale Importe

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2003: Prognose der Institute.

Tab. 4.4
Indikatoren zur Außenwirtschaft¹⁾

	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Exporte, real ²⁾	13,7	5,6	3,4	0,2	5,3
Waren	13,6	5,3	2,7	1,4	5,8
Dienstleistungen	14,5	7,8	8,4	-7,0	1,8
Importe ²⁾	10,5	0,9	-1,7	3,0	5,1
Waren	10,7	-0,3	-1,5	5,1	5,1
Dienstleistungen	9,6	5,2	-2,2	-4,7	4,7
Terms of Trade	-4,4	0,1	1,9	1,5	0,4
in Mrd. Euro					
<i>nachrichtlich:</i>					
Außenbeitrag, real ²⁾	34,8	66,8	101,1	84,3	90,2
Außenbeitrag, nominal	7,5	41,2	90,7	82,5	92,0
Leistungsbilanzsaldo ³⁾	-27,9	4,2	59,7	43,3	53,5

¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. – ²⁾ In Preisen von 1995. – ³⁾ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

Jahr in Kraft getretene »Wohnraum-Modernisierungsprogramm 2003« hat zwar Resonanz gefunden, wegen der großen Mitnahmeeffekte gehen davon aber nur geringe zusätzliche Impulse aus. Die weiterhin sehr hohen Arbeitsplatzrisiken und das regional bestehende Überangebot an Wohnraum wirken im gesamten Prognosezeitraum dämpfend auf die Wohnungsbauinvestitionen. Im Durchschnitt dieses Jahres werden sie das Vorjahresniveau um 3,2% unterschreiten (Tab. 4.5). Im Jahr 2004 werden sie auf dem Niveau von 2003 verharren (arbeitstäglich bereinigt: – 1,5%).

Im Wirtschaftsbau deuten weder Auftragseingänge noch Baugenehmigungen darauf hin, dass die Abwärtsbewegung schon bald ausläuft. Zwar haben die gewerblichen Bauinvestitionen in der ersten Hälfte dieses Jahres zugenommen;

dies geht jedoch nicht auf eine verstärkte Bautätigkeit, sondern auf den im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheren Erwerb von Grundstücken zurück. Die konjunkturelle Erholung im kommenden Jahr wird nicht ausreichen, um die Investitionen in gewerbliche Gebäude und bauliche Anlagen anzuregen. In diesem Jahr werden die Investitionen in Wirtschaftsbauten nochmals deutlich um 3,0% sinken, im Jahr 2004 werden sie stagnieren (arbeitstäglich bereinigt: – 1,7%).

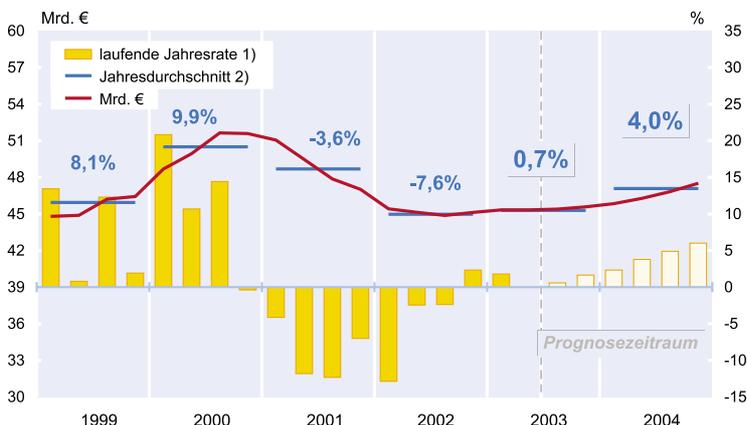
Die öffentlichen Bauinvestitionen setzen ebenfalls ihre Talfahrt fort. Insbesondere die Gemeinden, der Hauptinvestor der öffentlichen Hand, werden wegen der angespannten Haushaltslage ihre Investitionsausgaben weiterhin kürzen, da sie aufgrund des kommunalen Haushaltsrechts nur eingeschränkt auf Kreditfinanzierung zurückgreifen können.

So stößt auch das KfW-Infrastrukturprogramm keine zusätzlichen Investitionen an. Im nächsten Jahr verbessert sich die finanzielle Lage der Gemeinden zwar infolge der Ausweitung ihres Anteils am Steueraufkommen, dies wird aber lediglich dazu führen, dass die Einschränkung der kommunalen Baubudgets etwas gebremst wird. In diesem Jahr werden die öffentlichen Bauinvestitionen um 6,5% sinken, im nächsten Jahr um 2,8% (arbeitstäglich bereinigt: – 4,5%).

Insgesamt zeichnet sich bei den Bauinvestitionen im Prognosezeitraum keine Wende zum Besseren ab. In diesem Jahr ist mit einem Rückgang um 3,5% zu rechnen (Abb. 4.5). Im nächsten Jahr werden die Bauinvestitionen nahezu stagnieren (arbeitstäglich bereinigt: – 1,9%).

Abb. 4.4

Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

²⁾ Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

GD Herbst 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2003: Prognose der Institute.

Privater Konsum: Impulse durch Vorziehen der Steuerreform

Die privaten Konsumausgaben entwickeln sich seit zwei Jahren angesichts des geringen Anstiegs der verfügbaren Einkommen im Gefolge des Beschäftigungsrückgangs außerordentlich schwach. Dämpfend dürfte seit einiger Zeit auch die Verunsicherung der privaten Haushalte über den Kurs der Wirtschaftspolitik gewirkt haben. Der kräftige Anstieg des privaten Konsums im ersten Quartal des laufenden Jahres ist vor allem auf die Vorratskäufe von Heizöl zurückzuführen.

Zunächst werden die Konsumperspektiven erhalten bleiben. Zwar haben sich die Erwartungsindikatoren nach der Ankündigung, die

Tab. 4.5
Reale Bauinvestitionen¹⁾

	2002	2002	2003	2004
	Anteile in %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Wohnbauten	57,5	-5,8	-3,2	0,2
Nichtwohnbauten	42,5	-6,0	-4,1	-0,8
Gewerblicher Bau	29,6	-6,5	-3,0	0,0
Öffentlicher Bau	12,9	-4,7	-6,5	-2,8
Bauinvestitionen	100,0	-5,8	-3,5	-0,2

¹⁾ In Preisen von 1995.

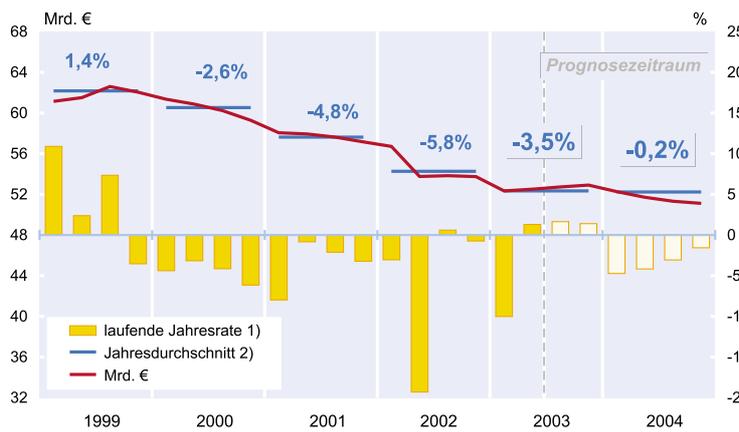
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

dritte Stufe der Steuerreform in das Jahr 2004 vorzuziehen, verbessert, allerdings dämpfen nach wie vor das hohe Arbeitsplatzrisiko und die nur schwach steigenden Einkommen den privaten Konsum. Im Zusammenhang mit den beschlossenen Kürzungen bei Gesundheitsleistungen werden jedoch Ausgaben in diesem Gütersegment vorgezogen. Im Jahresdurchschnitt nehmen die privaten Konsumausgaben um 0,7% zu (Abb. 4.6).

Abb. 4.5

Reale Bauinvestitionen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

GD Herbst 2003

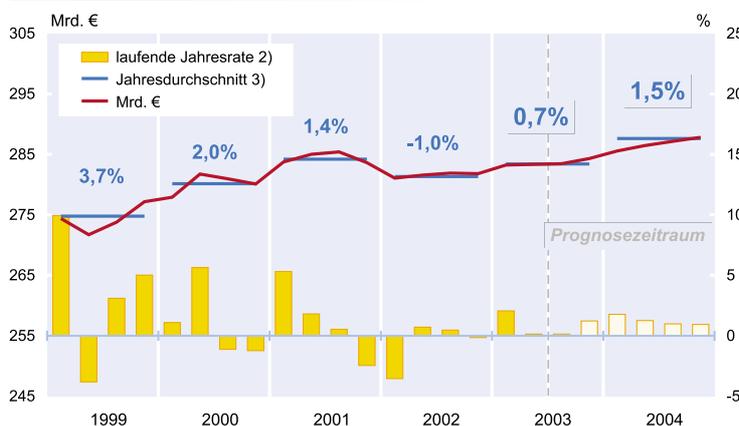
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2003: Prognose der Institute.

Im Jahr 2004 werden die Bruttoeinkommen bei unverändert steigenden Effektivlöhnen und bei auslaufendem Beschäftigungsabbau wieder leicht zunehmen. Die Nettolöhne und -gehälter steigen aufgrund der Entlastungswirkungen der in Kraft tretenden beiden Stufen der Steuerreform 2000 kräftig. Rechnet man die Kürzung von Steuervergünstigungen dagegen, kommt es bei der Lohnsteuer zu einer Nettoentlastung von 17,5 Mrd. Euro. Bei den Sozialabgaben zeichnen sich dagegen per saldo keine Entlastungen ab. Die monetären Sozialtransfers werden im Zuge der Reform der sozialen Sicherung schwächer als im Vorjahr expandieren. Hier schlägt insbesondere zu Buche, dass die Rentenanpassung verschoben wird.

Abb. 4.6

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹⁾

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

3) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

GD Herbst 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2003: Prognose der Institute.

Die im Rahmen der Gesundheitsreform beschlossenen Kürzungen bei den sozialen Sachleistungen sowie die Anhebung der Tabaksteuer schmälern den Entlastungseffekt der Steuerreform um weitere 5 Mrd. Euro. Insgesamt verbleiben vom ursprünglichen Entlastungsvolumen etwa 11 Mrd. Euro.

Der private Konsum nimmt zu Beginn des nächsten Jahres aufgrund der Steuersenkung zunächst beschleunigt zu. Dieser Impuls ebbt aber im weiteren Verlauf ab; zudem werden die privaten Haushalte im Zuge der »Gegenfinanzierung« der Steuerreform zunehmend belastet. Die Steuerreform führt dazu, dass Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen, die in der Regel eine höhere Sparneigung aufweisen, stärker entlastet werden; dies dürfte für sich genommen mit einem Anstieg der Sparquote einhergehen. Dem steht gegenüber, dass die im Gesundheitswesen vereinbarten Kürzungen zu erhöhten Ausgaben der privaten Haushalte für Güter und Dienstleistungen in diesem Bereich führen. Im Saldo dürfte sich die Sparquote 2004 etwas erhöhen. Der reale private Konsum wird im nächsten Jahr um 1,5% zunehmen (arbeitstäglich bereinigt: 1,1%).

Weiterhin geringer Preisanstieg

Die Verbraucherpreise steigen schon geraume Zeit in der Grundtendenz sehr verhalten. Die Inflationsrate bewegt sich seit Mitte vergangenen Jahres um die 1-Prozent-Marke. Bereinigt um kurzfristige Preisschwankungen bei Heizöl, Kraftstoffen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln sowie um die Wirkungen von Verbrauchsteuererhöhungen (Ökosteuern und Tabaksteuer), lag die so gemessene Kernrate in den vergangenen Monaten nur bei einem halben Prozent. Maßgeblich für den geringen Preisauftrieb waren die schwache Konjunktur sowie die – in Euro gerechnet – gedämpfte Entwicklung bei den Kosten für Rohstoffe (ohne Energie) und andere Vormaterialien.

Der Preisanstieg bleibt auch im Prognosezeitraum gering. Die für das Jahr 2004 vorliegenden Tarifabschlüsse deuten auf eine weiter moderate Lohnentwicklung hin. Zudem wird die Aufwertung des Euro noch einige Zeit nachwirken und den Preisauftrieb dämpfen. Allerdings erhöhen die Finanzierungsmaßnahmen im Rahmen der Gesundheitsreform – wie die stufenweise Anhebung der Tabaksteuer, die Einführung von Praxisgebühren und erhöhte Zuzahlungen bei Medikamenten –, aber auch die Erhebung der LKW-Maut den Verbraucherpreisindex um schätzungsweise 0,7%. Diese Effekte werden dazu beitragen, dass die Inflationsrate im Jahr 2004 mit 1,3% etwas höher sein wird als in diesem Jahr.

Produktion nimmt nur gemächlich Fahrt auf

Die seit Mitte 2000 anhaltende Stagnationsphase konnte bislang nicht überwunden werden. Die gesamtwirtschaftliche Produktion sank im Verlauf der ersten Jahreshälfte leicht, da die Inlandsnachfrage schwach blieb und die Lieferungen in das Ausland zurückgingen. Die Erzeugung im verarbeitenden Gewerbe und die Bautätigkeit nahmen ab. Die geringe Gesamtnachfrage wirkte sich stärker als in früheren Schwächephasen auf den tertiären Sektor aus, in dem die Wertschöpfung kaum noch stieg. Im Durchschnitt der ersten Jahreshälfte war das Bruttoinlandsprodukt um 0,1% niedriger als vor Jahresfrist.

Seit dem Ende des Krieges im Irak mehren sich die Anzeichen für eine Belebung der Konjunktur. Günstigere Geschäftserwartungen und leicht steigende Auftragseingänge im ver-

Tab. 4.6
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts¹⁾
in Prozentpunkten

	2002	2003	2004
Konsumausgaben	-0,3	0,5	0,9
Private Haushalte ²⁾	-0,6	0,4	0,8
Staat	0,3	0,1	0,0
Anlageinvestitionen	-1,4	-0,3	0,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,7	0,1	0,4
Bauten	-0,7	-0,4	0,0
Vorratsveränderungen	0,1	0,6	0,2
Inlandsnachfrage	-1,6	0,8	1,4
Außenbeitrag	1,7	-0,8	0,3
Exporte	1,2	0,1	1,9
Importe	0,5	-0,9	-1,6
Bruttoinlandsprodukt ³⁾	0,2	0,0	1,7

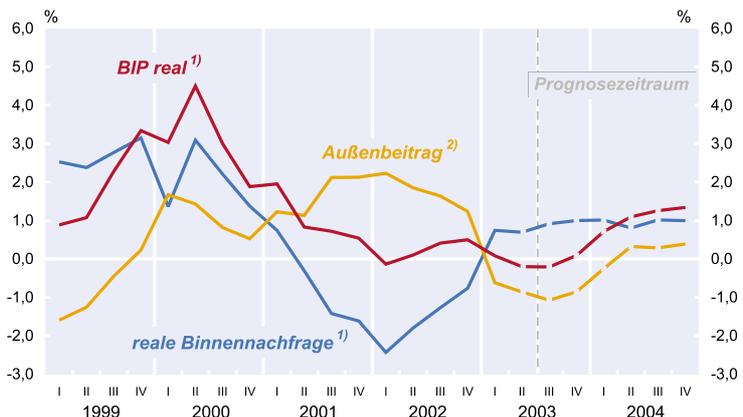
¹⁾Zur Definition vgl. Tab. 4.2; in Preisen von 1995, Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – ²⁾Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³⁾Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

arbeitenden Gewerbe deuten für das zweite Halbjahr auf eine geringfügige Zunahme des Bruttoinlandsprodukts hin. Maßgeblich hierfür ist das Wiederanziehen der Auslandsnachfrage (Tab. 4.6). Die Inlandsnachfrage wird etwas rascher zunehmen; das Expansionstempo bleibt aber zunächst verhalten, nicht zuletzt weil der Einkommenszuwachs durch die anhaltende Abnahme der Beschäftigung gedämpft wird (Abb. 4.7). Im Durchschnitt dieses Jahres dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt etwa so hoch sein wie im Vorjahr (Abb. 4.8).

Im kommenden Jahr setzt sich die in der zweiten Hälfte 2003 begonnene Erholung fort und gewinnt an Breite. Die Industrieproduktion steigt beschleunigt, und im tertiären Sektor

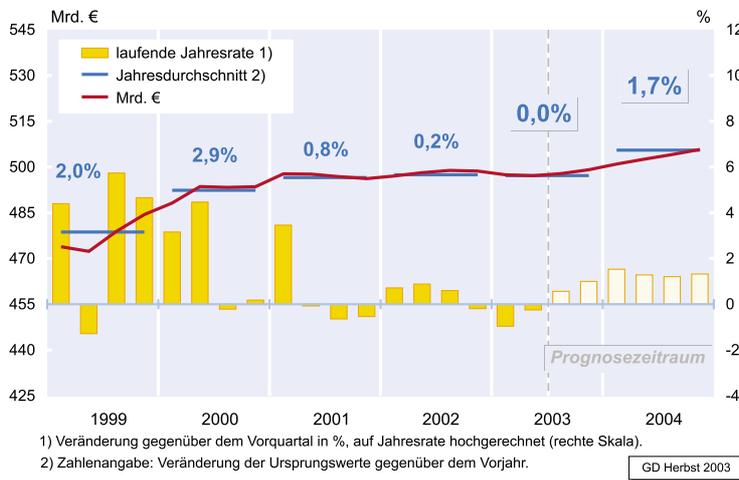
Abb. 4.7
Bruttoinlandsprodukt, Binnennachfrage und Außenbeitrag
Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte



1) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
2) Differenz zwischen dem realen Außenbeitrag im laufenden Quartal und im Vorjahresquartal in % des realen Bruttoinlandsprodukts im Vorjahresquartal (Wachstumsbeitrag).
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2003: Prognose der Institute.

Abb. 4.8

Reales Bruttoinlandsprodukt
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2003: Prognose der Institute.

nimmt die Wertschöpfung wieder merklich zu. Im Baugewerbe hingegen verlangsamt sich lediglich die Talfahrt. Insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2004 ihr diesjähriges Niveau um 1,7% übertreffen. Arbeitstäglich bereinigt beträgt die Zuwachsrates nur 1,1%; sie bleibt damit weiter hinter dem langjährigen Durchschnitt (2002 gegenüber 1993: 1,5%) zurück.

Anders als in Westdeutschland erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland (ohne Berlin) in der ersten Jahreshälfte 2003, wenn auch nur geringfügig. Der Ausstoß der Industrie stieg, wie schon in den vergangenen Jahren, stärker als im früheren Bundesgebiet, und dies vor allem im Vorleistungsgüterbereich. Der Rückgang im Bauhauptgewerbe war allerdings ausgeprägter als im Vorjahr. Für den weiteren Verlauf des Jahres ist hier auch nicht mit einer nennenswerten Besserung zu rechnen. Die industrielle Fertigung dürfte sich jedoch weiterhin recht kräftig erhöhen. Die Bruttowertschöpfung im tertiären Sektor wird dagegen kaum zunehmen. Insgesamt steigt das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt 2003 geringfügig.

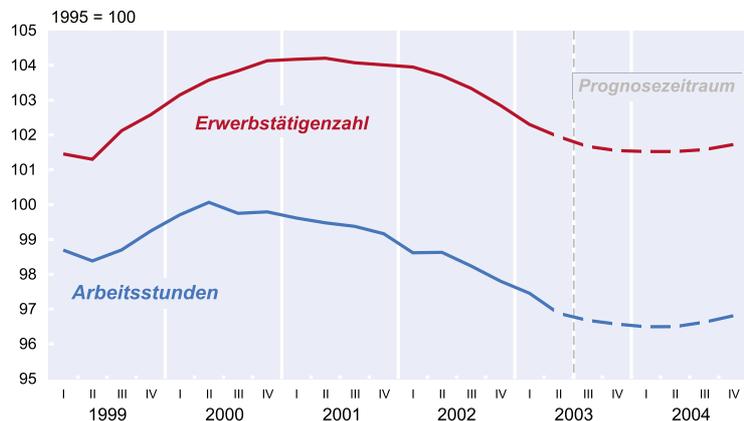
Im nächsten Jahr wird die Produktion in Ostdeutschland von der konjunkturellen Besserung in Westdeutschland profitieren. Das verarbeitende Gewerbe wird weiter zügig expandieren, und die tertiären Bereiche tragen wieder stärker zur Erholung bei. Hingegen schrumpft die Bauproduktion weiterhin. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt mit einer ähnlichen Rate wie in Westdeutschland zunehmen.

Erst 2004 allmähliche Aufhellung der Arbeitsmarktperspektiven

Bei anhaltender Stagnation und sinkender Kapazitätsauslastung hat sich die Lage am Arbeitsmarkt in diesem Jahr weiter verschlechtert. Die Zahl der Erwerbstätigen sank nochmals deutlich, und die der Arbeitslosen war trotz eines leichten Rückgangs in den Sommermonaten im September saisonbereinigt um 170 000 höher als Ende 2002. Das Arbeitsvolumen in Stunden ging sogar noch stärker zurück als die Zahl der Erwerbstätigen (Abb. 4.9). Die konjunkturelle Grundtendenz wurde in erheblichem Maße von Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik überlagert. So wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den ersten Monaten dieses Jahres durch die deutliche Einschränkung herkömmlicher Maßnahmen (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Struktur- anpassungsmaßnahmen, Weiterbildung) im Zuge der Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik überzeichnet. Umgekehrt ist der tendenzielle Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Sommermonaten insbesondere auf eine Statistikbereinigung zurückzuführen. So wurden viele Arbeitslose wegen mangelnder Verfügbarkeit oder fehlender eigener Bemühungen um einen Arbeitsplatz aus der Statistik gestrichen; ein ähnlicher Effekt war auch schon nach Einführung des Job-AQTIV-Gesetzes zu beobachten. Im Zusammenhang damit steht auch, dass sich durch die Verschärfung der Zulassungskriterien Arbeitslose – insbesondere Nichtleistungsempfänger – vermehrt in die »Stille Reserve« zurückzogen. Zudem wurden durch die neu geschaffenen Instrumente wie Ich-AG, Personal-Service-Agenturen (PSA) und Job-Floater Arbeitslose in den Status von Beschäftigten

Abb. 4.9

Geleistete Arbeitsstunden¹⁾ und Zahl der Erwerbstätigen²⁾ im Inland



1) Index, 1995 = 100; saison- und kalenderbereinigt.
2) Index 1995 = 100; saisonbereinigt.

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2003: Prognose der Institute.

überführt.¹⁷ Allein durch die Bereinigung der Statistik um »unechte« Arbeitslose dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit in diesem Jahr um mehr als 100 000 Personen zurückgehen.

Die nur zögernde wirtschaftliche Belebung und weiterhin unterausgelastete Kapazitäten lassen vorerst keine Wende am Arbeitsmarkt erwarten, zumal die Beschäftigung ein typischer »Nachläufer« der Konjunktur ist. Immerhin dürfte sich mit der Aufhellung der Konjunkturperspektiven in den kommenden Monaten der Beschäftigungsabbau verlangsamen. Alles in allem wird die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr um rund 600 000 niedriger sein als 2002; der Rückgang fällt damit sogar noch stärker aus als in der Rezession 1993. Die Zahl der Arbeitslosen wird zwar weiterhin durch die genannten Sondereinflüsse gedrückt. Mit fortschreitender Statistikbereinigung werden diese Effekte aber nachlassen, so dass konjunkturelle Einflüsse wieder stärker zu Buche schla-

gen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte deshalb in den kommenden Monaten wieder zunehmen (Abb. 4.10); im Durchschnitt dieses Jahres wird sie mit 4,4 Millionen um rund 330 000 höher sein als 2002.

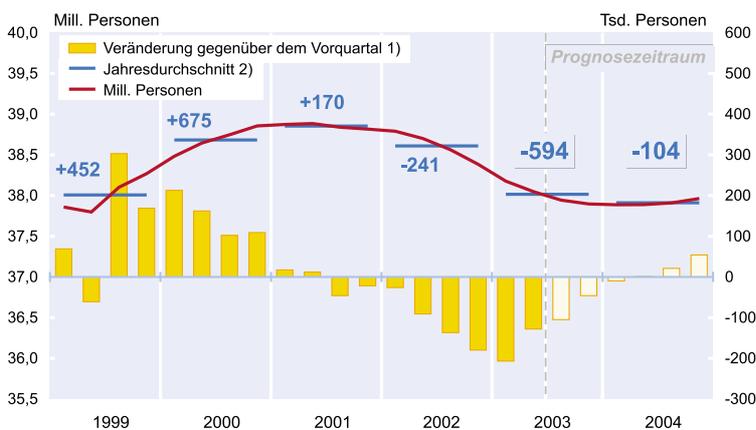
Im Laufe des kommenden Jahres werden mit der Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion die Beschäftigungsperspektiven etwas günstiger. Angesichts der nur verhaltenen konjunkturellen Expansion ist eine durchgreifende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt im Jahr 2004 aber nicht in Sicht, auch wenn die Beschäftigung durch die dann deutlicheren Auswirkungen der neuen Arbeitsmarktpolitik gestützt wird. Immerhin dürfte in der zweiten Jahreshälfte die Zahl der Erwerbstätigen wieder zunehmen. Die Arbeitslosigkeit wird zurückgehen, wenn auch nicht in dem Maße, wie die Beschäftigung steigt, da ein Teil der Arbeitsplätze, insbesondere im Niedriglohnsektor, von Personen aus der »Stillen Reserve« besetzt wird. Im Durchschnitt des Jahres 2004 wird die Zahl der Erwerbstätigen nochmals sinken, die der Arbeitslosen mit 4,45 Millionen etwas höher sein als in diesem Jahr (Tab. 4.7).

In Ostdeutschland (einschließlich Berlins) fällt der Rückgang der Erwerbstätigkeit in diesem Jahr stärker aus als in Westdeutschland. Ausschlaggebend dafür ist die merkliche Einschränkung von Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, die in Ostdeutschland ein besonders großes Gewicht haben. Da diese herkömmlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im nächsten Jahr weiter zurückgefahren werden, dürfte die Zahl der Erwerbstätigen hier auch 2004 stärker als im Westen zurückgehen. Die Arbeitslosigkeit steigt in Ostdeutschland in diesem Jahr aber nicht so stark wie in Westdeutschland. Dies liegt insbesondere an der weiteren Verringerung des Arbeitskräftepotentials in den neuen Bundesländern. Vor allem deshalb wird im Durchschnitt des kommenden Jahres die Zahl der Arbeitslosen nicht weiter zunehmen. Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt gleichwohl prekär.

Abb. 4.10

Erwerbstätige

Inländerkonzept, saisonbereinigter Verlauf



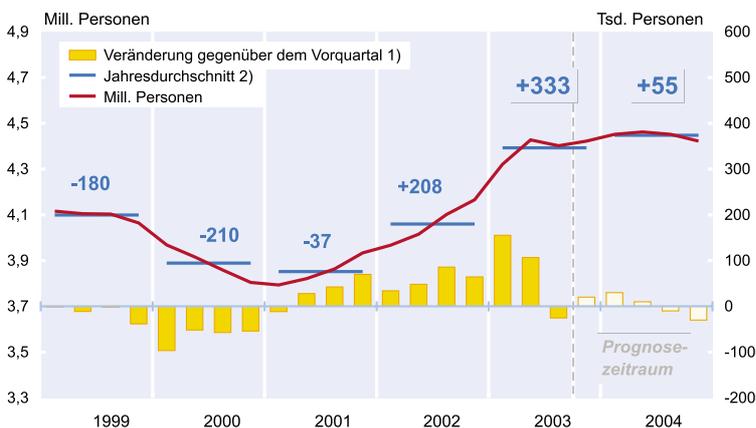
1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

GD Herbst 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2003: Prognose der Institute.

Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

GD Herbst 2003

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen der Institute; ab 4. Quartal 2003: Prognose der Institute.

Finanzpolitik trotz Steuerreform auf restriktivem Kurs

Die Bundesregierung beabsichtigte, nachdem die Defizitquote 2002 auf 3,5% geklettert war, im laufenden Jahr das Budgetdefizit merklich zu senken. Das strukturelle Defizit wurde in der

¹⁷ Zur Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik vgl. das Kapitel »Zur Arbeitsmarktpolitik«.

Tab. 4.7
Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1000 Personen

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	38006	38681	38851	38610	38016	37912
Arbeitnehmer	34067	34680	34774	34520	33887	33738
Selbständige	3939	4001	4077	4090	4129	4174
Pendlersaldo	65	67	60	61	59	58
Erwerbstätige Inland	38071	38748	38911	38671	38075	37970
Arbeitslose	4099	3889	3852	4060	4393	4448
Arbeitslosenquote ¹⁾	9,7	9,1	9,0	9,5	10,4	10,5
Erwerbslose ²⁾	3333	3065	3110	3396	3683	3728
Erwerbslosenquote ³⁾	8,1	7,3	7,4	8,1	8,8	9,0
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	119	86	123	207	200	175
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	430	313	243	193	140	110
Neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik ⁴⁾					65	240
Berufliche Vollzeitweiterbildung	333	324	315	300	220	170
Westdeutschland⁵⁾						
Erwerbstätige Inländer ⁶⁾	30254	30916	31143	30990	30526	30482
Arbeitslose	2604	2380	2320	2498	2763	2818
Arbeitslosenquote ¹⁾	7,9	7,1	6,9	7,5	8,3	8,5
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	90	59	94	162	165	145
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	67	59	53	42	30	25
Berufliche Vollzeitweiterbildung	182	177	169	162	120	90
Ostdeutschland⁵⁾						
Erwerbstätige Inländer ⁶⁾	7752	7765	7708	7620	7490	7430
Arbeitslose	1495	1508	1532	1563	1630	1630
Arbeitslosenquote ¹⁾	16,2	16,3	16,6	17,0	17,9	18,0
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	29	27	29	45	35	30
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	363	254	190	150	110	85
Berufliche Vollzeitweiterbildung	151	148	146	138	100	80

¹⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose). – ²⁾ Definition der ILO. – ³⁾ Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose). – ⁴⁾ „Kapital für Arbeit“, „Ich-AG“, Personal-Service-Agenturen, Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose, „Jump Plus“. – ⁵⁾ Westdeutschland: alte Bundesländer ohne Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer einschließlich Berlins. – ⁶⁾ Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von Februar/März 2003.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

Tat durch kräftige Steuer- und Abgabenerhöhungen sowie Ausgabenkürzungen um knapp einen Prozentpunkt zurückgeführt, doch verbessert sich die Finanzlage nicht – im Gegenteil: Die Institute schätzen das gesamtstaatliche Defizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in diesem Jahr auf 85 Mrd. Euro bzw. auf 4% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. In der Zunahme der Quote spiegelt sich das Wirken der automatischen Stabilisatoren aufgrund der schwachen Konjunktur wider.

Die Steuereinnahmen nehmen aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche in diesem Jahr voraussichtlich nur um 1,1% zu. Bei der Umsatzsteuer dürfte das Vorjahresergebnis nicht er-

reicht werden. Sie entwickelt sich noch immer schwächer als die gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage, obwohl verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung ergriffen wurden; diese entfalten bislang aber lediglich eine begrenzte Wirkung. Ein Zuwachs von nur 0,6% ergibt sich bei der Lohnsteuer, weil die Einkommen kaum steigen. Das Aufkommen an gewinnabhängigen Steuern nimmt trotz der Konjunkturschwäche zu, da Sondereffekte im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform, die die Steuerzahlungen in den Jahren 2001 und 2002 einbrechen ließen, in diesem Jahr weniger stark zu Buche schlagen; zudem wurde der Körperschaftsteuersatz befristet angehoben. Bei einigen Verbrauchsteuern steigt das Aufkommen hingegen kräftig, denn die Steuersätze wurden erhöht. Das Aufkommen aus Sozialversicherungsbeiträgen wird durch die schwache Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung gedrückt, doch sind die Beitragssätze erhöht und die Beitragsbemessungsgrenzen kräftig angehoben worden; per saldo dürfte

sich ein Anstieg um reichlich 2% ergeben. Die übrigen Einnahmen sind rückläufig, vor allem weil die Bundesbank einen geringeren Gewinn als im Vorjahr ausgeschüttet hat. Insgesamt werden die Einnahmen des Staates im Jahr 2003 voraussichtlich um 1,2% zunehmen.

Die Ausgaben des Staates werden hingegen mit 2,2% so kräftig expandieren wie im Vorjahr, vor allem da die arbeitsmarktbedingten Aufwendungen und die Ausgaben für die Sozialhilfe aufgrund der Konjunkturschwäche zunehmen. Bei den Renten wird der Ausgabenanstieg zwar infolge der geringen Lohnsteigerungen in den beiden vergangenen Jahren sowie der modifizierten Rentenanpassungsformel gebremst; die Zahl der Rentner nimmt aber

Tab. 4.8
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹⁾ 1991 bis 2004

	Staatseinnahmen ²⁾			Staatsausgaben ²⁾			Finanzierungs-saldo ²⁾	nachrichtlich: Zins-Steuer-Quote ³⁾
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozial-beiträge		Zins-ausgaben	Brutto-investitionen		
1991	44,1	22,4	17,2	47,1	2,8	2,7	-2,9	12,6
1992	45,5	22,8	17,6	48,1	3,3	2,9	-2,6	14,3
1993	46,2	22,9	18,2	49,3	3,3	2,8	-3,2	14,6
1994	46,6	22,9	18,6	49,0	3,3	2,7	-2,4	14,6
1995 ⁴⁾	46,0	22,5	18,8	49,3	3,7	2,3	-3,3	16,3
1996	46,9	22,9	19,4	50,3	3,7	2,1	-3,6	16,0
1997	46,6	22,6	19,7	49,3	3,6	1,9	-2,8	16,1
1998	46,6	23,1	19,3	48,8	3,6	1,9	-2,2	15,6
1999	47,3	24,2	19,0	48,7	3,5	1,9	-1,5	14,4
2000 ⁵⁾	47,1	24,6	18,6	48,2	3,4	1,8	-1,2	13,7
2001	45,5	23,0	18,5	48,3	3,3	1,7	-2,8	14,2
2002	45,0	22,6	18,4	48,5	3,1	1,6	-3,5	13,7
2003	45,1	22,7	18,6	49,1	3,1	1,5	-4,0	13,7
2004	44,8	22,5	18,6	48,3	3,1	1,5	-3,5	13,9

¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. – ²⁾ Relation in % des nominalen BIP. – ³⁾ Zinsausgaben des Staates; Relation in % des Steueraufkommens. – ⁴⁾ Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,6 Mrd. Euro). – ⁵⁾ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

weiterhin erheblich zu. Die Personalausgaben expandieren, ungeachtet der Tarifsteigerungen um rund 2%, nur moderat, weil weiterhin Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut werden. Die Sparbeschlüsse im Gesundheitswesen dämpfen den Anstieg der sozialen Sachleistungen. Kräftig sinken abermals die öffentlichen Investitionen, obwohl insbesondere in Ostdeutschland noch Ausgaben zur Beseitigung der Flutschäden anfallen. Angesichts der angespannten Finanzlage bleibt den Gemeinden zumeist nichts anderes übrig, als ihre Investitionen zu kürzen. Die Zinsaufwendungen nehmen trotz des wachsenden Schuldenstandes nur moderat zu, da nach wie vor in erheblichem Umfang hochverzinsliche Altschulden durch niedrig verzinsliche neue Kredite abgelöst werden.

Im Jahr 2004 wird die Entwicklung der Staatsfinanzen durch steuerliche Maßnahmen und die Reformen im Bereich der Renten- und der Krankenversicherung geprägt (zu den Maßnahmen im Einzelnen vgl. Kasten 4.3). Das gesamtstaatliche Defizit wird um 10 Mrd. auf 75 Mrd. Euro bzw. auf 3,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zurückgehen (Tab. 4.8). Dies resultiert aus der restriktiven Ausrichtung der Finanzpolitik. Das strukturelle Budgetdefizit wird um 0,5 Prozentpunkte zurückgeführt;¹⁸ das Vorziehen der dritten Stufe der

Einkommensteuerreform verringert lediglich den Restriktionsgrad der Finanzpolitik.

Das Lohnsteueraufkommen wird im kommenden Jahr um 7% sinken. Ausschlaggebend hierfür sind die kräftigen Entlastungen infolge der Steuerreform, aber auch die nach wie vor rückläufige Zahl der Beschäftigten. Bei den gewinnabhängigen Steuern wird sich die Entwicklung weiter »normalisieren«, wenngleich die Unternehmen bei wieder steigenden Gewinnen die in den Vorjahren erlittenen Verluste vermehrt gegenrechnen dürften. Das Aufkommen der Umsatzsteuer wird sich im Zuge der konjunkturellen Erholung wieder erhöhen, aber weiterhin weniger stark als die steuerrelevante Inlandsnachfrage, weil immer noch Schwachstellen im deutschen Mehrwertsteuersystem bestehen. Die Sozialbeiträge werden mit 2,2% etwas stärker zunehmen als die Bruttolöhne und -gehälter, vor allem weil die Beiträge der Rentner zur Krankenversicherung¹⁹ im Zuge der Gesundheitsreform auf den vollen Satz angehoben werden. Alles in allem wird sich der Anstieg der Staatseinnahmen leicht auf 2% verstärken.

Die Staatsausgaben werden hingegen mit knapp 1% langsamer zunehmen als zuvor, weil infolge der angespannten Finanzlage die Sparanstrengungen intensiviert werden. Die Personalausgaben stagnieren voraussichtlich, da der Stellenabbau fortgesetzt und zudem das Urlaubs- und das

¹⁸ Dieser Rückgang errechnet sich, wenn man die fiskalischen Wirkungen von diskretionären Eingriffen auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite, die Einsparungen im Haushaltsvollzug sowie die »heimlichen« Steuererhöhungen berücksichtigt. Diese Abnahme ergibt sich aber auch, wenn man, wie etwa die Bundesregierung, ein trendmäßiges Wachstum von 1¾% unterstellt. Der Rückgang fällt geringer aus, wenn man ein niedrigeres trendmäßiges Wachstum annimmt und umgekehrt.

¹⁹ Dies trifft für Beiträge auf Versorgungsbezüge und auf Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit zu.

Kasten 4.3

Finanzpolitische Annahmen für die Prognose

Der Kurs der Finanzpolitik im Jahr 2004 ist nach wie vor unklar. Wichtige Vorhaben werden derzeit in Regierung wie Opposition kontrovers diskutiert, andere sind noch nicht von Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Zwar steht fest, dass die zweite Stufe der Steuerreform zum 1. Januar 2004 in Kraft tritt. Offen ist aber, ob die dritte Stufe der Steuerreform vorgezogen und inwieweit sie durch den Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen finanziert wird. Auch über die Entwicklung der Beiträge zur Sozialversicherung besteht Unsicherheit. Für die Prognose nehmen die Institute Folgendes an:

- Die dritte Stufe der Steuerreform wird vorgezogen, gleichzeitig werden Steuervergünstigungen und Finanzhilfen in einer Größenordnung von 5 Mrd. Euro gekürzt. Insgesamt führen diese Maßnahmen dazu, dass die Neuverschuldung des Staates für sich genommen um reichlich 10 Mrd. Euro zunimmt.
- Eine Amnestieregelung für Steuerflüchtlinge tritt in Kraft und erhöht das Steueraufkommen um 1,5 Mrd. Euro. Die Erhöhung der Tabaksteuer bringt Mehreinnahmen von 1 Mrd. Euro.
- Eine Reform der Gemeindesteuern wird erst im Jahr 2005 in Kraft treten. Die Finanzlage der Gemeinden wird aber bereits 2004 durch eine Umverteilung des Steueraufkommens verbessert, sei es durch eine Senkung der Gewerbesteuerumlage, sei es durch eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer.
- Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe werden miteinander verbunden. Die Gemeinden werden mit dieser Maßnahme entlastet, der Bund belastet. Für den Staat insgesamt werden sich kurzfristig keine nennenswerten Einsparungen ergeben.
- Die Reform des Gesundheitswesens tritt wie vom Bundestag beschlossen in Kraft. Der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung sinkt 2004 dadurch im Jahresdurchschnitt von 14,35 auf 13,9%, wobei die Kassen die Sätze erst im Laufe des Jahres senken, da sie zunächst die aufgelaufenen Fehlbeträge ausgleichen werden.
- Um die zu erwartenden Fehlbeträge der gesetzlichen Rentenversicherung zu begrenzen, wird die am 1. Juli 2004 anstehende Erhöhung der Altersrenten verschoben. Zugleich wird der Zuschuss des Bundes an die Rentenversicherung – anders als von der Bundesregierung gegenwärtig beabsichtigt – nicht gekürzt. Unter diesen Bedingungen ist zu erwarten, dass der Beitragssatz von 19,5 auf 19,9% angehoben wird.

Das strukturelle Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte 2004 alles in allem um 0,5 Prozentpunkte zurückgeführt werden.

Tab. 4.9

**Veränderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben¹⁾
Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-) in Mrd. Euro
gegenüber 2003**

	2004
Zweite Stufe der Einkommensteuerreform	-6,5
Dritte Stufe der Einkommensteuerreform	-15,6
Steueramnestie („Brücke zur Steuerehrlichkeit“)	1,5
Investmentsteuergesetz	-0,6
Erhöhung der Tabaksteuer	1,0
Einführung einer LKW-Maut	1,4
Steuervergünstigungsabbaugesetz	2,0
Abbau von Steuervergünstigungen	4,0
Kürzung von Finanzhilfen	1,0
Kürzung des Urlaubs- und des Weihnachtsgeldes für Beamte	2,0
Senkung des durchschnittlichen Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung von 14,35 auf 13,9%	-4,0
Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge der Rentner auf Versorgungsbezüge etc.	1,6
Abschaffung des Sterbegeldes	0,4
Ausgrenzung von Leistungen, Erhöhung der Zuzahlungen und Strukturmaßnahmen im Rahmen der Gesundheitsreform	5,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung von 19,5 auf 19,9%	3,2
Aussetzung der Anpassung der Altersrenten	1,0
Sonstige Maßnahmen ²⁾	13,0
Summe	10,5

¹⁾ Ohne makroökonomische Rückwirkungen. – ²⁾ Darunter: Einsparungen im Haushaltsvollzug, Personalabbau, Kürzung der Investitionszuschüsse an die Deutsche Bahn, „heimliche“ Steuererhöhungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit; Berechnungen der Institute.

Weihnachtsgeld der Beamten gekürzt werden. Bei den sozialen Sachleistungen ist sogar ein geringfügiger Rückgang zu erwarten, weil die gesetzlichen Krankenkassen insbesondere durch höhere Zuzahlungen der Versicherten und Leistungsausgrenzungen entlastet werden. Bei den monetären Sozialleistungen wird mit 1,4% ein relativ geringer Zu-

wachs prognostiziert; hier schlägt vor allem zu Buche, dass die Rentenanpassung verschoben wird. Die öffentlichen Investitionen werden weiter sinken, weil die Haushaltslage der Kommunen trotz der erwarteten Entlastungsmaßnahmen angespannt bleibt und sie aufgrund des Haushaltsrechts in ihren Möglichkeiten zur Kreditaufnahme beschränkt sind.

5. Zur Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einer Stagnation. Zwar ist für das kommende Jahr eine Belebung zu erwarten. Berücksichtigt man jedoch, dass der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion durch den Arbeitstageeffekt überzeichnet ist, so kann nicht von einem Aufschwung gesprochen werden. Jedenfalls bleibt die konjunkturelle Dynamik merklich hinter dem zurück, was früher im Anschluss an Schwächephasen zu beobachten war.

Damit steht die Wirtschaftspolitik vor erheblichen Herausforderungen. Die Geldpolitik ist bereits seit längerem expansiv ausgerichtet und stimuliert die Konjunktur im Euro-Raum. Sie sollte diesen Kurs beibehalten, solange die Preisstabilität nicht gefährdet ist. Die Lohnpolitik erleichtert ihr das Geschäft insofern, als die Lohnentwicklung in diesem und voraussichtlich auch im nächsten Jahr moderat bleibt. Mehrbelastungen für die Arbeitnehmer, die sich aus Reformen der sozialen Sicherungssysteme ergeben, sollten hingenommen werden. Die Finanzpolitik in Deutschland steht vor dem Problem, dass die Ziele, die sie derzeit verfolgt, nicht miteinander vereinbar sind. Eine Rückführung der hohen Defizite in den öffentlichen Haushalten, eine merkliche Senkung der Steuer- und Abgabenlast und eine Stimulierung der Konjunktur sind nicht gleichzeitig zu erreichen. Werden die Defizite rasch zurückgeführt, kann die Abgabenlast nur bei strikter Ausgabenbegrenzung gesenkt werden; dies könnte die Konjunktur belasten. Wird allein die Abgabenlast gesenkt, kann dies zwar die Konjunktur stimulieren, die Defizite können aber nicht schnell zurückgeführt werden.

Die Finanzpolitik muss entscheiden, wie sie diesen Zielkonflikt auflöst. Nur dann kann sie eine kohärente Strategie für die kommenden Jahre entwickeln. Dies ist auch deshalb wichtig, weil sie lediglich so die Vertrauenskrise, die derzeit Konjunktur und Wachstum belastet, zu überwinden vermag. Denn nur wenn sich positive Einkommens- und Gewinnerwartungen herausbilden, werden Konsumenten und Investoren ihre Zurückhaltung aufgeben. An einer solchen Strategie hat es bisher gefehlt. Vielmehr ist der Eindruck einer »Finanzpolitik auf Zuruf« entstanden.

Immerhin ist in die Debatte um die Finanzpolitik und die Sozialsysteme in Deutschland Bewegung gekommen. Mittlerweile liegen zahlreiche Vorschläge seitens der politischen Parteien und verschiedener Kommissionen vor, wie das Steuersystem umgestaltet und die Sozialversicherungen grundlegend reformiert werden sollten. Es ist zu hoffen, dass notwendige Reformen nun mit dem nötigen Schwung angegangen werden und dieser auch nicht nachlässt, wenn sich die Konjunktur in Deutschland erholt.

Wünschenswert wäre es, dass die vorliegenden Vorschläge genutzt werden, um die Finanzpolitik auf einen nachhaltigen Kurs zu bringen, der folgende Elemente beinhaltet:

- Das Steuersystem wird vereinfacht, Ausnahmetatbestände und Steuervergünstigungen werden massiv verringert und die Grenzbelastung für Einkommensbezieher gesenkt; ferner wird die Umverteilung, soweit sie von der Gesellschaft gewünscht wird, von den Sozialversicherungen in das Steuersystem verlagert.
- Der Staat verstärkt vor allem die Investitionen in Sach- und Humankapital, während er möglichst wenig mit Subventionen in den Wirtschaftsablauf eingreift.
- In der gesetzlichen Rentenversicherung wird die demographische Entwicklung berücksichtigt und darauf hingewirkt, die Lebensarbeitszeit zu verlängern.
- In der gesetzlichen Krankenversicherung gewinnt die Eigenverantwortung eine größere Rolle, die Effizienz des Systems wird durch vermehrten Wettbewerb zwischen Anbietern gestärkt; dadurch wird der Anstieg der Belastung der Beitragszahler gedämpft.

Diese gravierenden Änderungen sollten schon bald und nicht über einen längeren Zeitraum gestreckt durchgesetzt werden. Vielfach wird offenbar befürchtet, dass es zu erheblichen Einbußen und Anpassungshärten kommen könnte, welche die Bürger überfordern würden. Einbußen beim Lebensstandard weiter Teile der Bevölkerung sind aber gerade dann zu erwarten, wenn sich nichts ändert. Diese düstere Aussicht sollte Anlass genug sein, den Kurs der Wirtschaftspolitik rasch und durchgreifend zu korrigieren, damit es bald zu einer höheren Wachstums- und Beschäftigungsdynamik in Deutschland kommt.

Zuversichtlich stimmt, dass ein Reformbedarf inzwischen breit diskutiert und von vielen gesellschaftlich relevanten Gruppen anerkannt wird. Dies erhöht zweifelsohne die Chance, dass es überhaupt zu Reformen kommt. Allerdings lassen die verschiedenen Vorschläge häufig keine konsistente Zielsetzung erkennen, weil die Interdependenz von Maßnahmen vernachlässigt wird. Der Abbau von Steuervergünstigungen beispielsweise führt für sich genommen zu einer höheren Steuerbelastung und sollte daher mit einer Senkung der Steuersätze einhergehen. Ein Sozialversicherungssystem ohne Umverteilungselemente – wie es z.B. die Herzog-Kommission vorschlägt – erfordert als Gegenstück ein Steuersystem, das eine entsprechende Umverteilung leistet. Eine Reform des Arbeitsmarktes, die gezielt den Niedriglohnsektor fördert, kann im Widerspruch zu einer stärkeren Eigenverantwortung bei der Sozialversicherung stehen, sofern hier das Steuersystem keinen Ausgleich schafft. Insofern ist ein Konzept »aus einem Guss« erforderlich, bei dem die einzelnen Reformen ineinander greifen.

Die Bundesregierung setzt bei ihren Reformen auf die Agenda 2010. Im Grundsatz weisen viele Elemente in die richti-

ge Richtung. Es zeichnet sich allerdings ab, dass vieles zu zaghaft angegangen wird. In der vor kurzem beschlossenen Gesundheitsreform finden sich beispielsweise die von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz kaum noch wieder. Zudem ist die Gefahr groß, dass mit der Zuspitzung auf das Schlagwort »Agenda 2010« die Hoffnung geweckt wird, sie biete die Lösung für alle Probleme. Eine ähnliche Stimmung verbreitete die Politik schon mehrfach, so beim Hartz-Konzept, wobei die hohen Erwartungen damals nach Einschätzung der Institute nicht gerechtfertigt waren; dies hat sich inzwischen als zutreffend herausgestellt.

Zur künftigen Erweiterung des Euroraums

Im Mai kommenden Jahres wird die Europäische Union auf 25 Länder erweitert. Es ist nicht zu erwarten, dass dieser Schritt in der kurzen Frist von spürbaren ökonomischen Friktionen begleitet sein wird, zumal der Beitrittsprozess mit zahlreichen, vor allem institutionellen Angleichungen faktisch schon längst begonnen hat. Auch haben sich die Handelsströme mit dem Übergang zum weitgehenden Freihandel zwischen den Beitrittsländern und der bestehenden EU bereits in großem Umfang neu ausgerichtet.

Wesentlich bedeutsamer ist aus ökonomischer Perspektive die Fortsetzung des Integrationsprozesses mit dem vorgezeichneten Ziel der Einführung des Euro in den Beitrittsländern. Hier stellt sich eine Reihe von Fragen nach der Art und Weise, wie dies geschehen soll. Die beitretenden Länder haben – wie im Weltteil ausgeführt – noch eine erhebliche Wegstrecke sowohl bei der realen als auch bei der nominalen Konvergenz zu den bisherigen EWU-Staaten zurückzulegen. Dies spricht – vor allem im Interesse der beitretenden EU-Länder – dafür, diesen Schritt nicht zu überstürzen. Im Zuge des Konvergenzprozesses können Wechselkurse noch eine ganze Weile als Puffer dienen, vor allem dann, wenn Inflationsraten und Budgetdefizite noch deutliche Korrekturen in der Wirtschaftspolitik erfordern. Wechselkursänderungen können zwar letztlich kein Ersatz für reale Konvergenz sein. Sie erleichtern aber diesen Prozess, indem sie temporär Wettbewerbsnachteile von Unternehmen aus den Beitrittsländern ausgleichen.

Insofern ist es sinnvoll, dass der Beitritt zum WKM II nicht unmittelbar auf die Mitgliedschaft zur EU folgt, um den Ländern Zeit für strukturelle Anpassungen an die bisherigen EU-Länder zu gewähren, ohne dass sie bereits im ungepufferten Wettbewerb mit ihnen stehen. Von daher sollten die Wechselkursbewegungen zumindest in der Anfangsphase nicht unnötig stark eingeschränkt werden. Vieles spricht für ein anfänglich breites Band zulässiger Schwankungen mit veränderbarem Zentralwert. Wenn die großen strukturellen Änderungen vollzogen sind und die Inflationsangleichung als

nachhaltig angesehen werden kann, dürften ohnehin keine größeren Wechselkursschwankungen mehr auftreten. Dann sollte das Band zulässiger Wechselkursschwankungen im WKM II verengt werden. Zudem ist der Weg in die Währungsunion bereits klar vorgezeichnet und trägt dadurch zu einer Beschleunigung der Konvergenz bei.

Die Bedingungen für die Einführung des Euro sind im Vertrag von Maastricht festgelegt. Allerdings war der Vertrag ursprünglich dazu gedacht, die Voraussetzungen für die Gründung der Europäischen Währungsunion zu regeln, nicht aber den späteren Beitritt weiterer Länder. Inzwischen besteht die Währungsunion aber bereits, und Maßstab für die Beitrittskandidaten können demnach nur die dort herrschenden Gegebenheiten sein. Deshalb sollte man sich bezüglich des Preiskriteriums am Inflationsziel der EZB von nahezu 2% orientieren. Die Einhaltung des Zinskriteriums dürfte sich im Zuge des Konvergenzprozesses automatisch ergeben, sofern das Inflationskriterium als nachhaltig erfüllt angesehen wird. Auch bei den fiskalischen Anforderungen ist schwer vorstellbar, dass die Praxis der Währungsunion nicht zum Maßstab gemacht wird. Daher empfiehlt sich, sowohl den Schuldenstand als auch die 3-Prozent-Defizitgrenze nicht anders zu behandeln, als dies bei den derzeitigen Mitgliedern der Währungsunion der Fall ist.

Im Prinzip sollte der Beitritt zur Währungsunion kein großes Problem sein. Voraussetzung ist allerdings, dass den Volkswirtschaften im Vorfeld genügend Zeit zur Anpassung gegeben wird. Es ist nicht sinnvoll, dass alle Länder schon zum frühestmöglichen Zeitpunkt (2007) den Beitritt anstreben. Gerade die Garantie, dass ein Beitritt möglich ist, wird Anpassungen erleichtern und dazu beitragen, den Währungsraum des Euro letztlich ohne Friktionen vor allem für die beitretenden Länder zu erweitern.

Zur Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Frühjahr dieses Jahres ihre geldpolitische Strategie überprüft und in diesem Zusammenhang einige Präzisierungen vorgenommen. So hat sie die Obergrenze von 2% für den mittelfristigen Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex bestätigt, zugleich jedoch hervorgehoben, dass Preisstabilität auf mittlere Sicht einen Anstieg knapp unter dieser Grenze bedeutet. Sie hat damit implizit auch eine Untergrenze für eine stabilitätsgerechte Preisentwicklung gezogen. Deren längeres Unterschreiten sollte daher in gleicher Weise geldpolitische Reaktionen hervorrufen wie ein Überschreiten. Damit wird die Strategie nunmehr symmetrischer ausgerichtet. Darüber hinaus hat die EZB die Bedeutung von Geldmengenveränderungen für die Geldpolitik in der kurzen und mittleren Frist gegenüber anderen monetären und realwirtschaftlichen Indikatoren relativiert; sie hat klargestellt, dass

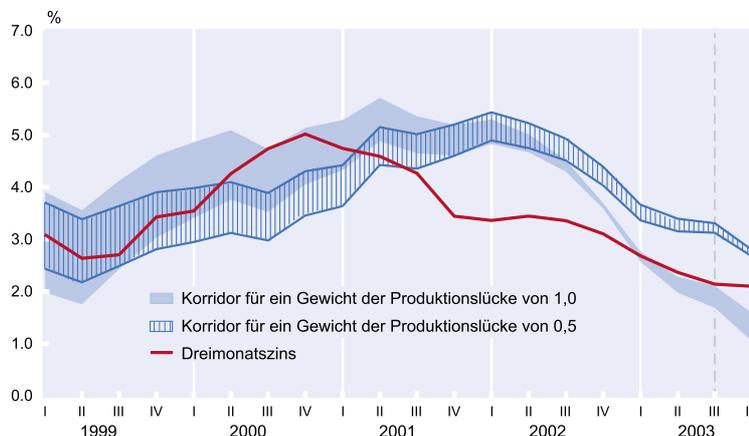
der Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau mittel- bis langfristiger Natur ist. Die Institute halten diese Präzisierungen für sinnvoll.²⁰

Die EZB hat ihren expansiven geldpolitischen Kurs bis zuletzt beibehalten. Sie trägt damit der nach wie vor unsicheren konjunkturellen Lage im Euroraum Rechnung. Die Kapazitäten sind weiterhin unterausgelastet, nach der Prognose der Institute wird sich die Produktionslücke vorerst sogar weiter öffnen. Von dieser Seite sind daher keinerlei Inflationsimpulse zu erwarten. Auch die Lohnentwicklung, die in einigen Ländern des Euroraums nicht stabilitätsgerecht war, schwächt sich ab. Das dürfte zu einer weiteren Beruhigung des Preisklimas beitragen. Schließlich dämpft die Aufwertung des Euro über niedrigere Importpreise den Preisanstieg. Alles in allem sind aus heutiger Sicht keine Inflationsgefahren erkennbar; dies gibt der EZB Spielraum, die Geldpolitik weiterhin expansiv zu halten und damit die Konjunktur zu stützen. Deshalb sollte der Leitzins bis zum Ende des Prognosezeitraums auf dem gegenwärtigen Niveau bleiben. Dies gilt auch vor dem Hintergrund des immer noch kräftigen Wachstums der Geldmenge, das maßgeblich auf Portfoliumschichtungen zurückzuführen sein dürfte.

Die geldpolitische Empfehlung wird auch durch die Anwendung üblicher Maßstäbe wie die Taylor-Regel gestützt.²¹ Allerdings ist der Taylor-Zins nicht eindeutig zu bestimmen. Sowohl der gleichgewichtige Realzins als auch das Produktionspotential lassen sich nicht unmittelbar beobachten, sondern nur unter Unsicherheit festlegen; zudem ist die Zielinflationsrate nicht eindeutig bestimmt. Außerdem können die einzelnen Komponenten (Inflationslücke und Produktionslücke) unterschiedlich gewichtet werden. Insofern lassen sich mehrere Varianten des Taylor-Zinses errechnen, wobei der obere Rand mit einem höheren gleichgewichtigen Realzins (2,5%), einem höheren Potentialwachstum (2,5%) und einem niedrigeren Inflationsziel (1,7%) gebildet wurde, der untere Rand entsprechend mit einem niedrigeren gleichgewichtigen Realzins (2%), einem geringeren Potentialwachstum (2%) und einem höheren Inflationsziel (1,9%). Der eine Korridor basiert auf den ursprünglichen Gewich-

Abb. 5.1

Taylor-Regeln für den Euroraum



Die Berechnung des Potentialwachstums erfolgte unter der Annahme, dass in IV/2001 die Produktionslücke geschlossen war. Diese Annahme wird durch die Produktionslückenberechnungen der OECD und des IMF gestützt. In beiden Bändern geht die Inflationsrate mit einem Gewicht von 0,5 ein. Als Inflationsrate wurde die Kerninflationsrate (HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) verwendet.

Quelle: EZB, Eurostat, Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2003: Prognose der Institute.

GD Herbst 2003

tungsfaktoren von Taylor (1993) von jeweils 0,5, der andere enthält die Produktionslücke mit dem Faktor 1 (Abb. 5.1). Für das vierte Quartal 2003 ergibt sich damit eine Spanne für den als stabilitätsgerecht erachteten kurzfristigen Zins von 1,0% bis 2,8%. Der aktuelle Geldmarktzins liegt innerhalb dieser Spanne.

Die Taylor-Regel berücksichtigt prima facie zwar nur binnenwirtschaftliche Entwicklungen. Indirekt gehen aber auch die Folgen von Wechselkursänderungen in diese Überlegungen ein. Denn Änderungen von Währungsrelationen haben ebenfalls einen Einfluss sowohl auf die Produktionslücke als auch auf die Inflationsrate. Vor diesem Hintergrund muss auch das im Weltteil dieses Gutachtens dargelegte Wechselkursrisiko gesehen werden. Sollte der Dollar drastisch abwerten, würde sich die Inflationsrate verringern und sich die Produktionslücke weiter öffnen. Es wäre sowohl mit der Taylor-Regel als auch mit der Strategie der EZB vereinbar, wenn daraufhin die Leitzinsen gesenkt würden.

Die Kreditvergabe in Deutschland war seit 2002 deutlich schwächer als im Euroraum. Dies rief immer wieder die Sorge hervor, dass die Banken ihr Kreditangebot zur Verbesserung ihrer Ertragslage ungewöhnlich stark einschränken und selbst rentable Investitionen nicht finanziert werden und deshalb geldpolitische Impulse in ihrer Wirkung beeinträchtigt würden. Eindeutige Indizien für eine Kreditklemme gibt es in der gegenwärtigen Situation indes nicht. Die Kredit-schwäche könnte auch allein durch eine konjunkturbedingt geringe Kreditnachfrage und ein erhöhtes Insolvenzrisiko, das zu Zinsaufschlägen führt, verursacht sein. Für eine restriktive Kreditvergabe der Banken spricht, dass die von der EZB durchgeführte Umfrage zum Kreditgeschäft im Euroraum eine Erhöhung der Kreditvergabestandards der deut-

²⁰ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003, Hamburg 2003, S. 45 f. Siehe auch: Die geldpolitische Strategie der EZB. Pressemitteilung der Europäischen Zentralbank, 8. Mai 2003.

²¹ Taylor (1993) stellte folgende Regel auf: Taylor-Zins = gleichgewichtiger Realzins + Inflationsrate + 0,5 x (Inflationsrate - Inflationsziel) + 0,5 x (Produktionslücke); Taylor, J.B. (1993), »Discretion versus policy rules in practice«, *Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy* 39.

schen Banken im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorquartal zeigt. Die Banken könnten bestrebt sein, ihr Verhältnis von Eigenkapital zu Gesamtkapital zu verbessern. Gegen eine Kreditklemme spricht, dass die Vergabe von Krediten deutscher Banken an ausländische Unternehmen und Privatpersonen seit 2002 weiter gestiegen ist. Ausländische Banken dagegen haben weniger Kredite an deutsche Unternehmen und Private vergeben. Hierfür könnte die zurückgegangene Kreditnachfrage deutscher Unternehmen genauso wie eine höhere Risikoeinschätzung der Banken für Kredite an deutsche Unternehmen verantwortlich sein. Entspannt hat sich die Lage an den Kreditmärkten in jüngster Zeit durch die Erholung an den Aktienmärkten. So haben sich die Werte der Sicherheiten für Unternehmenskredite wieder erhöht. Außerdem hat sich die Ertragslage der deutschen Banken offenbar wieder verbessert. Insgesamt erwarten die Institute nicht, dass die Belebung der Konjunktur durch eine zu restriktive Kreditvergabe behindert wird.

Zur Arbeitsmarktpolitik

Die Bundesregierung hat in diesem Jahr ihre Arbeitsmarktpolitik neu ausgerichtet. Sie versucht, durch eine Kombination aus höheren Leistungsanreizen, verstärktem Druck zur Arbeitsaufnahme und intensivierten Vermittlungsanstrengungen die Arbeitslosigkeit zu senken. Grundlage sind die im Sommer vergangenen Jahres vorgelegten Vorschläge der Hartz-Kommission; von der zunächst versprochenen Umsetzung »eins zu eins« ist man inzwischen allerdings wieder abgerückt. Einige Kernelemente des Hartz-Konzeptes sind bereits beschlossen und befinden sich in der Einführungsphase (Hartz I und II). Dies gilt für die Einrichtung von Personal-Service-Agenturen (PSA), die Förderung von Existenzgründungen (Ich-AG), die Neuregelung der Mini-Jobs oder der so genannte Job-Floater »Kapital für Arbeit«. Aufgegriffen wurde auch die von der Hartz-Kommission vorgeschlagene Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln; zudem hat die Bundesanstalt für Arbeit (BA) ihre Vermittlungstätigkeit intensiviert. Zwei weitere Gesetze sollen 2004 in Kraft treten und die Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission abschließen. Hartz III regelt den Umbau der BA und die Umwandlung der Arbeitsämter in Job-Center, Hartz IV die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II.

Das Herzstück der Hartz-Vorschläge ist die Errichtung von Personal-Service-Agenturen. Sie sollen einerseits für Arbeitslose den Übergang in die Beschäftigung erleichtern, andererseits bei den Unternehmen Einstellungshemmnisse verringern. Die Hartz-Kommission hatte ursprünglich vorgesehen, 500 000 Arbeitslose in PSA überzuleiten. Die Bundesregierung ist inzwischen weitaus bescheidener und sieht für dieses und für das nächste Jahr lediglich jeweils 50 000

Plätze in PSA vor; damit sinkt die Gefahr, dass diese zu »Parkplätzen« für Arbeitslose werden. Bis Ende September wurden allerdings erst 21 000 Arbeitslose in PSA übernommen; Gründe dafür sind neben der ungünstigen Arbeitsmarktlage auch organisatorische Anlaufschwierigkeiten.

Das Existenzgründerprogramm ist überraschend gut angenommen worden. Im September gab es bereits knapp 62 000 Ich-AG; die Zahl der Selbständigen ist dadurch merklich gestiegen. Das von der Kreditanstalt für Wiederaufbau betreute Programm »Kapital für Arbeit« fand dagegen bisher kaum Resonanz; bis Ende September wurden damit erst rund 8 000 Arbeitsplätze besetzt. Über die Auswirkungen der Neuordnung der Mini-Jobs gibt es bisher keine verlässlichen Zahlen. Nach Angaben der Bundesknappschaft, die für die Erfassung und Verwaltung der Mini-Jobs zuständig ist, und des Sozialministeriums soll die Zahl solcher Beschäftigungsverhältnisse Ende Juni 2003 zwar um 930 000 höher gewesen sein als ein Jahr zuvor. Hierin sind aber nach Einschätzung der BA erhebliche Doppelzählungen enthalten, da die Erfassung nur auf Beschäftigungsverhältnisse und nicht auf Personen abstellt. Die »Vermittlungsoffensive« der BA und die damit einhergehende Aktualisierung sowie Aktivierung des Bewerberbestandes haben zunächst vor allem zu einer Bereinigung der Statistik um »unechte« Arbeitslose geführt. So wurden Arbeitslose, die dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen oder sich nicht selbst um einen Arbeitsplatz bemühten, aus der Statistik gestrichen.

Die Gesetze zum Umbau der BA und zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind zwar von der Bundesregierung beschlossen worden, sie müssen aber noch vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden. Bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist noch nicht endgültig geklärt, wer für die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger zuständig sein soll: die BA, wie von der Bundesregierung vorgesehen, oder weiterhin die Kommunen. Die Institute halten es für sinnvoll, dass die Aufgaben der BA und der Sozialämter bei der Betreuung der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger zusammengeführt werden, um Arbeitsvermittlung und soziale Integration vor Ort in einer Hand zu konzentrieren. Viele Details der Neuregelung sind bisher noch unklar. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Zusammenführung von Systemen, in denen Zahlungen nach so unterschiedlichen Kriterien wie in der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe geleistet werden, sehr komplex ist. Deshalb können auch die Wirkungen der Zusammenlegung auf den Arbeitsmarkt noch nicht hinreichend abgeschätzt werden. Ein gegenüber der Sozialhilfe höheres Arbeitslosengeld II könnte einen Anreiz für Sozialhilfeempfänger bieten, sich wieder für eine Vermittlung in den Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Allerdings wird dadurch auch der für diese Gruppe maßgebliche Mindestlohn erhöht. Im Sinne des Förderns und Forderns sollten von er-

werbsfähigen Sozialhilfeempfängern konsequent eigene Bemühungen eingefordert und bei nachweislichem Fehlverhalten Sanktionen ergriffen werden. Konkretisiert wurde inzwischen auch die Anrechnung von Vermögen bei der Festsetzung des Arbeitslosengeldes II. Die jetzt vorgesehene Regelung, Vermögen, das zur Altersvorsorge dient, von der Anrechnung weitgehend freizustellen, halten die Institute für sinnvoll. Denn eine stärkere Einbeziehung solcher Vermögensteile zur Finanzierung des laufenden Lebensunterhalts hätte lediglich dazu geführt, Lasten in die Zukunft zu verlagern, da dann die Ansprüche an Sozialhilfe steigen würden. Zudem würden die Bestrebungen konterkariert, durch Eigeninitiative eine ergänzende private Altersvorsorge aufzubauen.

Die von der Regierung in Angriff genommenen Arbeitsmarktreformen sind nach Einschätzung der Institute alles in allem ein Schritt in die richtige Richtung. Sie sind durchaus geeignet, die Effizienz der Arbeitsvermittlung zu erhöhen und dadurch die Dauer der Arbeitslosigkeit zu verringern, die Intensität der Arbeitssuche zu steigern, den Mismatch am Arbeitsmarkt zu vermindern und Einstellungsrisiken für Unternehmen zu reduzieren. Die Institute warnten bereits vor einem Jahr davor, zu große Hoffnungen auf das Hartz-Konzept zu setzen, und haben schon damals die Erwartungen der Kommission, durch Umsetzung ihrer Vorschläge binnen drei Jahren die Zahl der Arbeitslosen um 2 Millionen zu senken, für illusorisch gehalten.²² Die Zweifel an der Wirksamkeit des Hartz-Konzepts gelten im Grundsatz auch für die nun auf den Weg gebrachten Reformmaßnahmen der Bundesregierung.

Ein wesentlicher Grund, die Entlastungswirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht allzu hoch anzusetzen, liegt in den nicht unerheblichen Mitnahme- und Verdrängungseffekten, die bei vielen Maßnahmen zu erwarten sind. So könnten die PSA zu einer Verdrängung privater Leiharbeitsfirmen führen; auch ist nicht auszuschließen, dass allgemein Arbeitskräfte entlassen und durch PSA-Beschäftigte ersetzt werden. Der Nettoeffekt für den Arbeitsmarkt wäre in diesem Falle gering. Private Zeitarbeitsfirmen werden durch die Neuregelungen sogar von zwei Seiten in die Zange genommen. Einerseits werden sie durch den in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aufgenommenen Grundsatz des »equal pay« – d.h. im Grundsatz Zahlung gleicher Löhne wie in den Leiharbeitskräfte nachfragenden Unternehmen – gezwungen, einem der in diesem Jahr ausgehandelten Tarifverträge für die Zeitarbeitsbranche beizutreten, was in der Regel mehr Reglementierung, geringere Flexibilität und höhere Kosten bedeutet. Zum anderen erlaubt die Gewährung von Lohnsubventionen den PSA die Kalkulation von Entleihgebühren, die unter denen privater Zeitarbeitsfirmen liegen.

Bei den Ich-AG besteht ebenfalls die Gefahr, dass Arbeitsplätze in anderen Unternehmen verdrängt werden. Dies ist auch deshalb problematisch, weil die Erfolgchancen der Ich-AG nur schwer abzuschätzen sind. Skeptisch stimmt unter anderem, dass hier bei der Beantragung der Fördermittel – anders als beim traditionellen Übergangsgeld – kein tragfähiges Unternehmenskonzept vorgelegt werden muss. Das lässt befürchten, dass viele Ich-AG noch während oder spätestens nach Ablauf der Förderzeit wieder aufgeben. Dann wären nicht nur Arbeitsplätze im geförderten Bereich verloren, sondern möglicherweise auch am ersten Arbeitsmarkt. In diesem Falle wäre eine solche Maßnahme nicht nur kostspielig, sie hätte auch zu Fehlallokationen geführt.

Die eingeleiteten Reformen tragen zwar dazu bei, die Flexibilität am Arbeitsmarkt zu erhöhen. Auch dürfte die Dauer der Arbeitslosigkeit und damit die Zahl der Arbeitslosen durch Intensivierung der Suchprozesse und effizientere Arbeitsvermittlung gesenkt werden. Das Arbeitsvolumen wird durch diese Maßnahmen aber nur in geringem Maße erhöht, und dies auch wohl erst auf längere Sicht. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die Hauptursachen der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland – eine zu niedrige Wachstumsdynamik, eine hohe Regulierungsdichte am Arbeitsmarkt, eine zu geringe Lohnspreizung und Qualifikationsmängel beim Arbeitsangebot – mit den bisher ergriffenen Maßnahmen nicht oder nur halbherzig angegangen werden.

Zur Finanzpolitik

In den vergangenen Jahren hat die Finanzpolitik vier wichtige Ziele, die in den diversen Stabilitätsprogrammen beschrieben sind, nicht erreicht: Erstens ist man von einem Budgetausgleich weit entfernt; zweitens wurden die Beitragssätze bei der Sozialversicherung erhöht statt gesenkt; drittens wurde die Staatsquote nicht wie angekündigt zurückgeführt, und viertens wurden die öffentlichen Investitionen nicht erhöht, sondern fortlaufend reduziert.

Gegenwärtig stehen in der Finanzpolitik angesichts hoher Budgetdefizite und schwacher Konjunktur kurzfristige Ziele im Mittelpunkt, und es wird über zahlreiche Maßnahmen diskutiert, welche die Ausgaben und die Einnahmen des Staates berühren. Hier fehlt es jedoch an einem schlüssigen Konzept. Daher können Unternehmen und private Haushalte nicht abschätzen, wie hoch ihre Belastung mit Steuern und Abgaben in absehbarer Zeit sein wird, welche Leistungen sie selbst zu tragen haben, und welche Vergünstigungen bestehen bleiben und welche nicht. Verstärkt wird die Unsicherheit durch die fast täglich wechselnden Vorschläge, die Steuerbelastung zu erhöhen und Leistungen zu kürzen.

²² Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002, Hamburg 2002, S. 50 ff.

Zur Haushaltskonsolidierung

Die Bundesregierung verfolgt derzeit unterschiedliche Ziele, die widersprüchlich sind. So will sie einerseits den gesamtstaatlichen Haushalt gemäß dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) konsolidieren, andererseits will sie durch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform dazu beitragen, dass die Konjunktur angeregt oder zumindest nicht stark gedämpft wird. Beides ist jedoch nicht miteinander vereinbar. So mindert die Bundesregierung mit dem Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform lediglich den Restriktionsgrad der Finanzpolitik, zumal sie durch eine Reihe von Maßnahmen den aus der Steuersenkung resultierenden Anstieg des Budgetdefizits verringert.

Nach der Prognose der Institute wird das gesamtstaatliche Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr 4% betragen und 2004 nur auf 3,5% sinken. Damit würde im dritten Jahr in Folge die im Maastrichter Vertrag genannte Obergrenze von 3% überschritten. Schon im laufenden Jahr konnte die Bundesregierung nur durch die Zusage umfangreicher Konsolidierungsmaßnahmen erreichen, dass das von der EU-Kommission eingeleitete Verfahren bei einem übermäßigen Defizit derzeit ruht. Gleichzeitig hat sie dem SWP entsprechend angekündigt, die Defizitquote im Jahr 2004 auf 3% zu begrenzen. Dieses Ziel wurde auf europäischer Ebene auch in den »Grundzügen der Wirtschaftspolitik« bekräftigt. Entsprechendes gilt für die anderen Länder in der EWU, die ein übermäßiges Defizit aufweisen. Bei der voraussichtlichen Entwicklung der Konjunktur und bei den abzusehenden finanzpolitischen Maßnahmen wird das Ziel der Bundesregierung jedoch auch im Jahr 2004 nicht erreicht werden. Andere Institutionen schätzen die Aussichten ähnlich ein.

Die Institute haben in den vergangenen Gutachten immer wieder eine Haushaltskonsolidierung angemahnt. Anhaltend hohe Budgetdefizite würden es der Gesellschaft erschweren, in der Zukunft die enormen Belastungen, die sich aus der demographischen Entwicklung ergeben, zu tragen. Vor diesem Hintergrund, aber auch mit Blick auf die zunehmende Schuldenquote, kommt beispielsweise die EU-Kommission in einer Studie zu dem Schluss, dass die Finanzpolitik in Deutschland nicht nachhaltig ist und deshalb Korrekturen dringend erforderlich sind.²³

Ein Konsolidierungskurs steht nicht zwangsläufig im Widerspruch zu wachstumspolitischen Erfordernissen, wenn – wie die Bundesregierung in ihren Stabilitätsprogrammen immer wieder angekündigt hat – die Staatsquote nach und nach verringert wird. Es kommt allerdings darauf an, dass Einsparungen bei den konsumtiven Ausgaben, nicht aber bei

den Investitionen des Staates erfolgen. In dieser Hinsicht haben die Gebietskörperschaften in den vergangenen Jahren gegen wachstumspolitische Erfordernisse verstoßen, denn die staatlichen Investitionen sind immer weiter zurückgeführt worden. Dies wird sich voraussichtlich im kommenden Jahr fortsetzen, obwohl sich nach den erheblichen Kürzungen in wichtigen Infrastrukturbereichen bereits beträchtliche Defizite bemerkbar machen. Dies geht zu Lasten des Potentialwachstums und kann mittelfristig den Konsolidierungsprozess sogar erschweren. Daher wird es immer dringlicher, den wachstumsstärkenden Ausgaben in Infrastruktur, Bildung und Forschung eine höhere Priorität einzuräumen. Gerade für eine so hoch entwickelte Volkswirtschaft wie Deutschland ist das Humankapital ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Wachstumsfaktor. Gleichwohl wurden in der Vergangenheit aus kurzfristigen Motiven des »Sparens« Mittel für Schulen und Universitäten gekürzt oder gestrichen und Anreize für eine bessere Ausbildung vermindert; auch damit wurden die Wachstumsmöglichkeiten beeinträchtigt.

Für die Haushaltskonsolidierung liegen derzeit einige Vorschläge vor, die zu begrüßen sind. Insbesondere werden die Pläne für einen Subventionsabbau nun konkreter. Gemäß der Initiative der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück soll ein großer Teil der Subventionen und Steuervergünstigungen in den kommenden Jahren verringert werden. So sollen die meisten Finanzhilfen in den Jahren 2004 bis 2006 um jeweils 4% pro Jahr gekürzt und einige Positionen (u.a. die Halbjahres-AfA) schon im Jahr 2004 gestrichen werden; einige Positionen sind indes von Kürzungen ausgenommen.²⁴ Dieses Verfahren, das der »Rasenmähermethode« ähnelt, hat Vor- und Nachteile; doch scheint die Strategie deshalb besonders attraktiv, weil viele Interessengruppen betroffen sind, für die es damit schwerer wird, die Kürzungen zu verhindern. Nach Ansicht der Institute spricht nichts dagegen, hier ehrgeiziger vorzugehen. Denn wenn man Subventionen grundsätzlich für wachstumsschädlich hält – schließlich werden sie größtenteils an Unternehmen gezahlt, die nicht zu den Wachstumsträgern der Volkswirtschaft gehören –, ist nicht einzusehen, dass sie teilweise noch über Jahrzehnte bestehen bleiben, wie es der Vorschlag impliziert. Außerdem könnten bei einem umfassenderen Abbau von Steuervergünstigungen die Kosten der Steuererhebung²⁵ merklich gesenkt werden. Der Charme einer stärkeren Kürzung besteht auch darin, dass damit budgetäre Spielräume gewonnen werden. So gäbe es auf der

²³ Vgl. EU-Kommission (2003), »Public finances in EMU – 2003«, COM(2003) 283.

²⁴ Die Vorschläge orientieren sich an der Abgrenzung, wie sie vom Institut für Weltwirtschaft vorgenommen wird. Allerdings beläuft sich das von Koch und Steinbrück veranschlagte Kürzungspotential nicht auf reichlich 150, sondern nur auf knapp 80 Mrd. Euro; dies beruht unter anderem darauf, dass nur Finanzhilfen, die bundesrechtlich geregelt sind, einbezogen werden, und dass z.B. Finanzhilfen für Forschung und Entwicklung sowie für die neuen Länder oder die Steuerfreiheit sozialer, kultureller und staatspolitischer Einrichtungen nicht in die Kürzungsmasse einbezogen sind.

²⁵ Vgl. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Ermittlung von Tax Compliance Cost, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, Essen 2003.

Ausgabenseite mehr Raum für Investitionen in Sach- und Humankapital. Auf der Einnahmenseite könnten Steuern und Sozialabgaben deutlich gesenkt werden. Ein Abbau von Steuervergünstigungen erhöht aber die Abgabenbelastung. Soll diese konstant gehalten oder – besser noch – reduziert werden, muss der Abbau mit Tarifsenkungen verbunden werden. So könnten die marginalen Steuersätze stärker reduziert werden. Durch eine Politik »weniger Subventionen, niedrigere Steuern« würden Wachstum und Beschäftigung gefördert.

Bei einzelnen Subventionen und Steuervergünstigungen sollte die Politik radikaler vorgehen und die Abschaffung beschließen; dazu gehören die Eigenheimzulage und die Entfernungspauschale. Dies kann entweder von heute auf morgen, möglicherweise auch über einen angekündigten Zeitraum von wenigen Jahren erfolgen. Dabei wäre zu erwägen, ob man als Ersatz etwa für die Entfernungspauschale, die auch zum Teil Werbungskosten abdeckt, den Pauschbetrag bei den Werbungskosten erhöht. Dies wäre auch ein Beitrag zur Vereinfachung des Steuersystems. Ferner ist es angezeigt, die Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sukzessive abzuschaffen, denn letztlich ist es Sache der Tarifvertragsparteien, ein den Arbeitsbelastungen angemessenes Lohnniveau zu finden. Der Staat hat hier nicht die Aufgabe, Einkommen über das Steuersystem umzuverteilen.

Eine ganz andere, wesentlich radikalere Änderung könnte darin bestehen, dass man ankündigt, alle Subventionen und Steuervergünstigungen in absehbarer Zeit – beispielsweise in fünf Jahren – auslaufen zu lassen. Hierfür gibt es durchaus gute Gründe, denn zahlreiche Finanzhilfen wurden vor vielen Jahren aufgrund von bestimmten Sachverhalten beschlossen, die zumeist gar nicht mehr bestehen. Jeder Wunsch nach zusätzlichen Finanzhilfen müsste in der Zukunft dann besonders begründet, neu beantragt und vom Gesetzgeber jeweils neu beschlossen werden. Dies könnte das Bewusstsein für ein zurückhaltendes Ausgabengebahren und damit für solide Finanzpolitik stärken.

Die Entscheidung darüber, ob die dritte Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2004 vorgezogen werden sollte, ist noch nicht gefallen; insbesondere die Finanzierung dieses Schritts wird kontrovers diskutiert. Dabei ist auch zu bedenken, dass im Stabilitätsprogramm geplant war, die Staatsausgaben im Ausmaß der Steuerentlastung zu kürzen, um so den Budgetausgleich zu erreichen. Auch weil dies nicht gelang, ist das konjunkturbereinigte Defizit des Staates derzeit hoch. Gewiss gibt es bei der Schätzung des Potentialwachstums und folglich auch des strukturellen Defizits Unsicherheiten. Nach gängigen Schätzungen beträgt das strukturelle Defizit in Deutschland in diesem Jahr 2 bis annähernd 3% in Relation zum Bruttoinlands-

produkt. Es besteht also erheblicher Handlungsbedarf, wenn das im Stabilitätspakt genannte Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Budgets erreicht werden soll.

Wenngleich das Prinzip der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung allgemein akzeptiert ist, bestehen zwischen den Instituten Unterschiede hinsichtlich der konkreten Schritte in nächster Zeit. Drei Institute (HWWA, ifo und IfW) halten das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2004 für wünschenswert, lehnen aber eine Finanzierung über höhere Schulden ab. Beim Konsolidierungskurs sollte im kommenden Jahr nicht nachgelassen werden, und er sollte generell nicht von der Konjunkturlage abhängig gemacht werden. Somit wären 2004 zusätzliche Maßnahmen notwendig, um das Defizit zu begrenzen. Insbesondere sollten die Subventionen stärker verringert werden, damit das strukturelle Defizit deutlich sinkt. Dies kann dadurch erfolgen, dass die linearen Kürzungen größer ausfallen als geplant und einzelne Subventionen drastisch verringert werden. Die Bundesregierung sollte auf jeden Fall an dem im SWP genannten Ziel festhalten, eine Defizitquote von maximal 3% anzustreben. Würde die Haushaltskonsolidierung langsamer angegangen, würde man sich noch weiter von den selbst gesetzten Zielen entfernen. Damit würde die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik noch mehr Schaden nehmen. Falls es gelänge, durch ein schlüssiges Konzept Vertrauen zurückzugewinnen, würde sich dies auch schon kurzfristig positiv auf die Konjunktur auswirken.

Das DIW, das IWH und das RWI sind hingegen der Auffassung, dass bei der wachstumspolitisch gebotenen Konsolidierung des Staatshaushaltes konjunkturellen Erfordernissen Rechnung zu tragen ist. Sie empfehlen daher, die dritte Stufe der Einkommensteuerreform vorzuziehen und sie 2004 nur in dem Maße gegenzufinanzieren, wie in dieser Prognose unterstellt. Dadurch könnte der ansonsten hohe Restriktionsgrad der Finanzpolitik vorübergehend abgemildert werden. Damit sich die konjunkturellen Wirkungen aber entfalten können und die wachstumspolitischen nicht gefährdet werden, müssen gleichzeitig die Voraussetzungen für eine Haushaltskonsolidierung auf mittlere Sicht geschaffen werden. Dazu muss zeitgleich mit dem Vorziehen der Steuerreform ein verbindlicher Fahrplan beschlossen werden, nach dem von 2005 an Steuervergünstigungen und Subventionen verstärkt abgebaut werden. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so ist nicht erforderlich, dass zwischen der Steuersenkung und ihrer Gegenfinanzierung eine enge zeitliche Kongruenz besteht. Das Vorziehen der Steuerreform erhöht die Defizite nur temporär; die Beschlüsse zum Subventionsabbau und die Konjunktur- und Wachstumsimpulse des Vorziehens stärken die Glaubwürdigkeit des Konsolidierungskurses.

Zu einzelnen Reformvorhaben

Mit der »Agenda 2010« hat die Regierung umfassende Reformen der sozialen Sicherungssysteme angekündigt. So sollen die beschlossenen Maßnahmen im Bereich des Gesundheitssystems die gesetzliche Krankenversicherung im Jahr 2004 um knapp 10 Mrd. Euro entlasten; in der mittleren Frist sind weitere Einschnitte geplant. Außerdem sollen ab 2005 die Leistungen für Zahnersatz und ab 2007 das Krankengeld allein von den Arbeitnehmern getragen werden, um so die Lohnnebenkosten zu senken. Diese Pläne zielen insofern in die richtige Richtung, als sie insgesamt die Belastung mit Sozialabgaben verringern. Letzteres resultiert zu einem großen Teil aus der Verlagerung von Lasten auf die Versicherten, während die Kosteneinsparungen aus der Verstärkung des Wettbewerbs im Gesundheitswesen auf mittlere Sicht mit 3 Mrd. Euro sehr begrenzt sein werden. So werden Wettbewerbshemmnisse wie das Vertragsmonopol der kassenärztlichen Vereinigungen nicht angetastet.

Die erwarteten Entlastungen reichen nicht aus, um den durchschnittlichen Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung im kommenden Jahr – wie von der Bundesregierung angestrebt – von 14,4 auf 13,6% der versicherungspflichtigen Entgelte zu senken. Auch das Ziel, den Beitragssatz zur Rentenversicherung 2004 auf 19,5% zu stabilisieren, dürfte nicht eingehalten werden. Denn dies würde – sieht man von einer weiteren Verringerung der ohnehin schon extrem niedrigen Schwankungsreserve und von einer nochmaligen Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze ab – neben der unterstellten Aussetzung der Rentenanpassung zusätzliche Einsparungen von reichlich 3 Mrd. Euro erfordern. Dies halten die Institute für unwahrscheinlich.

Die für das kommende Jahr geplante zweite und dritte Stufe der Steuerreform würde die Finanzlage der Gemeinden erheblich verschlechtern. Denn diese sind an den Steuerausfällen zu 15% beteiligt und müssen zudem mit geringeren Zuweisungen von den Ländern rechnen. Da die Gemeinden aufgrund des Haushaltsrechts die Mindereinnahmen nur sehr eingeschränkt durch eine höhere Kreditaufnahme ausgleichen können, besteht die Gefahr, dass sie ihre Investitionsausgaben weiter zurückfahren. Ihre Finanzlage kann verbessert werden, wenn – wie hier unterstellt – der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer erhöht, die Gewerbesteuerumlage gesenkt und die Kommunen im Zuge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe entlastet werden. Dies würde eine grundlegende Gemeindefinanzreform jedoch nicht überflüssig machen.

Anhang:

**Die wichtigsten Daten der
Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2003 und 2004

	2002	2003	2004	2003		2004	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	-0,6	-1,5	-0,3	-1,6	-1,4	-0,6	0,0
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,5	0,1	-0,7	0,3	-0,2	-0,4	-1,0
Arbeitsstage	0,0	0,1	1,2	-0,2	0,4	0,8	1,7
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-1,1	-1,4	0,2	-1,5	-1,3	-0,2	0,7
Produktivität 1)	1,3	1,4	1,4	1,4	1,3	1,8	1,1
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	0,2	0,0	1,7	-0,1	0,0	1,5	1,8

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.EUR

Konsumausgaben	1.640,9	1.667,5	1.700,7	810,5	857,0	827,1	873,6
Private Haushalte 2)	1.236,5	1.257,1	1.291,1	614,7	642,4	630,8	660,3
Staat	404,4	410,4	409,6	195,8	214,6	196,3	213,3
Anlageinvestitionen	392,0	382,4	390,0	181,7	200,7	185,7	204,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	176,4	174,8	182,6	83,2	91,6	85,9	96,7
Bauten	215,5	207,7	207,4	98,6	109,1	99,8	107,6
Vorratsveränderungen 3)	-13,2	-1,4	0,4	11,5	-12,9	10,0	-9,6
Inländische Verwendung	2.019,7	2.048,5	2.091,1	1.003,7	1.044,8	1.022,8	1.068,3
Außenbeitrag	90,7	82,5	92,0	39,2	43,3	43,6	48,4
Exporte	757,6	758,7	807,6	373,5	385,2	388,9	418,6
Importe	667,0	676,2	715,8	334,4	341,9	345,3	370,3
Bruttoinlandsprodukt	2.110,4	2.131,0	2.183,0	1.042,9	1.088,1	1.066,4	1.116,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	0,9	1,6	2,0	1,5	1,7	2,0	1,9
Private Haushalte 2)	0,3	1,7	2,7	1,6	1,7	2,6	2,8
Staat	2,6	1,5	-0,2	1,3	1,6	0,3	-0,6
Anlageinvestitionen	-6,8	-2,4	2,0	-4,1	-0,8	2,2	1,8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-8,0	-1,0	4,5	-2,2	0,2	3,3	5,6
Bauten	-5,9	-3,6	-0,1	-5,7	-1,7	1,3	-1,4
Inländische Verwendung	-0,6	1,4	2,1	1,2	1,6	1,9	2,3
Exporte	3,6	0,1	6,4	1,3	-0,9	4,1	8,7
Importe	-3,4	1,4	5,8	2,5	0,3	3,3	8,3
Bruttoinlandsprodukt	1,8	1,0	2,4	0,8	1,1	2,3	2,6

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd.EUR

Konsumausgaben	1.513,6	1.524,3	1.540,9	748,2	776,1	756,8	784,1
Private Haushalte 2)	1.125,3	1.133,7	1.150,5	555,3	578,4	563,6	586,9
Staat	388,4	390,6	390,4	192,9	197,7	193,2	197,2
Anlageinvestitionen	396,9	390,5	397,3	185,5	205,0	189,1	208,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	179,9	181,1	188,3	86,2	94,9	88,7	99,7
Bauten	217,1	209,4	209,0	99,2	110,1	100,4	108,5
Vorratsveränderungen 3)	-22,0	-10,3	-6,3	3,5	-13,8	4,8	-11,1
Inländische Verwendung	1.888,6	1.904,5	1.931,8	937,1	967,3	950,7	981,2
Außenbeitrag	101,1	84,3	90,2	41,5	42,8	43,0	47,2
Exporte	722,6	724,4	762,7	357,4	367,0	369,2	393,5
Importe	621,5	640,1	672,5	315,9	324,2	326,3	346,2
Bruttoinlandsprodukt	1.989,7	1.988,8	2.022,1	978,6	1.010,2	993,6	1.028,4
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	1.989,5	1.980,6	2.014,1	969,4	1.011,2	984,6	1.029,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	-0,3	0,7	1,1	0,7	0,7	1,1	1,0
Private Haushalte 2)	-1,0	0,7	1,5	0,7	0,8	1,5	1,5
Staat	1,7	0,6	-0,1	0,7	0,5	0,1	-0,3
Anlageinvestitionen	-6,7	-1,6	1,7	-3,1	-0,3	2,0	1,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,6	0,7	4,0	0,0	1,4	2,8	5,0
Bauten	-5,8	-3,5	-0,2	-5,8	-1,6	1,2	-1,5
Inländische Verwendung	-1,6	0,8	1,4	0,7	1,0	1,4	1,4
Exporte	3,4	0,2	5,3	1,6	-1,0	3,3	7,2
Importe	-1,7	3,0	5,1	4,4	1,7	3,3	6,8
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,0	1,7	-0,1	0,0	1,5	1,8
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	0,5	-0,4	1,7	-0,5	-0,4	1,6	1,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2003 und 2004

	2002	2003	2004	2003		2004	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben 2)	1,3	0,9	1,2	0,9	0,9	1,1	1,3
Konsumausgaben des Staates	0,9	0,9	-0,1	0,6	1,1	0,1	-0,3
Anlageninvestitionen	-0,2	-0,8	0,2	-1,1	-0,6	0,2	0,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,3	-1,6	0,5	-2,2	-1,1	0,4	0,5
Bauten	0,0	-0,1	0,1	-0,1	-0,1	0,1	0,1
Exporte	0,2	-0,1	1,1	-0,3	0,1	0,8	1,4
Importe	-1,7	-1,6	0,7	-1,8	-1,3	0,0	1,4
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,0	0,8	0,9	1,1	0,7	0,8

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	1.579,6	1.595,5	1.628,1	783,6	811,9	799,4	828,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	220,0	224,6	229,0	107,8	117,0	109,7	119,4
Bruttolöhne und -gehälter	910,4	911,8	924,0	428,6	483,2	432,9	491,1
Übrige Primäreinkommen 4)	449,1	459,1	475,1	247,4	211,7	256,8	218,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	211,6	205,3	219,3	89,7	115,6	95,2	124,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1.791,1	1.800,7	1.847,4	873,3	927,4	894,6	952,8
Abschreibungen	317,7	320,0	325,6	159,3	160,7	161,8	163,8
Bruttonationaleinkommen	2.108,8	2.120,8	2.173,0	1.032,7	1.088,1	1.056,4	1.116,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1.571,5	1.573,7	1.610,7	760,7	813,0	776,7	834,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	441,1	437,2	457,7	224,5	212,8	234,2	223,5
Arbeitnehmerentgelt	1.130,5	1.136,4	1.153,0	536,2	600,2	542,5	610,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	-0,6	1,0	2,0	0,8	1,2	2,0	2,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,1	2,1	2,0	1,6	2,5	1,9	2,0
Bruttolöhne und -gehälter	0,7	0,2	1,3	-0,1	0,4	1,0	1,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,5	2,0	1,8	1,8	2,2	1,8	1,7
Übrige Primäreinkommen 4)	-3,8	2,2	3,5	2,1	2,3	3,8	3,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	27,3	-3,0	6,9	-3,2	-2,8	6,1	7,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,1	0,5	2,6	0,4	0,7	2,4	2,7
Abschreibungen	2,1	0,7	1,7	0,4	1,0	1,5	1,9
Bruttonationaleinkommen	2,1	0,6	2,5	0,4	0,7	2,3	2,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1,9	0,1	2,4	-0,4	0,6	2,1	2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,8	-0,9	4,7	-1,8	0,2	4,3	5,1
Arbeitnehmerentgelt	0,8	0,5	1,5	0,2	0,8	1,2	1,7

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte 2)

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	958,5	965,2	988,1	461,6	503,6	471,9	516,2
Nettolöhne und -gehälter	593,5	589,2	607,4	274,6	314,6	282,1	325,3
Monetäre Sozialleistungen	439,3	453,2	460,4	225,0	229,2	229,3	231,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern 5)	74,3	77,2	79,7	38,0	39,2	39,5	40,2
Übrige Primäreinkommen 4)	449,1	459,1	475,1	247,4	211,7	256,8	218,3
Sonstige Transfers (Saldo) 6)	-42,3	-35,2	-36,9	-17,2	-18,0	-18,4	-18,6
Verfügbares Einkommen	1.365,3	1.389,0	1.426,4	691,8	697,2	710,4	716,0
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	17,6	20,6	22,5	9,6	11,0	10,5	12,0
Konsumausgaben	1.236,5	1.257,1	1.291,1	614,7	642,4	630,8	660,3
Sparen	146,3	152,6	157,8	86,7	65,9	90,1	67,7
Sparquote (%) 7)	10,6	10,8	10,9	12,4	9,3	12,5	9,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,0	0,7	2,4	0,7	0,7	2,2	2,5
Nettolöhne und -gehälter	0,2	-0,7	3,1	-1,0	-0,4	2,7	3,4
Monetäre Sozialleistungen	4,9	3,2	1,6	3,6	2,7	1,9	1,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern 5)	3,9	4,0	3,2	5,1	2,8	4,0	2,5
Übrige Primäreinkommen 4)	-3,8	2,2	3,5	2,1	2,3	3,8	3,1
Verfügbares Einkommen	0,5	1,7	2,7	1,9	1,6	2,7	2,7
Konsumausgaben	0,3	1,7	2,7	1,6	1,7	2,6	2,8
Sparen	3,8	4,3	3,4	6,4	1,5	3,9	2,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2003 und 2004

	2002	2003	2004	2003		2004	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates 8)

a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	477,6	482,9	491,9	235,0	247,9	240,9	250,9
Sozialbeiträge	389,0	396,8	405,5	191,3	205,5	195,8	209,7
Vermögenseinkommen	17,6	15,4	15,4	9,5	5,9	9,2	6,1
Sonstige Transfers	15,4	15,8	15,1	7,7	8,1	7,2	8,0
Vermögenstransfers	8,7	8,6	8,7	4,2	4,3	4,0	4,6
Verkäufe	40,5	40,3	41,6	19,0	21,4	19,1	22,5
Sonstige Subventionen	0,8	0,7	0,8	0,3	0,4	0,4	0,4
Insgesamt	949,5	960,5	978,8	467,1	493,4	476,5	502,3
Ausgaben							
Vorleistungen 9)	247,8	251,8	252,6	120,9	130,9	121,7	130,9
Arbeitnehmerentgelt	167,7	169,2	169,2	78,5	90,6	79,0	90,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	65,2	66,2	68,3	32,0	34,2	33,1	35,1
Subventionen	30,9	29,3	28,3	13,3	15,9	13,0	15,3
Monetäre Sozialleistungen	409,6	422,6	428,5	209,7	212,9	213,5	215,0
Sonstige laufende Transfers	35,1	38,3	40,5	17,9	20,4	19,3	21,2
Vermögenstransfers	34,6	37,4	36,3	19,9	17,5	19,2	17,1
Bruttoinvestitionen	34,3	32,6	32,0	13,9	18,8	13,6	18,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,3	-1,3	-0,5	-0,7	-0,6	-0,7
Insgesamt	1.023,9	1.046,0	1.054,3	505,6	540,5	511,9	542,5
Finanzierungssaldo	-74,3	-85,5	-75,5	-38,5	-47,1	-35,4	-40,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	0,3	1,1	1,9	3,3	-0,9	2,5	1,2
Sozialbeiträge	1,4	2,0	2,2	1,8	2,2	2,3	2,1
Vermögenseinkommen	-4,2	-12,5	-0,5	-18,8	0,2	-3,4	4,1
Sonstige Transfers	6,3	2,7	-4,4	14,0	-6,2	-7,5	-1,5
Vermögenstransfers	5,1	-1,7	1,2	11,6	-12,0	-5,2	7,4
Verkäufe	-0,5	-0,3	3,0	-0,5	-0,2	0,8	5,2
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	0,7	1,2	1,9	2,2	0,2	2,0	1,8
Ausgaben							
Vorleistungen 9)	3,4	1,6	0,3	1,6	1,7	0,7	0,0
Arbeitnehmerentgelt	1,3	0,8	0,0	0,3	1,3	0,6	-0,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-3,7	1,5	3,1	-3,0	6,1	3,6	2,7
Subventionen	-9,2	-5,3	-3,2	-6,2	-4,6	-2,6	-3,8
Monetäre Sozialleistungen	4,9	3,2	1,4	3,6	2,8	1,8	1,0
Sonstige laufende Transfers	4,6	8,9	5,9	11,9	6,4	6,2	3,8
Vermögenstransfers	-4,0	8,0	-3,1	14,6	1,3	-3,7	-2,4
Bruttoinvestitionen	-4,3	-5,0	-1,8	-9,7	-1,2	-2,2	-1,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,2	2,2	0,8	2,1	2,2	1,2	0,4

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4) Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5) Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6) Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

7) Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

8) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9) Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; 2. Halbjahr 2003 und 2004; Prognose der Institute.